



Resoconto integrale

della seduta n. 154 del 11 dicembre 2007

Wortprotokoll

der 154. Sitzung vom 11. Dezember 2007

XIII. Legislatura
XIII. Legislatur
2004 - 2008

**CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA
DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG**

SEDUTA 154. SITZUNG

11.12.2007

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 148/07: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2008 e per il triennio 2008-2010 (legge finanziaria 2008)" (continuazione). pag. 4

Disegno di legge provinciale n. 149/07: "Bilancio di previsione della provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2008 e bilancio triennale 2008-2010" (continuazione). pag. 4

INHALTSVERZEICHNIS

Landesgesetzentwurf Nr. 148/07: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2008 und für den Dreijahreszeitraum 2008-2010 (Finanzgesetz 2008)" (Fortsetzung). Seite 4

Landesgesetzentwurf Nr. 149/07: "Haushaltsvoranschlag der autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2008 und Dreijahreshaushalt 2008-2010" (Fortsetzung). Seite 4

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 10.05 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

LADURNER (Sekretärin - SVP): *(Legge il processo verbale – verliest das Sitzungsprotokoll)*

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale è approvato.

Per la seduta odierna si sono giustificati i consiglieri Mair (pom.), Urzì e il Presidente della Provincia Durnwalder.

Prima di iniziare la trattazione dell'ordine del giorno, come è successo in questi giorni in altre istituzioni, vorrei ricordare quello che è successo in questi ultimi giorni in molti luoghi di lavoro del nostro Paese.

Vorrei ricordare che quattro lavoratori sono morti allo stabilimento Thyssen Krupp di Torino. Antonio Schiavone, 36 anni, aveva 3 bambini, Bruno Santino aveva 26 anni, Angelo Laurino aveva 43 anni, Roberto Scola ne aveva 34, e poi negli stessi giorni sono morti altri due lavoratori, Paolo Scaccia di 58 anni alla Fiat di Cassino e Giuseppe Mastrullo in un cantiere edile di Avellino. In Italia è veramente una strage, ci sono stati, nel 2007 in media tre morti al giorno. Fino ad oggi nel 2007 sono morte 989 persone, 24740 sono rimaste invalide, ci sono stati 989602 infortuni del lavoro. La nostra provincia purtroppo, come gli altri territori, non fa eccezione. Vorrei ricordare solo quel ragazzo che è morto in agosto in Pusteria, aveva 16 anni, faceva il tirocinio formativo, quindi era sostanzialmente uno studente.

Ognuno di noi ha le proprie valutazioni su questo fenomeno. Vorrei però dire a nome di tutti che il lavoro è un diritto, si ha diritto di realizzare la propria vita nel lavoro e non si può morire di lavoro. La civiltà di un territorio si misura anche su questa cosa.

Vorrei esprimere a nome del Consiglio le condoglianze, la solidarietà ai famigliari e alle compagne/compagni di lavoro morti e quindi Vi invito ad osservare un minuto di silenzio.

(Un minuto di silenzio – Eine Gedenkminute)

Passiamo ora alla trattazione dell'ordine del giorno.

Punto 165) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 148/07: "Disposizioni per la formazione del bilancio di previsione per l'anno finanziario 2008 e per il triennio 2008-2010 (legge finanziaria 2008)" (continuazione).*

Punkt 165 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 148/07: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes für das Finanzjahr 2008 und für den Dreijahreszeitraum 2008-2010 (Finanzgesetz 2008)" (Fortsetzung)*

Punto 166) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 149/07: "Bilancio di previsione della provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2008 e bilancio triennale 2008-2010" (continuazione).*

Punkt 166 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 149/07: "Haushaltsvoranschlag der autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 2008 und Dreijahreshaushalt 2008-2010" (Fortsetzung).*

Ricordo che nella seduta del 7.12.2007 sono state lette tutte le relazioni sui disegni di legge. Pertanto dichiaro aperta la discussione generale.

Ha chiesto intervenire il consigliere Pöder, ne ha facoltà.

PÖDER (UFS): Vielen Dank, Herr Präsident! Der Haushaltsbericht des Landeshauptmannes offenbart chronische Mangelerscheinungen einer Landesregierung und der sie stützenden Mehrheitspartei SVP. Es mangelt am Bezug zur Realität, es fehlt der Sinn für Gerechtigkeit. Es fehlt die Kenntnis der wahren Probleme der Familien, der Arbeitnehmer, der Unternehmer. Es fehlt die Bindung zur Heimat, es fehlt die Fähigkeit zur Einsicht der Fehler und auch ein entspanntes Verhältnis zur Demokratie. Wer dem Haushaltsbericht gelauscht hat, wähnte sich eher in einer vorweihnachtlichen Märchenstunde statt in einer Zukunftswerkstatt mit Visionen und Konzepten. Der Landeshauptmann tut in einem Bericht so, als hätte er in seinem Machtturm jemanden sitzen, der Stroh zu Gold spinnen könnte, gleich neben der Kammer mit dem Goldesel und dem Tischlein-Deck-Dich. Bisher war niemand imstande, die Ritter der Tafelrunde im Palais Widmann aus ihrem Dornröschen-Schlaf zu erwecken. Auch der Münchner im Himmel, der berühmte Engel Aloisius, hatte leider zu viel in seiner bayrischen Staatskanzlei zu tun, weshalb er nie einen Abstecher nach Bozen machen konnte, um der Südtiroler Landesregierung die eine oder andere göttliche Eingebung zu vermitteln. "Schaut mit uns in die Kristallkugel", so die Botschaft des Landeshauptmannes, "und Ihr werdet sehen, wie alles besser wird. Wenn wir nicht abgewählt werden, dann regieren wir noch morgen."

Es fehlt vor allem die Gerechtigkeit in Südtirol, die soziale Gerechtigkeit oder die Wohlstandsgerechtigkeit, wie man will. Es droht ein sozialer Kollaps, wenn gleich das immer wieder in Abrede gestellt wird. Die Grundsatzforderungen im sozialen Bereich der Union für Südtirol für die nächsten Jahre sind klar und deutlich, die wir übrigens, und das erstaunt mich schon, als einzige Partei erheben: Die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Angestellten müssen steigen. Die Gewerkschaften haben total versagt und kümmern sich nur um die eigenen Pfründe durch Patronate und Postenschacher. Die Politik lässt die Arbeitnehmer und Angestellten im Regen stehen. Die sogenannten Sozialpolitiker und die Mächtigen sind mittlerweile die größten Arbeitnehmergegner. Die Betriebe müssen entlastet werden, und ein Teil der Entlastung muss den Arbeitnehmern in Form höherer Löhne bezahlt werden. Da gibt es kein Herumdiskutieren mehr! Die Menschen verdienen zu wenig. Entweder die Politik handelt oder es droht ein sozialer Kollaps.

Es ist in höchstem Maße ungerecht, wenn sich Familien in Südtirol verschulden müssen, um die monatlichen Kosten, die täglichen Ausgaben überhaupt noch bezahlen zu können. Seit 1991 ist der Reallohn um 10 Prozent gesunken, und zwar in Südtirol und nicht irgendwo in Italien. Die Preise sind in den letzten vier Jahren teilweise um bis zu 40 Prozent angestiegen. Laut einer jüngsten Veröffentlichung der italienischen Tageszeitung "La Repubblica" hat ein normaler Arbeiter und Angestellter allein in den Jahren von 2002 bis 2007 1.896 Euro an Lohn im Verhältnis zu den steigenden Kosten, also an Kaufkraft verloren. Das meiste davon ist durch Inflation und mangelnden Lohnausgleich sowie steigender oder gleichbleibender Abgabenlast entstanden. Allein im Jahr 2007 gab es eine Mehrbelastung der privaten Haushalte von rund 700 Euro zu verzeichnen. Wer 1.300 Euro netto im Monat verdient, ist schon im oberen Durchschnitt, die meisten haben knapp mehr als 1.000 Euro, junge Arbeitnehmer verdienen weniger als 900 Euro. Ein Arbeiter verdient 20.800 Euro, ein Angestellter bis zu 25.000 Euro. Nach Abzug aller Abgaben wird die Lohntüte sehr dünn. 60 Prozent der Südtiroler Familien haben im letzten Jahr keine Ersparnisse angelegt. Der Verschuldungsgrad der Privathaushalte liegt mittlerweile fast bei 20.000 Euro. Diese Verschuldung ist von 2001 bis heute um 40 Prozent angestiegen. Fast zwei Drittel der Südtiroler Familien kaufen außerhalb Südtirols ein, weil sie sagen, dass sie es sich in Südtirol nicht mehr leisten können. Jeder Arbeitnehmer und Angestellte zahlt pro Jahr durchschnittlich 10.000 Euro an direkten Steuern. Die Renten liegen im Durchschnitt zwischen 500 und 600 Euro. Es ist nicht gerecht, dass genau diejenigen, welche das hohe Steueraufkommen in Südtirol erarbeiten, letztlich mit wenig Lohn und hohen Kosten auskommen müssen. Es ist eine bodenlose Ungerechtigkeit, wenn die einfachen Leute im Lande mitanschauen müssen wie beispielsweise Politiker 1.000 Euro in einer Woche oder noch weniger Zeit verdienen. Es ist fast schon ein Hohn, dass ein Südtiroler Landeshauptmann, der mehr verdient als die meisten Regierungschefs Europas, in seinem Haushaltsbericht ein Wohlstandsbild zeichnet und das Wohlstandsgefälle in Südtirol verschweigt, den drohenden sozialen Kollaps einfach in

seinem politischen Daunenbett ignoriert. Zornig werden die Menschen, wenn sie ihren Lohnzettel anschauen und gleichzeitig hören, wie viel Politiker und, auch in unserem Land, Verwaltungsräte und Manager verdienen. Die Bürger sind fassungslos, wenn sie hören, dass ihre Bürgermeister höhere Löhne und künftig auch Renten erhalten wollen, obwohl die allermeisten Bürgermeister dreimal soviel verdienen wie im Durchschnitt ihre Bürger. Die Gemeinden sind verschuldet und der als Gemeindenverband getarnte Bürgermeisterverband ruft nach Renten und Abfertigungen, obwohl die Bürgermeistergehälter in Südtirol seit der letzten Gemeindenordnungsreform angestiegen sind. Und dann hören sie noch, dass die SVP mit ihrem Wahlgesetz zehn neue Politikerposten schaffen will, die natürlich alle bezahlt werden müssen. Zehn neue Politikerposten bedeuten 8 Millionen Euro höhere Kosten der Politik in einer Legislaturperiode!

Spärlich war leider die Unterstützung der restlichen Opposition hier im Landtag für die Obstruktion, aber zwei Abgeordneten ist es dann doch gelungen, gegen das Scheckbuch-Wahlgesetz der SVP-Fraktion Widerstand leisten. Mit diesem Gesetz wollte sich die SVP wie aus einem Scheckbuch mehr Macht bei weniger Stimmen, gleich viel Mandate bei schwindender Wählerschaft und vor allem mehr Posten bei weniger Zuspruch sichern. Die Schecks sind ungedeckt, die Zeche zahlen die Bürger!

Obstruktion zählt nicht zu den Sternstunden der Demokratie, aber die Union hat diese Obstruktion mit Überzeugung betrieben, weil wir im Sinne der Bürger handeln und der wundersamen Postenvermehrung der SVP mit einem Mittel der demokratischen Notwehr entgegentreten wollen. Man hört, dass die SVP für dieses Postenvermehrungs- und Machtsicherungsgesetz eine Volksabstimmung anstrengen wolle. Na dann viel Spaß beim Unterschriftensammeln! Die Union wird dann ebenfalls einen Landtagswahlgesetzentwurf zur Volksabstimmung vorlegen, mit klaren Wahlkampfkostenregeln, mit einer rückwirkenden Mandatsbeschränkung und vor allem mit einem Vorschlag für die Verringerung der Politikerposten, unter anderem der Verkleinerung der Landesregierung von elf auf sieben Mitglieder. Im Grunde genommen müssen wir der SVP sogar dankbar sein, dass sie die Entscheidung über das Landtagswahlgesetz vom Landtag weg hin zur Bevölkerung verlagert. Hier im Landtag kann die SVP noch mit ihrer Mehrheit spielen, aber bei einer Volksabstimmung ist das demokratische Spiel offen. Dann werden wir ja sehen, welchen Gesetzentwurf die Bürger unterschreiben und welchem sie dann zustimmen werden: dem Entwurf der SVP, der weniger Demokratie, mehr Machtkonzentration, mehr Postenschacher, mehr Politikerposten und mehr Politikerkosten bringen wird, oder dem Unions-Entwurf, der für mehr Bürgerdemokratie, weniger Machtkonzentration, häufigeren Wechsel in der Politik und vor allem auch für weniger Postenschacher und weniger Politikkosten steht.

Bereits 1998 und 2003 hat die Union, als einzige Partei, die Reduzierung der Landesregierungssitze verlangt und zwei Mal sogar offiziell beantragt. Die SVP konnte den Postenhals nicht voll genug bekommen und wir sind bei elf Landesregie-

rungsmitgliedern angelangt. Nach den Wahlen 2003 wurden vor der Wahl der Landesregierung gar Ressorts aufgesplittert, um für alle etwas zu finden. Schule und Kultur wurden getrennt, die Wirtschaftsbereiche sind sogar auf vier Landesräte aufgeteilt. Um die Speisung der 21 Gewählten irgendwie vollziehen zu können, musste man so manche Postenkapriole schlagen. Erst jetzt regen sich auch andere, nachdem wir als Union für Südtirol die Verkleinerung der Landesregierung sogar als eine der Grundsatzforderungen des Landtagswahlgesetzes gemacht haben. Und diese Grundsatzforderung bleibt! Entweder die Landesregierung wird verkleinert oder es gibt zumindest mit der Union kein Landtagswahlgesetz.

Die Gerechtigkeit, die soziale Gerechtigkeit wird völlig vernachlässigt. Während die SVP-Arbeitnehmer für höhere Gehälter für die Primare streiken oder so mal nebenbei zu Doppelverdienern in Brixen und im Wohnbauinstitut werden, rutscht draußen im Lande bei den wirklichen Arbeitnehmern der soziale Standard ab. Der soziale Erdrutsch ist vorprogrammiert, wenn die Landesregierung als einzige Antwort darauf eine Mittelstandsförderung beim Wohnbau beschließt. Wir müssen uns fragen, wo dieser Mittelstand angesiedelt wird: ab einem Einkommen von 40.000, 50.000 oder 60.000 Euro oder wie beim Landeskindergeld bei 80.000 Euro? Mittelstandsförderung Marke SVP ist Reichenförderung! So lange die Lohnkurve nicht nach oben zeigt, wird man auch mit vermeintlicher Mittelstandsförderung nichts ausrichten. Wo der soziale Kollaps droht, sind auch die anderen, höchst tragischen Begleiterscheinungen nicht weit. Schauen wir nach Deutschland, ein vermeintlich reiches Land. Die soziale Kurve zeigt nach unten und damit einher geht die Kinderarmut. In Südtirol wird man natürlich gleich mit dem Verweis auf die sogenannte Vollbeschäftigung und mit dem Verweis auf die vielen Sozialleistungen gegenargumentieren, doch man vergisst offenbar immer wieder eines: Mit den Sozialleistungen ist man nicht einmal imstande, den Reallohnverlust auszugleichen. Das wahre Problem ist die hohe Belastung der Betriebe und der Privathaushalte bei gleichzeitigem Lohnstillstand und Reallohnverlust. Niemand soll die Realität leugnen, dass Familien mit mehr Kindern in Südtirol eine tägliche, wöchentliche und monatliche finanzielle Gratwanderung vollziehen. Nur die kleinste unvorhergesehene Ausgabe - der Lohnausfall durch längere Krankheit, Unfälle, ja schon eine kaputte Waschmaschine - bedeuten Verschuldung, und ab in die Schuldenfalle. Ein Vater hat mir gestern geschrieben: "Ich bin irgendwo auf Platz 6700 in der Rangliste für Studienbeihilfe meiner Tochter und werde nichts mehr kriegen. Das ist ein Problem, das ohne weitere Verschuldung nicht zu lösen ist. Ich habe in den vergangenen Jahren Studienbeihilfen in der Höhe von ungefähr 500 Euro erhalten. Wenigstens etwas, und das reichte, einen Teil der benötigten Studienmaterialien zu decken, ohne dass auch nur das Geringste für Fahrt, Mensa, Kleidung, Ausflüge oder gar noch Taschengeld übrig geblieben wäre. Wenn der Lohn nicht steigt, weiß ich nicht mehr, wie ich meiner Tochter das Studium finanzieren soll. Zum Glück habe ich nur zwei Kinder, mehr könnte ich mir nicht leisten."

Ist der SVP bekannt, dass laut einer am 14. Oktober veröffentlichten Studie die Zahl der notleidenden Privat- bzw. Wohnbaukredite um 19 % gestiegen ist? Ist der Landesregierung bekannt, dass durch die steigenden Lebenshaltungskosten, gepaart mit einer steigenden Inflation und bei gleichzeitig sich in den letzten drei Jahren verdoppelten Kreditzinsen, fast die Hälfte der verschuldeten Familien auch in Südtirol in arge Liquiditätsschwierigkeiten geraten ist, dass immer mehr Familien sich in einem Kreislauf von steigender Verschuldung, steigenden Kosten und weniger Geld zur Tilgung der Kredite befinden? Die neue OECD-Studie bestätigt eindrucksvoll die Richtigkeit unserer Kritik an der Familien- und Sozialpolitik der SVP. Wenn es den Eltern an Einkommen fehlt oder das Einkommen im Verhältnis zu den Ausgaben an Wert verliert, dann droht der soziale Abstieg. Besonders einkommensschwach sind kinderreiche Familien und Alleinerzieher, deren finanzielle Mittel trotz eines aufrechten Arbeitsverhältnisses nicht zur Bewältigung des stetig verteuerten Alltags ausreichen. Das von der Union für Südtirol bereits im letzten Landtagswahlkampf vorgeschlagene Modell des Familiensplittings, wie es auch in Frankreich bereits praktiziert wird, wäre ein wichtiger Schritt. Dank der weitgehend als Feuerwehrmaßnahme zu bezeichnenden Familienpolitik der letzten Jahre ist die Gründung einer kinderreichen Familie heute gleichbedeutend mit dem Schritt in das soziale Gefälle oder gar in die Armut, was auch immer wieder von verschiedenen Armutsstatistiken bestätigt wird. In Südtirol werden andere politische Schwerpunkte gesetzt. Während der Landeshauptmann eine verunglückte Vision 2010 gehabt hat, lässt es die Union nicht zu, dass die größten Fehler und die kapitalsten Böcke dieser Legislaturperiode aus den Augen geraten: Die Frizzi-Au wurde in dieser Legislaturperiode von der Landesregierung mit 20 Millionen Euro in ein Panzerübungs- und Motocross-Gelände umfunktioniert, mit angeschlossenen Fahrsicherheitszentrum. 15 Millionen Euro kostet das Projekt selbst, 5 Millionen Euro die Brücke. Die Menschen freuen sich: Sie wissen nicht, wie sie die nächste Rate des Wohnbaukredits zahlen und ihren Kindern das Studium finanzieren sollen, wissen aber, dass sie ab 2008 in der Frizzi Au wahlweise Panzern, Motocrossfahrern oder Gokart-Rennen zuschauen dürfen. Ein eiskalter Zynismus kennzeichnet die Politik der Landesregierung. Sie weiß genau, dass dieses Projekt fast niemand in der Bevölkerung wollte und will und doch zog man dieses Projekt ohne mit der Wimper zu zucken durch. Die Panzer werden die Frizzi Au zermalmen, und die Landesregierung begräbt Demokratie und Bürgerwille unter ihren Rädern. 20 Millionen Euro Geldverschwendung, zu verantworten von einer 21-köpfigen SVP-Fraktion, machen eine Million pro Kopf aus.

Beim Bozner Flugplatz ist es ebenso. Jeder Fluggast kostet die Steuerzahler fast 100 Euro Subvention. Jährlich werden 2 bis 5 Millionen Verlustausgleich vom Land übernommen. Der Air Alps wurden eine Million Euro Schulden erlassen. Land und Region haben drei Millionen Euro Zusatzfinanzierung bezahlt, und dazu kommen noch jährlich Zahlungen von rund 400.000 Euro aus dem Landeshaushalt für über 2.000 angekaufte Flugtickets für Landesbedienstete von Bozen nach Rom und zurück.

Die Flugplatzmediation hat über 230.000 Euro gekostet, der Mediator Falk hat 240 Euro die Stunde verdient. Und wofür das alles? Für die Katz, um es einmal so auszudrücken! Sogar dem zurückgetretenen Flugplatzpräsidenten Thomas Baumgartner wurde klar, dass er auf den Rädern seiner Lkw's sicherer unterwegs ist als mit der flügelahmen Air Alps über den Bozner Luftlöchern. Der Flugplatz muss geschlossen werden. Er darf nicht weiter finanziert werden. Er bringt nichts, gar nichts! Wann wird diese Botschaft endlich auch im Luftschloss der Landesregierung ankommen? Rund 40 Millionen Euro hat die ganze Flughafengeschichte den Steuerzahler bisher gekostet. Aufgeteilt auf 21 SVP-Abgeordnete macht das fast zwei Millionen Euro pro Kopf.

Die Meraner Thermen sind ein Beispiel Südtiroler Geldseilschaften und ein Beispiel für organisierte Geldverschwendung. Statt ursprünglich 40 Millionen Euro hat man mittlerweile fast 140 Millionen Euro ausgegeben, und zwar für die Thermenanlage und das Hotel. Es gab mehrfache Umplanungen und fürstliche Honorare: acht Millionen Euro für Architekten, fast drei Millionen Euro für Projektsteuerung und sonstige Kinkerlitzchen, noch nicht gezahlte Millionen Euro für Verlustausgleiche, für Nach- und Umbauten, Neugestaltungen, herausgerissene Böden, Bäder, Luxusliegen und Fehlplanungen. Nicht vergessen darf man den Skandalbau Thermenhotel, der ein mit Landesgeldern gebauter und von einer Nicht-Südtiroler Hotelkette geführter Konkurrenzbetrieb für die heimische Hotellerie ist. Die Union hat als erste die Privatisierung des Betriebes gefordert, Landeshauptmann Luis Durnwalder war jedoch bisher dem Vernehmen nach immer dagegen, weil er sich sein Spielzeug nicht nehmen lassen wollte. Jetzt scheint man auch in der Landesregierung zur Einsicht gelangt zu sein, dass die Privatisierung dringend notwendig ist, um das heiße Eisen "Thermenhotel" loszuwerden. Es ist sehr schwer, die Verschwendung durch Fehlplanungen und über- teuerte Honorare, völlig übertriebene Anschaffungen sowie Bau- und Einrichtungsentscheidungen zu beziffern. Experten reden von mindestens 40 Millionen Euro nicht notwendiger oder sogar fahrlässig verursachter Mehrausgaben. Das macht wiederum fast zwei Millionen Euro pro Landtagsabgeordnetem der SVP.

Bei den externen Beraterverträgen wirft man ebenfalls frisch und fröhlich mit Steuergeldern um sich. Fast 100 Millionen Euro wurden für 12.700 externe Aufträge und Beraterverträge ausgegeben, und zwar ohne Sanitätsbetriebe und Schulverwaltungen. 30 Millionen könnte man dabei locker einsparen, wie dies im Trentino geschehen ist. Also sprechen wir von 30 Millionen Euro an nicht gerechtfertigten Ausgaben. Das macht 1,5 Mio. Euro pro SVP-Abgeordneten. Damit wären wir jetzt für Frizzi Au, Flugplatz, Therme und externe Beraterverträge schon auf 6,5 Mio. Euro Geldverschwendung je SVP-Abgeordneten! Wenn wir in diesem Tempo weiterzählen, kommen wir heute locker noch auf die 10 Millionen pro Kopf und Nase. Vergesst das nicht, bei der Wahlwerbung in Eure Leistungsbilanz zu drucken! Bei den externen Beraterverträgen betreibt die Landesregierung ja eine Rosstäuscherei der besonderen Art. Sie täuscht die Senkung der externen Beraterverträge in den letzten zwei Jahren vor, um die weiterhin horrende Zahl von externen Verträgen zu rechtfertigen. In Wirklich-

keit hat der Landeshauptmann letzte Woche erklärt, dass auch im kommenden Jahr gleich viele externe Aufträge vergeben werden sollen wie im laufenden Jahr. Die Landesregierung erweist sich vehement als beratungsresistent, denn bei so vielen Beratern müsste unter dem Strich etwas Besseres herauskommen als beispielsweise das Gesetz zur Handwerksordnung, das im Landtag mit einer Fülle von Änderungsanträgen neu gefasst wurde. Die Rosstäuscherei liegt in einer Zahlenakrobatik, die in Wirklichkeit gar keine ist: Die externen Aufträge wurden nie und nimmer um 20 Prozent gesenkt. Die Zahlen sind eindeutig und unwiderlegbar! Sie stammen aus der offiziellen Auflistung der Landesregierung, die uns im Rahmen der Untersuchungskommission des Landtages zur Verfügung gestellt wurde. Im Jahr 2004 wurden 12.190 externe Verträge vergeben, im Jahr 2005 waren es 13.000 und in den Jahren 2006 und 2007 12.722, ohne Schulverwaltungen und Sanitätsbetrieb(e). 2004 wurden 86,9 Millionen Euro für externe Verträge ausgegeben, im Jahr 2005 waren es 100,16 Millionen Euro und in den Jahren 2006 und 2007 jeweils 98,8 Mio. Euro, immer ohne Schulverwaltungen. Bei der Einsetzung der Untersuchungskommission im Jahr 2006 hat Landeshauptmann Durnwalder versprochen, die Zahl der externen Aufträge signifikant zu senken. Seitdem ist nichts dergleichen geschehen, die Zahlen sprechen für sich. Im Trentino hat man bereits vor zwei Jahren 30 Prozent eingespart. In Südtirol tut man jetzt so, als hätte man eingespart und gibt weiterhin fast 100 Millionen Euro für die externen Verträge und Aufträge aus. Das erinnert mich an das Ministerium für Wahrheit aus Orwells 1984: Der Große Bruder hat die Schokoladenration halbiert. Das Ministerium hat alle Beweise vernichtet, die belegten, dass die Rationen einmal höher waren, und hat stattdessen überall geschrieben, dass die Rationen früher niedriger waren und man jetzt deshalb für die Erhöhung der Schokoladenration dankbar sein müsse. In Südtirol läuft das eleganter und zugleich noch unverfrorener ab. Hier sagt man: "Die externen Beraterverträge wurden vor einigen Jahren um 20 Prozent reduziert" und verschweigt, dass das überhaupt nicht stimmt und das genaue Gegenteil der Fall ist. Dann sagt man: "Wir erhöhen die Ausgaben für das nächste Jahr nicht, also dankt uns dafür." Übrigens ist Südtirol hinsichtlich der externen Beraterverträge Spitzenreiter. Laut der dem Staat vom Land offiziell mitgeteilten Zahlen gibt Südtirol im Durchschnitt über 13.700 Euro für jeden einzelnen Beratervertrag aus. Damit liegt man immer noch vor all den anderen Regionen. Um noch einmal deutlich zu sagen: dieser lockere Umgang mit den Steuergeldern und diese lockere Handhabung bei den externen Beraterverträgen sind einfach nicht richtig! Es ist überdies deutlich festzustellen, dass es in manchen Ressorts vielfach dieselben Betriebe, dieselben Freiberufler sind, welche die Aufträge erhalten. Es ist deutlich festzustellen, dass im Hochbauwesen zahlreiche Aufträge an einige wenige Unternehmen oder Freiberufler gehen. Es ist auch deutlich festzustellen, dass zum Beispiel für geologische Gutachten immer dieselben Personen beauftragt werden, und dies in einer Frequenz, die befürchten lässt, dass die Aufträge gar nicht alle ausgeführt werden können. Es ist festzustellen, dass das Land eine Vielzahl von Rechtsanwälten mit externen Aufträgen an sich bindet, um

sie befangen zu machen und als Rechtsvertreter für die Bürger gegen die öffentliche Verwaltung sozusagen aus dem "Verkehr" zu ziehen. Es ist festzustellen, dass im Bereich Weiterbildung sowie bei Kursen und Seminaren Beauftragungen stattfinden, deren Umsetzung und Durchführung oft nicht nachvollziehbar ist. Es ist festzustellen, dass zum Beispiel in einem Ressort des früheren Landessekretärs der Mehrheitspartei eine ehemalige Werbeagentur der Mehrheitspartei lukrative Aufträge erhält. Es ist festzustellen, dass landeseigene privatrechtliche Gesellschaften - z.B. die Südtiroler Informatik AG - paradoxerweise externe Aufträge in gewaltigem Umfang erhalten und somit ihre Bilanzen aufbessern können. Gleichzeitig ist festzustellen, dass andere externe Aufträge im Informatikbereich an Betriebe ohne Landesbeteiligung wiederum an einige wenige Unternehmen gehen, die damit enorme Summen erhalten. Es ist festzustellen, dass es Weiterbildungsorganisationen und Agenturen gibt, die sehr oft und häufig Aufträge erhalten. Es ist festzustellen, dass eine Reihe ehemaliger Landesbediensteter bzw. Spitzenbeamte nach ihrem Ausscheiden bzw. der Pensionierung mit lukrativen externen Beraterverträgen bedacht werden. Das ist nicht unbedingt nachvollziehbar, wenn man bedenkt, dass es allein in den verschiedenen Ressorts 11.000 Landesbedienstete gibt. Es ist festzustellen, dass bei externen Beauftragungen und Ausschreibungen nicht selten die Sorgfalt fehlt und dadurch zusätzliche Kosten verursacht werden. Eines der dem Unterfertigten bei der Überprüfung untergekommen Beispiele ist jenes über den Ankauf von 2.400 Personal Computern durch die Abteilung 9 - Informationstechnik. Es wurden 2.400 PC's angekauft. Hinsichtlich der Ausschreibung kann behauptet werden, dass sie derart gestaltet war, dass es nur wenige, um nicht zu sagen sehr wenige Unternehmen und Systeme gibt, welche die Anforderungen erfüllen konnten. Das Unternehmen hat die Computer wie in der Ausschreibung angefordert geliefert. Niemand in der Landesverwaltung hat sich bemüht gefühlt, sich vor der Auftragserteilung auch nur einen einzigen Computer bringen zu lassen und diesen auf die Tauglichkeit zu überprüfen. Die Systeme wurden also bestellt, der Auftrag erteilt. Nach der Lieferung der Computer hat man dann bemerkt, dass die PC-Lüfter derart laut waren, dass sie für den dauerhaften Büroeinsatz einfach nicht taugten. Für eine neue Ausgabe von 288.000 Euro wurde dem Unternehmen ein neuer Auftrag erteilt, 2.400 Lüfter auszutauschen. Der Betrag musste natürlich zusätzlich zum ursprünglichen Auftrag bezahlt werden, weil die Pc's wie bestellt geliefert worden waren. Hier muss mehr Sorgfalt im Umgang mit den öffentlichen Geldern angemahnt werden. Im Vergleich zu Südtirol liegen die für extern vergebene Aufträge aufgewendeten öffentlichen Gelder im Trentino um etwa ein Drittel tiefer, nachdem die Trentiner Landesregierung für den Landeshaushalt 2006 und auch für 2007 eine Verringerung der Beträge beschlossen hat. In Südtirol blieb es bei Ankündigungen. Die Summe der Steuergelder für externe Beraterverträge ist - ohne Schulverwaltungen - nur um ganze 1,3 Prozent gesunken und soll ja im kommenden Jahr gleich bleiben. Eine Reduzierung um rund 30 Prozent oder mehr wäre möglich und notwendig.

In Zusammenhang mit der Untersuchungskommission betreffend externe Beraterverträge nicht außer Acht gelassen werden, dass es auch bei der SMG einiges zu untersuchen gäbe. Da wird offiziell in Bozen über möglichen Betrug ermittelt, also über sehr leichtfertigen Umgang mit den Steuergeldern, die das Land jährlich der SMG zuschießt. Gleichzeitig hat die Union in den vergangenen Monaten ja wiederholt darauf hingewiesen, dass die SMG auch von sehr umfangreichen Ermittlungen zu einem großen vermuteten Betrugsskandal in der deutschen Werbebranche berührt wird. Uns wurde hier im Landtag über Jahre hinweg von der Landesregierung erklärt, dass wir uns keine Sorgen über die Finanzgebarung und die Arbeit der SMG machen bräuchten. Nun, ich mache mir nicht nur weiterhin Sorgen darüber, ich bin sogar der Meinung, dass die SMG grundsätzlich in Frage zu stellen ist. Die SMG hat 40 Angestellte, während beispielsweise die Marketing-Gesellschaft im 12-Millionen-Einwohner-Freistaat Bayern mit einem Viertel der Angestellten auskommt und weitaus größere Aufgaben zu erfüllen hat.

Untersuchenswert wäre auch der Immobiliendeal der Pensplan-Tochter Pensplan Invest, wenngleich auf regionaler Ebene, aber Südtiroler Gelder sind ja auch in großem Umfang involviert. Offenbar wurde dort ein sehr lukrativer Immobilienhandel akkurat vorbereitet und so durchgeführt, dass eine Reihe von privaten Gesellschaften große Gewinne abschöpfen konnten, bis die Immobilien letztlich zu einem nicht nachvollziehbar hohen Preis an die Pensplan Invest verkauft wurden. Hier gibt es eine ganze Reihe von Seilschaften, die versucht haben mitzuverdienen. Unterm Strich bleibt die Pensplan Invest übrig, eine Tochter der Pensplan, die fast zur Gänze in öffentlicher Hand ist. Bis zum Schluss werden all jene, die ihr Geld in den Pensplan einzahlen, nicht mitverdienen, sondern wahrscheinlich einen Verlust erleiden. In diesem Zusammenhang sei auch noch einmal an die große Milkon-Gastrofresh-Geschichte erinnert. Die diesbezüglich eingesetzte Untersuchungskommission hat schon reine Milch eingeschenkt und eindeutig festgestellt, dass unter den Augen der Landesregierung durch die Gründung der ausgelagerten Vertriebsgesellschaft Gastrofresh Privaten Vorteile verschafft wurden, und zwar zum Nachteil der Bauern. Wir haben festgestellt, dass es eine Interessensseilschaft gab und gibt, die auf dem Grundstock des von 4.000 Bauern angelieferten Rohstoffes Milch aufbauend ein Geschäft organisiert hat, das man nur als skandalös bezeichnen kann. Die Landesregierung, der Raiffeisenverband und alle sonstigen Kontrollinstanzen haben versagt und der Bauernbund hat weggeschaut, wie die Bauern übervorteilt wurden. Mittlerweile hat sich die Situation kaum gebessert. Wir haben zwar erreicht, dass die Gastrofresh-Zahlungen an die Milkon zum Vorteil der Bauern nachgebessert wurden, aber dass die Bauern unterm Strich mehr davon haben sollen, ist nicht nachvollziehbar. Die Auszahlungspreise für die Milkon-Bauern liegen trotz europaweit steigender Marktpreise der Tankmilch tief wie eh und je. Die Burgeiser haben sich mittlerweile aus dem Genossenschaftsbund wieder verabschiedet, und zwar mit gutem Grund. In der Milkon-Mila in Bozen weiß man nichts Besseres zu tun, als über 10 Millionen Euro in die Außengestaltung der Bau-

lichkeiten zu stecken. Wir alle haben auch miterlebt, wie Gerichtsurteile in Südtirol vom Raiffeisenverband, von der Politik und den entsprechenden Seilschaften missachtet werden. Ein von den Seilschaften eingesetzter Senni-Obmann, der laut Gerichtsurteil eigentlich kein Obmann ist, sperrt den anderen ehemaligen Obmann, der laut Gericht eigentlich der rechtmäßige Obmann wäre, aus. Die Verantwortlichen im Kontrollorgan Raiffeisenverband und in der Landesregierung schauen zu und sind froh, einen Aufdecker und Unbequemten wie den früheren Obmann Josef Renzler los zu sein. Auch hier ist wiederum die Ungerechtigkeit festzustellen. Während einige wenige abkassieren und es sich auf Kosten der vielen Bergbauern bequem einrichten dürfen, werden eben diese 4.000 Bauern weiterhin mit lächerlichen Milchauszahlungspreisen abgespeist. Deshalb hält das Sterben bäuerlicher Betriebe an.

Obwohl die Landesregierung und die SVP die Situation in rosigen Sätzen schönzureden versuchen, ist im gesamten Wirtschaftsbereich eine zunehmend angespannte Lage zu erkennen. Die Probleme sind aufgrund der Wirtschaftspolitik in Südtirol hausgemacht oder durch Rom, wo die SVP als Krücke der Linksregierung Prodi fungiert, mitverschuldet. Die Unternehmen geraten durch die eigene steigende Steuer- und Bürokratiebelastung und durch die gleichzeitig sinkende Kaufkraft der Familien und Arbeitnehmer unter Druck. Es ist heute schon so, dass durch die steigenden Zinsen zwei Einkommen pro Familie benötigt werden, um das Darlehen für Haus oder Wohnung abzuzahlen. Die Kaufkraft der Arbeitnehmer ist gesunken. Dies und die extreme Steuerbelastung führen zu erstmals sinkenden Unternehmerzahlen in Südtirol, und das obwohl immer noch viele Scheinfirmer von Ausländern gegründet werden, um Landesbeiträge von bis zu 30.000 Euro zu erhalten. Hauptsache man hat sich eine Aufenthaltsgenehmigung ergaunert, und dann braucht man ja nicht mehr viel zu tun!

Die vom Landeshauptmann gerühmte Reform der Landesbeiträge ist ein Trugschluss. Seine "Innovationsstrategie" wird zur "Innovationsblase" werden. Firmen lassen sich hier die Forschung und Entwicklung fördern und sind dann gezwungen, die anschließende Produktion ins Ausland zu verlagern, da es dort wesentlich bessere Bedingungen für einen Produktionsstandort gibt. Die Standortförderungen - Investition in Gewerbehalle, Maschinenpark usw. - sind so stark zurückgeschraubt worden, dass sie so gut wie keine Rolle mehr spielen. Da verschickt die Landesregierung tausende von Briefen an Wirtschaftstreibende und erklärt ihnen, wie toll die reformierte Wirtschaftsförderung sei. Damit beweihräuchert sie sich aber nur selbst, denn niemandem ist klar, was eigentlich der Inhalt der neuen Wirtschaftsförderung ist. Jetzt geht man her und verspricht eine zusätzliche Senkung der IRAP um 0,5 Prozent, wenn die Unternehmen fünf Jahre auf die Beiträge verzichten. Das ist natürlich ein Nullsummenspiel für den Landeshaushalt, bei dem man dadurch nichts verliert, aber für die Betriebe entsteht daraus nicht der geringste Vorteil, weil unterm Strich keine Entlastung herauschaut. Der Landeshaushalt 2008 wächst um fast 300 Millionen Euro an. Damit käme eine Steuersenkung in Frage. Eine echte 1-prozentige IRAP-Senkung wäre ein Muss. Die derzeitige Praxis, durch eine erdrückende Steuerlast die Landestöpfe zu füllen und

damit die Bürger, Verbände und Unternehmer zu Bittgängern zu machen, ist abzulehnen.

In Südtirol gab es im ersten Halbjahr 2007 20 Prozent mehr Konkurse als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Abwanderungen von Betrieben setzen sich fort. Die jüngst in Kraft getretene Reform der Wirtschaftsförderung in Südtirol führt de facto zu einer Kürzung der Beiträge. Die Belastung für die Unternehmer ist so hoch wie nie. Mitten im Geschäftsjahr wurden einfach Regeln verändert, die Steuerkontrollen arten immer mehr in Schikanen aus. Die SVP ist in Rom die Krücke für die humpelnde Regierung Prodi. Dadurch, dass die SVP dem Vizefinanzminister Vincenzo Visco das Vertrauen ausgesprochen hat, hat sie gleichzeitig auch dessen undurchsichtigen Aktionen in Zusammenhang mit der Absetzung und Besetzung von Posten an der Spitze der Finanzwache und die belastende Steuerpolitik der Regierung abgesehen.

Die jüngsten Rechenbeispiele, veröffentlicht in der "Südtiroler Wirtschaftszeitung" und in der Tageszeitung "Dolomiten", belegen, dass die Gesamt-Abgaben- und Steuerlast bei Unternehmen mittlerweile bei über 70% angelangt ist. Man muss eine dringende Entlastungspolitik für Südtirols Unternehmer fordern. Südtirol muss in Rom massiv Druck auf die Regierung ausüben. Es bräuchte ein beherztes Engagement für die Entlastung der Unternehmer und Arbeitnehmer in Südtirol. Wenn nicht bald eine kräftige Trendwende eingeleitet wird, so sind die Tage der fetten Landeshaushalte gezählt. Das weiß man, und deshalb verzichtet man auch auf einen Nachtragshaushalt. Zahlreiche Unternehmen ziehen ihre Investitionsvorhaben zurück oder verlagern sie ins Ausland. Dies führt unweigerlich zu einem sinkenden Steueraufkommen im Land und gefährdet Arbeitsplätze. Gutes Wirtschaften müsste sich eigentlich lohnen, aber bei uns werden Unternehmen, die Spitzenjahre verzeichnen und hohe Gewinne erzielen, bestraft. Wer ein Jahr mit einem außerordentlich hohen Gewinn hat, dem bleibt nichts mehr davon, denn durch die Saldozahlung und die Akontozahlung auf diesen Gewinn gerät ein Betrieb in Liquiditätsschwierigkeiten. In anderen Ländern kann man einen Teil des Gewinnes auf das nächste oder übernächste Jahr vortragen. Dadurch kommt mehr Planungssicherheit ins Unternehmen. In Italien und leider auch in Südtirol gibt es die andere Form: Wer mehr Gewinne hat, wird bestraft. Es gibt ja Betriebe, die über 100 Prozent der Gewinne an Steuern bezahlen müssen.

Südtirols Unternehmer und Arbeitnehmer schaffen Wohlstand. Die Politik in Bozen und Rom verprasst Steuergelder und sorgt für neue Belastungen: IRAP, IRES, 130 Steuern und Abgaben zu Sektorenstudien, Steuereinbehalte, Steuervorauszahlung, Privacy, Vidimierungen, Kunden-/Lieferantenlisten, Bürokratie, Behördenschikanen, geringere Abzugsmöglichkeiten. Viele Betriebe wenden mehr Zeit für Bürokratie als für Arbeitsplanung- und Unternehmenssteuerung auf. Die Bürokratie erdrückt die kleinen und mittleren heimischen Betriebe. Die Datenschutzbestimmungen verursachen viel Bürokratie. Natürlich will man sensible Daten in der Bank, beim Steuerberater, beim Arzt usw. geschützt wissen, aber wenn ein Tischler einen Stuhl verkauft, muss er auch die Datenschutzerlaubnis vom Kunden einholen. Das geht

doch zu weit! Die Kunden und Lieferantenlisten sind eine Erfindung der von der SVP unterstützten Prodi-Regierung. Man muss nachträglich alle Privatkunden anrufen, um ihre Steuernummer zu erfragen. Wer bezahlt den Unternehmern diesen Aufwand? Die Sektorenstudien sorgen auch für viel Unmut. Anhand eines Fragebogens will der Fiskus ausrechnen, wie viel Gewinn bzw. Umsatz man haben muss. Entspricht man nicht den Vorstellungen des Fiskus, so muss der Unternehmer das Gegenteil beweisen.

Das mittlerweile aufgrund der steigenden Zahl der Befragten repräsentative Ergebnis einer Unternehmerbefragung durch die Wirtschaftsgruppe der Union unter Wirtschaftssprecher Manfred Niederl hat ergeben: Der Großteil der Befragten hält demnach die Wirtschaftspolitik der Regierung Prodi für katastrophal, empfindet die Liquiditätssituation ihres eigenen Unternehmens als schlecht bis ausreichend, bemängelt die Zahlungsmoral der Kunden aufgrund zunehmender Zahlungsengpässen, bezeichnet die hohe Steuerbelastung als größten Nachteil des Wirtschaftsstandortes Südtirol und zählt als weitere Nachteile die hohen Grundkosten, zu viel Bürokratie und Mangel an Personal auf. Die Union schlägt vor: Abbau von Bürokratie, Abschaffung der Privacy-Bestimmungen für nicht sensible Bereiche, Abschaffung der Kunden- und Lieferantenlisten, Abschaffung der Sektorenstudien, Abschaffung der Steuereinbehalte bei Freiberuflern und Kondominien, Abschaffung von Registrierungen und Vidimierungen. Überstunden sollten getrennt und begünstigt besteuert werden. Den Betrieben muss die Möglichkeit gegeben werden, dem Mitarbeiter steuerlich begünstigte Prämien zu geben, dem Mitarbeiter eine steuerlich begünstigte Gewinnbeteiligung zu geben. Außerdem braucht es Betriebsprüfungen nach österreichischem und deutschem Vorbild. In Italien hat es letzthin eine von der Regierung Prodi verordnete Aufstockung der Steuerkontrollen gegeben. Der Finanzwache wurde ein Mehr an Steuerkontrollen aufgebürdet. Natürlich tut man das, fährt in irgendeine Land- oder Berggemeinde, klappert alle Geschäfte ab und hat am Ende das Soll als Finanzer erfüllt. Wir müssen auch für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Es braucht eine volle Abzugsfähigkeit aller Betriebsausgaben, "Steuerrückstellungen" durch Vortragsmöglichkeit von Gewinnen und dadurch Glättung von Spitzenjahren.

Die Union fordert auch die Zusammenlegung aller Wirtschaftsbereiche. Derzeit sind die Bereiche Tourismus, Industrie, Handwerk, Handel, Dienstleistungen, Innovation, Forschung, Kommunikation auf vier Landesräte aufgeteilt. Künftig sollte dafür nur mehr ein einziger Wirtschaftslandesrat zuständig sein.

Ungerechtigkeit empfinden die Einheimischen auch in der Zuwanderungsfrage, die der Landeshauptmann am liebsten vom Wahlkampf ausblenden möchte, die sich aber nicht ausblenden lässt. Der Landeshauptmann will den Wählern verbieten, im Wahlkampf über unbequeme und brennende Probleme zu reden. Das ist ja allerhand! Ich wollte eigentlich im ersten Zorn sagen: Euch hat es wohl ins Gehirn geschneit, aber in einer der Landtagsdebatte angemessenen Form sage ich: Frau Holle hat wohl ihre Kissen über Euren Häuptern ausgeschüttelt. Wir haben vor einem Jahr Volksabstimmungen eingeleitet und über 15.000 Unterschriften gesammelt, um den Vorrang

der Einheimischen bei der Wohnbauförderung zum Gegenstand eines Bürgerentscheids zu machen. Der Landeshauptmann meint, dass man in Bezug auf diese Frage nicht diskutieren dürfe, da alle Probleme nur vorgetäuscht seien. Es braucht die Wiedereinführung der 5-jährigen Ansässigkeitsklausel beim Wohngeld und die Erhöhung der Ansässigkeitspflicht bei den Sozialwohnungen von 5 auf 10 Jahren. Auf jeden Fall wird es eine Volksabstimmung geben und die Leute werden darüber abstimmen dürfen. Die neuesten Zahlen des Wohnbauinstituts, nach denen erstmals mehr Sozialwohnungen Nicht-EU-Bürgern zugewiesen wurden als deutschen Südtirolern, bestätigen die bisherigen Warnungen und Befürchtungen. Die SVP und die Landesregierung haben die Problematik jahrelang unterschätzt und vernachlässigt. Es gibt viele Beispiele von Fakten, die die Leute ärgern. Zuwanderer zahlen für die Sozialwohnungen des Wohnbauinstituts im Durchschnitt nur knapp über 50 Euro Miete im Monat. Es gibt auch Zahlungsrückstände bei den Arbeiterwohnheimen, denn dort stehen 255 Zuwanderer mit 111.000 Euro in der Kreide. Es gibt insgesamt 5.880 italienische, 5.441 deutsche, 512 ausländische und 195 ladinische Sozialwohnungsmieter. Die Italiener zahlen durchschnittlich 167,93 Euro Monatsmiete, die Deutschen 181,9 Euro, die Ladinier 187,16 Euro und die Ausländer 55,7 Euro. Die meisten Mieter zahlen den sozialen Mietzins. Die Miete orientiert sich normalerweise unter anderem am Einkommen und an der Zahl der Familienmitglieder. Es ist bedenklich, dass die Einheimischen das Gefühl haben müssen, benachteiligt zu sein. Sie sind es, die ungerecht behandelt werden, und deshalb soll man nicht hergehen und darüber schimpfen, dass möglicherweise im Wahlkampf über dieses Thema geredet wird! Während in den Arbeiterwohnheimen zum Erhebungszeitpunkt im April dieses Jahres nur 1 Deutscher, 3 Italiener und 5 Ladinier mit der Zahlung im Rückstand waren, waren bei den Zuwanderern 255 Personen mit insgesamt 111.609 Euro an nicht bezahlten Mieten zu verzeichnen. Ich verstehe nicht, wie die Landesverwaltung da einfach nur zuschauen kann! Entweder die Arbeiterwohnheime werden von manchen als Obdachlosenheime missverstanden oder es wird einfach nicht bezahlt. Wer in einem Arbeiterwohnheim wohnt, müsste schon in der Lage sein, die ohnehin relativ niedrige Miete zu bezahlen.

Bei den Sozialwohnungen waren zum Erhebungszeitpunkt insgesamt 1.500 Mieter bei der Bezahlung der Miete mit über 1,4 Millionen Euro im Rückstand: 577 Deutsche, 780 Italiener, 18 Ladinier und 125 Ausländer. Das bedeutet: 10 Prozent der deutschen Mieter sind im Rückstand, 13 Prozent der italienischen Mieter, 9 Prozent der ladinischen Mieter und 24,5 Prozent, also fast ein Viertel, der ausländischen Mieter.

Auch in Bezug auf den Ausverkauf der Heimat hat der Landeshauptmann nicht alles gesagt, obwohl er vor einigen Jahren bei einer Andreas-Hofer-Feier gesagt hat, dass man endlich etwas gegen den Ausverkauf der Heimat tun müsse. Das neue im Landesraumordnungsgesetz ist sicher in keiner Form dazu geeignet, diesbezüglich irgendetwas zu ändern. Wenn schon, dann bräuchte es ein Verbot von neuen Freizeitwohnsitzen. Die Zahlen sprechen da wieder einmal für sich: Ende 2006 gab es dem-

nach in Südtirol 10.526 Zweitwohnungen. 71 Prozent davon gehören Italienern, die nicht in der Provinz Bozen ansässig sind, und Bundesdeutschen. Die Spekulation mit Zweitwohnsitzen für Provinzfremde treibt insgesamt die Wohnungspreise in die Höhe, macht den Wohnraum für Einheimische spärlich und zwingt junge Familien, ihre Heimatgemeinden zu verlassen und in günstigere Gegenden zu ziehen.

Aus dem Haushaltsbericht wurden auch wichtige Fragen wie jene der Freiheit und Selbstbestimmung unseres Landes ausgeblendet. Auch die Ortsnamenfrage wurde ausgeblendet. Der Landeshauptmann hat diese Frage nicht angesprochen, sondern einfach beiseite geschoben. Wir wissen, dass man diese Thematik in keinsten Weise so regeln will, wie sie geregelt werden müsste. Man spricht in Sonntagsreden über die grundsätzlichen Forderungen. Das zeigt die Entfernung und Entfremdung der SVP von dieser Frage. Eine solche Umfrage ohne wissenschaftliches Kriterium würde die Bürger überfordern und zeigt gleichzeitig die Respektlosigkeit der SVP gegenüber unseren historischen Ortsnamen und die Absicht Durnwalders, in der Ortsnamenfrage noch mehr Verunsicherung zu schaffen. Auch versucht der Landeshauptmann mit dem Argument, Ortsnamen seien schon mit Landesgesetz bzw. Regionalgesetz festgeschrieben, darüber hinwegzutäuschen, dass die dortige Erwähnung der zweiamigen Ortsnamen keinen Ersatz für das noch fehlende Ortsnamengesetz des Landes darstellt. Dieses ist unverzichtbar und muss auf der Grundlage der aufliegenden wissenschaftlich-rechtlichen Ortsnamensforschung und Erhebung einer gerechten Lösung zugeführt werden. Die Erhebungen werden von Durnwalder laufend ignoriert. Es werden ständig neue Toponomastikvorschläge aus der Trickkiste des Landeshauptmannes gezaubert, nur um die einzig richtige, nämlich die historische Lösung, zu verschleppen und zu verhindern. Bleibt zu hoffen, dass diese Salamtaktik und Verzögerungspolitik der SVP entsprechend abgestraft wird.

Mit Wahlkampfretorik wird versucht, die viele unbequemen Thematiken und Problematiken wegzureden. Man geht her und erklärt, was man in Zukunft alles besser machen möchte, verschweigt dabei aber, was in den letzten Jahren alles versäumt bzw. verschlampt wurde. Das ist natürlich eine beliebte Taktik, aber der Landeshauptmann darf sich nicht erwarten, dass über die brennenden Probleme und wirklichen verursachten Schlampereien nicht geredet wird. Man soll nicht so tun, als wäre man in einer heilen Welt. Wahrscheinlich hat die Landesregierung hinter den sieben Bergen bei den sieben Zwergen nicht verstanden, wo die wahren Problematiken liegen. Es wäre gut, wenn Ihr einmal aus dem Märchenwald heraustreten würdet und Euch die Probleme in der realen Welt anschauen würdet!

PARDELLER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Kolleginnen und Kollegen! Die Rede des Landeshauptmannes zum Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr bringt mit Klarheit und Offenheit zum Ausdruck, was zur derzeitigen Lage Südtirols gesagt werden kann. Sie befasst sich mit

den meisten aktuellen Themen und bietet eine Perspektive für die Zukunft unseres Landes, sozusagen im Rückblick, also zurückschauend im Jahr 2010.

Die Wetterprognose des Landeshauptmannes ist durchwegs positiv, sie beruft sich auf Fakten: auf die Vollbeschäftigung, auf das gute volkswirtschaftliche Gesamtergebnis, auf die positiven Perspektiven im Gesundheitsbereich, im Energiebereich, im Schulbereich, bei der Förderung der Familie, bei der Gleichstellung der Frau, bei der Sorge für unsere älteren Menschen, bei der Pflege. Der Landeshauptmann hat auch einige stereotype Kritiken der Opposition, zum Beispiel bezüglich Brennerbasistunnel, mit vernünftigen Argumenten entkräftet. Es ist eine Rede, die nicht auf Konfrontation ausgeht, sondern auf Zusammenarbeit, auf den Abbau von unnötigen Spannungen, auf die Erhaltung eines Klimas des sozialen und politischen Friedens, das die beste Voraussetzung für eine gute Weiterentwicklung bildet.

Nach dieser insgesamt positiven Bewertung erlaube ich mir jedoch, auch auf einige Lücken und Unvollständigkeiten hinzuweisen, die mir, als Vertreter vor allem der Arbeiterschaft, aufgefallen sind. Bei aller Zufriedenheit über die faktische Vollbeschäftigung gibt es eine Reihe von keineswegs positiven Umständen, vor allem für die Arbeiterschaft. Im abgelaufenen Jahr ist die Kaufkraft der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung weiter gesunken. Die Preise sind allgemein angestiegen, Löhne und Gehälter jedoch nicht. Warum? Ganz einfach: Weil es wohl eine Kontrolle der abhängigen Einkommen durch die Arbeitgeber gibt, nicht jedoch eine Kontrolle der uferlosen Preissteigerung seitens jener, denen es gleichgültig ist, wenn Arbeiter und Angestellte nicht mehr ans Monatsende kommen. Ihnen genügt, wenn die eigene Kasse stimmt, das heißt, wenn die Gewinne möglichst hoch ausfallen. Ein wachsender Teil der Wirtschaft hat die Gewinnmaximierung an die Spitze ihres Handelns gestellt, und das kann nicht gut sein. Eine gesunde Wirtschaft muss durchaus ein gesundes Gewinnstreben an den Tag legen, denn nur eine Volkswirtschaft in den schwarzen Zahlen kann auch ihre sozialen Verpflichtungen erfüllen. Wir wissen aber auch, dass es gefährlich ist, wenn das Gewinnstreben aus dem Rahmen fällt und die soziale Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft Schaden erleidet. Das ist derzeit weltweit der Fall, zwar in einem noch überschaubaren, aber trotzdem besorgniserregenden Umfang auch bei uns.

Es ist mir schon klar, dass die Landespolitik nicht für alles geradestehen kann, besonders dann, wenn ihre Befugnisse begrenzt sind. Allerdings erwartet sich die Arbeiterschaft, dass die verantwortliche Politik sich der gegebenen Umstände bewusst ist und auch den Mut hat, dies offen auszusprechen. Ich gebe ohne weiteres zu, dass im abgelaufenen Jahr von der Politik einige soziale Großtaten gesetzt worden sind, zum Beispiel die Einführung der Pflegesicherung, die laut Landeshauptmann Mitte des kommenden Jahres durchstrukturiert sein wird und richtig anlaufen kann. Ich nehme ein wenig auch für mich in Anspruch, mitgewirkt zu haben, dass diese soziale Einrichtung ohne zusätzliche Belastung des Bürgers aus dem öffentlichen Haushalt finanziert wird.

Doch zurück zur Einkommenslage der Mehrheit unserer Bevölkerung. Die Vollbeschäftigung mag heute und auch morgen garantiert sein, hoffentlich. Aber was für eine Vollbeschäftigung ist es, wenn sie dem Einzelnen zwar ein Einkommen sichert, er aber damit kaum oder nicht oder nur unter bitterem Verzicht auf viel Notwendiges auskommt? Was hilft es, wenn der Abstand zwischen Arm und Reich immer größer wird, wenn ein Teil der Bevölkerung viel Überflüssiges hat und ein anderer Teil nicht mehr das Allernotwendigste? Ich muss diese Frage stellen, denn sie ist für Zehntausende von Menschen in unserem Land ganz vordergründig. Wir sind nach gängigen Maßstäben ein reiches Land. Muss es dann tatsächlich sein, dass sich so viele Menschen immer schwerer tun, weil alles steigt, nur nicht die Einkommen? Es ist für die Arbeiterschaft schwer erträglich, wenn ein Teil der Wirtschaft im heurigen Jahr einen permanenten Kampf gegen die Steuern geführt und ein Klagelied angestimmt hat, das in dieser Form nicht berechtigt ist, denn gleichzeitig stagnieren die abhängigen Einkommen, auf die die Steuern bis auf den letzten Cent entrichtet werden, während hingegen noch immer riesige Steuerhinterziehung vorhanden ist.

Die Politik muss öffentliche Mittel zur Förderung der Volkswirtschaft einsetzen, denn das ist ihre Aufgabe. Sie muss aber auch darauf schauen, dass das Gleichgewicht innerhalb der Volkswirtschaft erhalten bleibt. Die Wirtschaftsförderung muss auch den Arbeitern zugute kommen, denn sonst ist es keine echte Förderung, sondern einseitige Gefälligkeitspolitik. Wenn die Politik sieht, dass etwas aus dem Ruder läuft, dann muss sie eingreifen, nicht direkt in die Dynamik der freien Wirtschaft – das steht ihr nicht zu -, wohl aber in der Gestaltung der sozialen Orientierung der Gesellschaft als Ganzes.

Ich muss es bitter beklagen, dass der Dialog zwischen den Sozialpartnern stagniert. Man hat keine Zeit mehr, miteinander zu reden, und auch die Politik nimmt sich diese Zeit nicht oder kaum mehr. Sie erfüllt zwar die ihr anvertrauten sozialen Aufgaben, aber der Tisch, an dem die Sozialpartner und die Politik gemeinsam über die gemeinsamen Pflichten reden sollten, bleibt seit langem verlassen.

Es genügt nicht, sich hinter der Aussage zu verschanzen, dass alle eine Arbeit haben. Sagen wir das den jungen Menschen, die sich mit Zeitverträgen abfinden müssen und gar keine langfristige Lebensplanung mehr vornehmen können, weil sie nicht wissen, was sie in der Hand haben, wenn der sogenannte beschäftigungsfreundliche Zeitvertrag abläuft! Wir erwarten von der Jugend, dass sie Familien gründet, Kinder hat, damit die Gesellschaft nicht ausstirbt, aber die Sicherheit der Arbeit ist geringer geworden, das Risiko größer, der Gruppenegoismus bei manchen schier unerträglich stark. Und dann erwarten wir, dass schöne Worte genügen, um die Jugend in das Abenteuer Familie zu locken.

Das genügt nicht, Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir sitzen an einem gedeckten Tisch, aber es ist längst nicht für alle Platz an diesem Tisch. In Südtirol muss der soziale Dialog wieder wach werden. Es muss das Gefühl der Partnerschaft zu neuem Leben geweckt werden. Es hilft der Arbeitgeberseite lang-

fristig nicht, wenn im Schatten ihres Wohlstandes eine Teilgesellschaft entsteht, die nicht mehr die Mittel hat, die Waren zu kaufen und die Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, welche den Wohlstand einer Volkswirtschaft ausmachen. Wenn die Kluft zu groß wird – und sie ist schon groß -, dann wird das Verhalten und Verhältnis innerhalb der Gesellschaft zu einer Frage der Menschenwürde. Wir – die Sozialpartner und die Politik –müssen gemeinsam einen Weg des Ausgleichs finden, damit vor allem unserer Jugend wieder Hoffnung gegeben wird und unsere Menschen dieses Land mit dem, was es bieten kann, als Heimat empfinden, in der sich würdig, sicher und auch gut leben lässt.

Im derzeitigen Globalisierungs-Wahn ist es auch in Südtirol notwendig, klaren Kopf zu bewahren. Es ist sehr notwendig, dass sich freie Wirtschaft und vom Volk gewählte demokratische Institutionen wieder über die jeweilige Rolle klar werden. Es sollte der Grundsatz gelten: so viel private, freie Wirtschaft als möglich, aber auch so viel öffentliche Rolle als notwendig, um das Gleichgewicht zu halten zwischen dem privaten Streben und der Garantie einer Gesellschaft, in der auch das schwächste Mitglied zu seinem Recht kommen muss. Das fordert auch die christliche Soziallehre, der die Südtiroler Bevölkerung in ihrer großen Mehrheit verpflichtet ist.

Ich finde es unerlässlich, dass die öffentliche Hand über Bereiche, welche alle gleichermaßen angehen und für alle von existentieller Bedeutung sind, die Kontrolle behält. Dazu gehören das Schul- und Bildungswesen, die Berufsausbildung, das Gesundheitswesen, die Sicherung der Mobilität auf Straße, Schiene und in der Luft, die Versorgung mit Energie, vor allem mit Wasserkraft-Energie, einem der wichtigsten strategischen Güter unseres Landes, die Vernetzung mit den Strukturen der Telekommunikation, die Absicherung des Lebens und der Gesundheit im Alter, die Bewahrung positiver Rahmenbedingungen für die Umwelt. Das sind strategische Bereiche, in denen zwar gesundes Wirtschaften gefragt ist, aber vor allem auch die Sicherheit und Wahrung der Chancen für jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft. Diese Sicherheit wird eine allein auf Gewinn ausgerichtete Wirtschaft nie bieten können. Hier muss die Gemeinschaft über ihre frei gewählte politische Vertretung die Grenzen setzen und die Garantien geben.

Die Arbeiterschaft erwartet sich, dass im kommenden Jahre einige der Versäumnisse, die derzeit bestehen, nachgeholt werden: die längst verfallenen Kollektivverträge im öffentlichen Dienst müssen erneuert werden. Hier muss sich die Landesverwaltung ernsthaft bemühen. Ähnliches gilt auch für die Privatwirtschaft. Es braucht die Wiederherstellung oder zumindest das konkrete Bemühen um Wiederherstellung eines gesunden Verhältnisses zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten, die Einführung einer stärkeren Überwachung der Preise und die Stärkung der allgemeinen "Preis-Moral", um einmal diesen Begriff zu verwenden, das Eintreten für familienfreundlichere Arbeitsplätze, wo immer dies möglich ist, die Garantie einer gleichwertigen Gesundheitsleistung für alle, keine Zwei-Klassen-Medizin.

Südtirol steht im internationalen Vergleich in jeder Hinsicht gut da. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Arbeitsamkeit der Menschen, der soziale Frieden, die Einhaltung und Achtung der Grundwerte des Zusammenlebens, eine gute öffentliche Verwaltung trotz mancher Auswüchse der Bürokratie, die politische Stabilität des demokratischen Systems. Die arbeitende Bevölkerung zeigt sich geduldig, wenn sie feststellen kann, dass auf ihre Anliegen Rücksicht genommen wird, aber ihre Geduld ist nicht grenzenlos, wenn es um soziale Gerechtigkeit und ein würdiges Leben für alle geht. Das darf nicht vergessen werden, auch nicht im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Die Bevölkerung ist reif genug, um unterscheiden zu können zwischen dem, was ihr von der Politik an Echem geboten wird, und dem, was ihr an Unechem vorgegaukelt wird. Die Landespolitik hat in den letzten Jahren viel Eches geboten, und ich hoffe, dass es auch in Zukunft dabei bleiben wird. Das erwartet sich die Arbeiterschaft unseres Landes.

KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT – Freies Bündnis für Tirol): Zunächst möchte ich mich gegen eine Gleichsetzung des Berichtes des Landeshauptmannes auf Seite 1 wehren. Dort steht: *"Wird es ein noch stärker von Transit geplagtes Land sein, wird es ein Land sein, in dem ethnische Kämpfe toben, wie sie von den Nationalisten auf beiden Seiten in Zusammenhang mit der Toponomastik an die Wand gemalt werden?"* Ich verwehre mich dagegen, mit den Vertretern der faschistisch belasteten Ortsnamenregelung gleichgesetzt zu werden! Das zeugt nicht nur von mangelnder Befassung mit der Materie als solcher, sondern zeigt auch einen leichtfertigen Umgang mit dem Gerechtigkeitsanspruch.

Ich bin der Meinung, dass dieser letzte politische Bericht einer gesamten Legislatur als Überblick einer sich abgrenzenden Legislatur viel zu kurz gegriffen ist. Der Bericht des Landeshauptmannes ist unglaublich kurzsichtig und unglaublich oberflächlich, denn, wenn schon, dann müsste die Weichenstellung vom Gedanken, was die nächsten Generationen erwartet, geprägt sein. Wir haben in den letzten Jahren laufend Entscheidungen getroffen, vor allem was die politische Weichenstellung anbelangt. Man verabschiedet sich immer mehr von einer Selbstverständlichkeit wie sie beispielsweise andere Länder und Völker in unserer Situation praktizieren. Denken Sie an Schottland, an Katalanien und Montenegro. Man kann auch davon ausgehen, dass der Kosovo in den nächsten Jahren seine Unabhängigkeit erreichen wird, denn diesbezüglich gibt es Verhandlungen auf höchster Ebene. Dieses Thema ist ein internationales, und wo bleibt Südtirol als Gerechtigkeitsfrage im internationalen, aber auch europäischen Rahmen?

Nachdem gestern der Tag der Menschenrechte war, muss man sich vor allen Dingen die Frage stellen, warum von Seiten der Regierungsmehrheit diesbezüglich keine Stimme kommt. Warum ist es der Regierungsmehrheit nicht der Mühe wert, einmal auch dieses Thema anzusprechen? Damit hängt auch zusammen, dass der Jugend vorgegaukelt wird, dass ihre Zukunft gesichert sei, und die ist nicht gesichert! Wir stel-

len fest, dass gerade aufgrund der Zugehörigkeit zu diesem Staat die Polizei jeden Tag die Möglichkeit hat, für Diskriminierungen zu sorgen und unsere Leute zu schikanieren. Das beginnt beim Recht auf Gebrauch der Muttersprache, und ich habe ja erst kürzlich ein Protokoll verlesen, das beweist, wie Leute schikaniert werden, wenn sie Deutsch sprechen wollen. Am gestrigen Tag der Menschenrechte ist das völlig untergegangen, denn Tatsache ist, dass wir sehr viele Probleme lösen würden, wenn wir auch dieses Problem endlich lösen würden. Herr Landesrat Saurer, Sie erinnern sich sicher an die Diskussion in der ersten Gesetzgebungskommission in Zusammenhang mit dem Bildungsgesetz, anlässlich welcher auch Sie bemängelt haben, dass es aufgrund der staatlichen Gesetzgebung für einen jungen Menschen nicht möglich sei, im Sommer zu arbeiten, sich einen Kreuzer zu verdienen und für das Schuljahr ein kleines finanzielles Polster zu haben. Diese Reihe könnte man beliebig fortsetzen. Dieses Problem nicht zu lösen bedeutet, sich täglich mit einer ganzen Reihe von Problemen auseinandersetzen zu müssen, weil wir zum Staat Italien gehören. Seit dem Jahre 1975 gibt es die sogenannte Helsinki-Akte, und man muss immer wieder daran erinnern, dass sich viele unterdrückte Völker in Europa darauf berufen. Wo aber bleibt Südtirol in diesem Zusammenhang? Auf dieses Recht haben sich nach 1975 zuerst die Polen, dann die Ostdeutschen, die Ungarn, die Tschechen, die Slowaken, die baltischen Länder und die Völker Ex-Jugoslawiens berufen. Sie alle haben ihre Selbstbestimmung bekommen. Diese Länder und Völker sind seit der Inanspruchnahme des Menschenrechtes auf Selbstbestimmung bereits souveräne selbstbestimmte Völker und zum Teil auch eigene Staaten. Für die weitere Selbstbestimmung in Südtirol könnten daher die Beispiele dieser Selbstbestimmungen, auch das Beispiel der deutschen Einheit von 1919, der Unabhängigkeit Montenegros von Serbien im Jahr 2006 und der Selbstbestimmung des Kosovo genutzt werden. aber auch aus der Selbstbestimmung in der westeuropäischen Geschichte. Denken wir auch daran, dass sich das französische Saarland im Jahr 1956 nach einer Abstimmung für eine andere staatliche Zugehörigkeit entschieden hat. Als in Helsinki im Jahre 1975 der noch so servile Verweigerer der Selbstbestimmung für die Ostdeutschen in der Ex DDR, Erich Honecker, zusammen mit dem sowjetischen Staatschef Breschnew dieses Abkommen unterzeichnet hat, dachten diese Herrschaften wohl, eher werde der Westen kommunistisch werden, bevor die Ostdeutschen das Recht auf freie und demokratische Selbstbestimmung erhalten würden. Über zehn Jahre später, nämlich im Jahr 1989, waren Erich Honecker & Co mit ihrer Firma am Ende und mussten unter dem Druck der Massen im eigenen Land abdanken. Die Selbstbestimmung und das Menschenrecht sind daher sogar aus einer aussichtslosen Ausgangslage möglich und politisch durchsetzbar, in jedem Land und zu jeder Zeit der Geschichte. Allerdings muss dieser Weg konsequent gegangen werden. Die Signale dafür müssen gesetzt werden! Schottland, dessen Unabhängigkeitspartei bei den letzten Wahlen im Mai eine Mehrheit erhalten hat, ist ganz konsequent Schritt für Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Das Baskenland plant die Organisation eines Autonomiereferendums im Jahr 2009. Es wird die Unabhängigkeit sicher noch nicht

erreichen, aber dies sind Schritte, die konsequent in diese Richtung gemacht werden. Die politischen Verantwortungsträger müssen vorausgehen, besonders dann, wenn ein solches Ziel verfolgt wird. Schottland und Wales planen ein Referendum für 2011, Katalonien plant ein Referendum für 2014. Möglicherweise erlangen die Katalanen die Unabhängigkeit vom spanischen Staat nicht sofort, aber auf lange Sicht, so wie Völkerrechtler Felix Ermacora gesagt hat, kann kein Staat einem Volk die Ausübung dieses Rechtes verweigern. Nur wollen muss es dieses Volk! Überall wird die sogenannte nationale Debatte darüber geführt. In Katalonien wird diese Debatte ganz konkret geführt, und zwar jedes Jahr wieder, aber bei uns hört man diesbezüglich keinen Ton. Der Landeshauptmann benutzt den Begriff "Unabhängigkeit" in seinem Haushaltsbericht nur ein einziges Mal, nämlich in Zusammenhang mit der Unabhängigkeit von den fossilen Energieträgern. Das ist im Grunde genommen beschämend, denn wir können es uns als Südtiroler nicht leisten, die Debatte über die politische Zukunft Südtirols auszusparen. Die nachkommenden Generationen werden eines Tages aufwachen und merken, dass all das, was man ihnen über die Sicherheit der Autonomie gesagt hat, nicht stimmt. Wehe, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn wir als Deutsche und Ladiner in unserer angestammten Heimat einmal nicht mehr die Mehrheit haben! Unglaublich aufschlussreich in diesem Zusammenhang war die Anwesenheit vieler Südtiroler anlässlich der Anbringung des Schildes der Bewegung "SÜD-TIROLER FREIHEIT" "Südtirol ist nicht Italien" am Brenner. Das ist ein Gradmesser erster Güte, den man ernst nehmen sollte! Ich habe gestern auch ein Schild mit dem Titel "Primör ist nicht Italien" gesehen. Es kommen also auch andere! Die ladinischen Gemeinden sind auch dabei zu sagen "Wir sind nicht Italien". San Pietro di Cadore sagt "Wir fühlen uns nicht mehr als Italien". Und wir? Unsere Jugendlichen beschmierem dieses Schild, was uns eigentlich schon zu denken geben müsste. Warum haben wir eine Autonomie? Weil Südtirol nicht Italien ist! Hätten wir eine Autonomie, wenn Südtirol Italien wäre? Landesrat Saurer weiß ganz genau, dass wir diese Autonomie nie und nimmer hätten! Das ist eine Beleidigung für all jene, die ihren Kopf hingehalten haben, gefoltert worden sind und insgesamt 500 Jahre Gefängnis auf sich genommen haben. Deshalb war es wichtig, dass wir als SÜDTIROLER FREIHEIT diese Schilderaktion gestartet haben und daran festhalten. Das ist ein wichtiger Gradmesser, und Ihr solltet genau hinhören, um zu wissen, wie viel Zeit uns noch bleibt. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen gesagt, dass es bereits so ist, dass wir mit jenen gleichgesetzt werden, die die faschistisch belasteten Ortsnamen verteidigen. Das ist nicht die richtige Richtung! Da kann der Landeshaushalt noch so viele Milliarden an Euro bereit halten, denn damit lösen wir dieses Hauptproblem nicht. Die 5.000 Milliarden Euro können uns nicht vor dem Verlust der Identität schützen. Ich will damit nicht sagen, dass wir bereits unseren Untergang vor Augen halten müssen. Nachdem ich keine Pessimistin bin, kämpfe ich seit 30 Jahren an vorderster Front. Wenn junge Leute bereit sind, am Brenner in kalter Nacht Nachtwache an besagtem Schild zu halten, dann bedeutet das, dass es innerhalb der Jugend Idealismus

gibt. Die jungen Leute wollen endlich wissen, wohin es geht! Mit den Aussagen im Bericht des Landeshauptmannes gibt man den jungen Leuten wenig Perspektive. Natürlich ist nicht alles, was mit diesen 5.000 Milliarden Euro verwaltet und gestaltet wird, negativ. Das wäre eine Lüge, aber die politische Weichenstellung ist maßgeblich, und da fehlt die Perspektive für 2020. Für ein Ziel wie die Erhaltung der Identität unseres Volkes ist das zu mickrig und kleinmütig. Ihr solltet Euch wirklich ein Beispiel daran nehmen, was in Katalonien und Schottland getan wird. Auch dort, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ist das Parlament nicht verhaftet worden! Schließlich entspricht dies den Grundsätzen des Menschenrechtes. Wir Südtiroler haben die legalen Möglichkeiten und alle demokratischen Mittel in der Hand.

Im Bericht des Landeshauptmannes ist auch von Bildungspolitik die Rede. Der entsprechende Gesetzentwurf wird zur Zeit in der ersten Gesetzgebungskommission behandelt, und ich werde dort weiterkämpfen. Wir haben anlässlich des ersten Bildungsgesetzes einen ganz klaren Kampf geführt. So, wie es jetzt aussieht, empfinde ich es als gut, und deshalb habe ich ihm auch meine Zustimmung gegeben. Zur Bildungspolitik werde ich mich dann im Rahmen der Arbeiten in der ersten Gesetzgebungskommission noch näher äußern. Was in Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf Nr. 132/07 alles behauptet wurde, war in keinster Weise seriös.

Der Landeshauptmann spricht in seinem Bericht ein wichtiges Detail an, und ich hoffe, dass er in dieser Frage konsequent ist und auf die Worte auch Taten folgen lässt. Er hat gesagt, dass es die Immersion nicht brauche. "*Der Erwerb der Zweitsprache ist ein Muss, doch ist die Immersion nicht der richtige Weg dorthin.*" Ich warte immer noch eine Antwort auf eine Anfrage betreffend die Deutschlehrer an den italienischen Schulen. Wenn man moderne Methoden einführt, dann muss man sich fragen, ob diese als Zweitsprachen- oder als Fremdsprachenunterricht zu organisieren sind. Diese Frage wird immer wieder gestellt. Lernen die Schüler nach der bis heute praktizierten Methode die italienische Sprache in den deutschen Schulen ausreichend und umgekehrt? Ich bin eine Freundin der Literatur, der Literaturwissenschaften und der Literaturgeschichte, aber, Frau Landesrätin Gnecci, es gehört gründlich diskutiert, ob es einen Sinn hat, in der Oberschule mehr Literaturgeschichte als Sprachunterricht zu haben. Das ist meines Erachtens die falsche Politik. Man sollte die Voraussetzungen schaffen, dass sich ein Mensch nach der Matura, wenn er das Interesse dafür hat, mit Literatur und Literaturgeschichte auseinandersetzen kann. Natürlich gibt es ohne Sprache auch keine entsprechende Literaturgeschichte, aber es ist wichtiger, das Fundament und den Schlüssel für die Kultur und Literatur zu haben. Dieser Schlüssel ist der Spracherwerb. Es kommt also auf die Methodik, auf die Inhalte und auf die Motivation an. Man muss dafür sorgen, dass die Kontinuität gewahrt bleibt. Deshalb habe ich in Zusammenhang mit der Behandlung des Bildungsgesetzes jenem Passus zugestimmt, der vorsieht, dass Kontinuität belohnt werden muss. Wir waren uns einig, dass das nicht über ein zusätzliches Punktesystem, sondern eventuell über einen kleinen finanziellen Zuschuss erfolgt. Wenn also Lehrer bereit sind, in die Bergdörfer und entlege-

nen Täler zu gehen, dann sollen sie dafür auch einen Bonus erhalten. Es soll nämlich gesichert sein, dass in Bergschulen drei oder vier Mal im Jahr ein Lehrerwechsel stattfindet. Natürlich gibt es auch in den Städten Lehrerwechsel, aber wir alle wissen, dass das Umfeld dort insgesamt anders ist. Wenn der Landeshauptmann in seinem Bericht schreibt, dass derjenige, der die deutsche bzw. italienische Sprache lernen will, jeden Tag genügend Möglichkeiten dazu hat, so kann ihm voll zustimmen, aber das muss man dann auch konsequent weitersagen und durchziehen. Der ehemalige Fraktionssprecher der SVP, Dr. Frasnelli, hat einmal gesagt: "Jeder Italiener, der in Südtirol die deutsche Sprache lernen will, hat jeden Tag tausende Möglichkeiten, dies zu tun." Deshalb ist die Frage des Spracherwerbs eine Schlüsselfrage, weil über die Sprache die Kultur und über die Kultur das Denken, aber auch Identität vermittelt wird.

Schließlich spielen aber auch das Geschichtsbewusstsein und der Geschichtsunterricht eine ganz große Rolle. Auf Seite 5 des politischen Berichtes sagt der Landeshauptmannes Folgendes: "*Auch wenn das Lernen der zweiten Sprache einer der wichtigsten Schlüssel für die Partizipation ist, es ist nicht der einzige. Vielmehr geht es auch darum, dieses Land zu verstehen und das Bewusstsein für die Geschichte unseres Landes zu schärfen.*" Ich hoffe, dass diesem wichtigen Satz auch Taten folgen werden, denn wenn es um den Geschichtsunterricht geht, dann fehlt die Rückenstärkung für die Lehrer. Wir hören von vielen Schülern, dass es auch in diesem Fall wenig Kontinuität gibt. Ich bin die Letzte, die verlangt, dass das Land hier alles detailliert vorgeben soll, denn die Lehrfreiheit muss schon gewahrt werden. Allerdings soll den Lehrern der Rücken gestärkt werden, wenn sie Tiroler Geschichte vermitteln. Wenn im Trentino gesagt wird, dass man die eigene Geschichte nicht mehr kenne, dann hängt das vor allem mit dem Unterricht zusammen. Das kann man nicht vom Elternhaus verlangen! Wenn es um Kontinuität geht, dann muss gesagt werden, dass es nicht dabei bleiben darf, dass der Geschichtsunterricht in der Oberschule mit dem I. bzw. II. Weltkrieg endet. Auch das ist eine Frage der Inhalte und der Methodik. Die Lissabon-Protokolle sagen in Zusammenhang mit Identität und Sprache ganz klar, dass der Spracherwerb wesentlich profitiert, wenn auf eine gute Beherrschung der Muttersprache aufgebaut werden kann. Es ist also nicht von einer guten Kenntnis die Rede. Das ist ein großer Unterschied! Diesen wichtigen Kernsatz sollte man nicht zu oberflächlich sehen, sondern etwas ernster nehmen.

Von der Diskriminierung aufgrund einer anderen Muttersprache, nämlich der Muttersprache der Mehrheitsbevölkerung dieses Landes ist im Bericht des Landeshauptmannes keine Rede. Auch hier gibt es eine ganze Reihe von Beispielen. Ich möchte nur an drei Dinge erinnern, die immer noch nicht erledigt sind. Entsprechende Anfragen wurden zwar beantwortet, aber Taten sind noch keine gefolgt. Ich verlese eine Anfrage meinerseits betreffend die Telepass-Rechnungen: "*Der Präsident teilt mit, dass die Telepass-Rechnungen in Zukunft für die interessierten Südtiroler auch in deutscher Sprache ausgestellt werden können. Beiliegend übermittle ich Ihnen die*

Rechnung der Autostrade per l'Italia spa vom 31. August 2007, welche wieder nur einsprachig italienisch abgefasst worden ist Was muss ein Bürger tun, damit er endlich eine Rechnung bekommt, die in deutscher Sprache ausgestellt ist, wie vom Landeshauptmann versprochen und angekündigt? Warum hält sich die Autostrade per l'Italia spa bzw. die Brennerautobahn AG nicht an die Zweisprachigkeitsbestimmungen? Eine weitere Anfrage betrifft die Finanzwache: *"Einem Bürger liegt ein italienisches Vorhaltungsprotokoll der Finanzwache Bozen vor, in welchem folgender Satz angeführt ist: 'La parte accetta copia del presente processo verbale in lingua italiana'. Mit dieser Formel, die man mit mitunterschreibt, möchte die Finanzwache Bozen wohl erreichen, dass die Bürger deutscher Muttersprache das Vorhaltungsprotokoll in italienischer Sprache akzeptieren und so in der Folge gleichzeitig auf die Ausstellung eines Protokolls in deutscher Sprache verzichten."* Das ist diskriminierend! Steht dem Bürger trotz der unterschriebenen Erklärung "la parte accetta copia del presente processo verbale in lingua italiana" sein Recht auf Gebrauch der Muttersprache zu oder nicht? Die "gelbe Karte", in der auf das entsprechende Dekret des Präsidenten der Republik verwiesen wird, wird von der SÜDTIROLER FREIHEIT auch weiterhin verteilt werden. Sie wird von jedem Bürger angenommen, weil sie keine Parteiwerbung enthält. Das ist eine Frage der Korrektheit und eine Frage, ob einem das Anliegen am Herzen liegt oder ob es einem nur um Werbung geht.

Ein weiteres Beispiel für die Nicht-Einhaltung der Zweisprachigkeitsbestimmungen sind die Telefonrechnungen. Bei Telecom hat es sich einigermaßen gebessert, aber die Telefongesellschaft Tim, die auch ein Konzessionsbetrieb ist, stellt die Rechnungen immer noch nur in italienischer Sprache zu. Auch der Bereich des Kundenservice im Internet der Telefongesellschaft Tim steht ausschließlich in italienischer Sprache zur Verfügung. Haben die Kunden deutscher Muttersprache das Recht, von der Telefongesellschaft Tim die Rechnungen in Deutsch zu verlangen? Das sind wesentliche Fragen, die in Zusammenhang mit diesem Haushalt, der ja auch die politischen Weichenstellungen beinhaltet, gestellt werden müssen.

Auf Seite 9 des Berichtes schreibt der Landeshauptmann: *"So, wie es derzeit aussieht, wird es im Jahr 2010 in Südtirol übrigens auch eine landesfinanzierte Universität geben und auch die Postverteilung werden wir dann selbst organisieren."* Was will der Landeshauptmann konkret ankündigen, wenn er sagt, dass es dann auch eine landesfinanzierte Universität geben wird? Wir wissen, dass das Universitäts-Gebäude, die Bibliothek, die Computer und Dienstleistungen vom Land bezahlt werden, während die Professoren und die Forschung vom Staat bezahlt werden. Will der Landeshauptmann damit also sagen, dass das Land im Jahr 2010 auch die Kosten für den Lehr- und Forschungsbetrieb übernehmen wird? Was soll dieser Satz? Ich denke kaum, dass es sich dabei um ein Versehen handelt. Wir hören immer wieder das Wort "Volluniversität" durch die Räume geistern. Ist das geplant oder nicht? Wir haben ein Recht, das bereits heute zu erfahren.

Es ist auch die Rede davon, dass man das Gerichtspersonal und auch einen Bereich der Logistik des RAI Senders Bozen übernehmen wolle. Kann Südtirol das alles auf Dauer bezahlen? Wir wissen, dass es ein Kompromiss ist, weil Rom damit gedroht hat, an der 9/10-Regelung der Rückerstattung der Steuergelder zu rütteln. Die Staatsverschuldung ist mittlerweile ins Unermessliche gestiegen. Deshalb ist das zunächst einmal ein Kompromiss, aber wie sieht das für die nächsten Generationen aus? Wie sollen die das bezahlen, wenn auch andere Gelder knapper werden? Wir wissen bereits jetzt, dass nach dem Jahr 2010 sehr viele EU-Gelder nicht mehr fließen werden. Dann werden wir auch diesbezüglich viel mehr Ausgaben haben, denn dass es eine Priorität sein muss, dass unsere Bergbauern auf ihren Höfen bleiben, ist wohl klar. Wir wissen, was passiert, wenn diese Höfe aufgelassen werden. Dann kann sich Südtirol auch von den schönen Tourismus-Bildern verabschieden! Deshalb ist die Frage nach der finanziellen Zukunft eine sehr wichtige. Die Antworten darauf finden wir im Bericht des Landeshauptmannes nicht! Wir hören zwar, dass das eine und andere übernommen werden soll, aber die finanzielle Dotierung wird mit keinem Wort angesprochen. Wohin führt das Ganze? Dass wir noch mehr in den Staat Italien eingebunden werden! Nirgends ist die Rede davon, dass man eine Änderung in der Südtirol-Politik einleiten, geschweigedenn diesbezüglich erste konkrete Schritte und Maßnahmen setzen wolle! Ich würde sagen, dass uns der Landeshauptmann einen Verlegenheits-Bericht vorgelegt hat. Wenn der Landeshauptmann tatsächlich noch die nächsten fünf Jahre an der Regierungsspitze sein wird, so wird er sich heute selber die Frage stellen müssen, wie die kommenden Generationen mit diesen Vorgaben zurechtkommen sollen.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Die Haushaltsrede von Landeshauptmann Durnwalder hat erstmals seit Jahren wieder einen Ton angeschlagen, der dem Wesen des Redners entspricht, eine Tonlage, die dem authentischen Kern seiner Politik und seines Charakters nahe kommt: Keine gekünstelten, hochgestochenen Formeln, Visionen und Binsenweisheiten aus der Küche eines eitlen Ghostwriters, keine Ansammlung von Banalitäten wie "Südtirol ist nicht der Nabel der Welt", so der Durnwalder-O-Ton 2006, sondern eine vorläufige Bilanz von vier Jahren Regierungstätigkeit und eine Vorschau, die einen kurzen Zeitraum umfasst und ein Stück Regierungsprogramm der Jahre 2008-2013 vorwegnehmen soll. Es handelt sich um eine Haushaltsrede, die zwar viele Angriffsflächen bietet und zur Kritik auffordert, die aber zumindest eines ist, nämlich eine konkrete Argumentationsgrundlage, an der man sich gerne abarbeitet.

Der Landeshauptmann ist seit einigen Monaten in steigender Form, die auch in seiner Regierungserklärung spürbar ist. Er hat seine stärksten innerparteilichen Gegner vorerst zurückgestutzt, hat Konflikte und Rivalitäten mit den Medien vorerst – ich betone vorerst - bereinigt, denn, wie der Dichter sagt "Mit des Weinbergs frommen Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten", und er hat Erfolge auf jenen Gebieten er-

zielt, die seiner Natur am besten entsprechen: Land- und Kompetenzgewinn. Hinzu kommt ein quantitativer Sprung des Haushalts als Steilvorlage und Sahnetorte für das Wahljahr 2008. Zudem verfügt der Landeshauptmann über Umfragewerte, die jene seiner Partei bei weitem überstrahlen, sie aber dennoch nicht vor dem Verlust der absoluten Mehrheit schützen werden. Landeshauptmann Durnwalder bleibt – ich darf mein seit geraumer Zeit fest stehendes Urteil wiederholen - eine paradoxe Gestalt: Zwischen bewundernswerter Größe und kleinlicher Machtpolitik, gezeichnet durch den ständigen Wechsel zwischen Generosität, kalter Berechnung und Niedertracht, eine Figur, die aber immer mehr verschattet ist durch Hektik, schlechte Kompromisse und die fatale Neigung zur Rosstäuscherei. Sie ähnelt in bestechender Weise dem späten Helmut Kohl oder dem 1988 auf der Jagd verstorbenen Franz Josef Strauss.

Die Regierungserklärung zum Haushalt 2008 demonstriert die Stärken seiner Regierung, offenbart aber auch, dass sie ziemlich ungekünstelt daherkommt, auch ihre zahlreichen und nachhaltigen Schwächen. Im Bereich legislativer Tätigkeit ist zuletzt einiges gelungen, wie beispielsweise die Ansätze einer Gesundheitsreform, die Pflegeversicherung und einige kleinere Gesetze. Dies sind Teilerfolge, aber insgesamt bleibt die gesetzgeberische Tätigkeit stümperhaft, charakterisiert durch ständige Nachbesserungen und das Fehlen wirklich großer Würfe, wie sie etwa im Bereich Raumordnung, Wohnbaureform und Immigration, aber auch in Sachen Gleichstellung von Frauen bitter notwendig wären. Hinzu kommt die wahrhaft tragische Blockade von Gesetzesentwürfen wie im Bereich Bildung oder die Bruchlandung des Wahlgesetzes.

Die wenigen gelungenen gesetzlichen Neugrundlagen werden ergänzt, sie werden überspielt durch intensives, oft hektisches Regierungshandeln. Die Exekutive hat längst schon der Gesetzgebung das Heft aus der Hand genommen. Die wirklich zentralen Entscheidungen fallen vielfach außerhalb des Südtiroler Landtags, der in die Rolle eines Zuschauers verwiesen ist. Dafür ist nicht nur die Landesregierung verantwortlich, die dem demokratischen Organ davongaloppiert, sondern vorab der Landtag selbst. Verantwortlich für die Entmachtung ist weniger die politische Minderheit, sondern vor allem die Mehrheitspartei, da sie gegenüber ihrer eigenen Regierung nicht in der Lage ist, Spielräume zu nützen, die bereits jetzt in ausreichendem Maß vorhanden sind. Zur Nutzung der Landtagsautonomie braucht es im Prinzip kein neues Wahlgesetz, keine Trennung zwischen Landesregierung und Mandataren, sondern den Willen, vorhandene Möglichkeiten zu nutzen. Nötig sind entschiedener Mut zum Handeln und soviel Durchblick, um die Gesetzesentwürfe der eigenen Regierung genau zu begreifen. Hättet Ihr, werte SVP-Kollegen, auch nur den Schatten einer Cristina Kury, die Gesetzesentwürfe mit akribischer Genauigkeit zerpfückt und auf ihre verborgenen Schlupflöcher hin abklopft, so hättet Ihr Eure eigene Regierung oft genug stoppen können. Aber wie oft brauchte es im Plenum die messerscharfe, eindringliche Lektion unserer Kollegin, die zwar nicht gelernte Juristin ist, dafür aber eine vorzügliche Pädagogin. Wie oft war ihr eindringlicher Kurzvortrag im Plenum notwendig, um die Mehrheitsvertreter aus ihrem Dämmerschlaf jäh aufzuschrecken und Walters Dream-

Team die Notbremse ziehen zu lassen? Warum kann die Landtagsfraktion der SVP nicht eigene Gesetzesvorschläge vorlegen und sie durchbringen? Sie hätte dies nur vor der Wahl der Landesregierung 2003 als verpflichtende Vereinbarung auszuhandeln brauchen; sie bräuchte nur fallweise die Unterstützung der politischen Minderheit zu suchen, aber es fehlt offenbar an Phantasie, an Kreativität und an Schneid, auch unkonventionelle Wege einzuschlagen. Wenn demnächst die SVP-Landtagsfraktion ein wenig zusammengeschrumpft sein wird, wird vielleicht die Kreativität wachsen und es wird ein wenig leichter fallen, miteinander nach Lösungen zu suchen.

Die Alleingänge der Regierung sind besonders im Bereich von Mobilität und Verkehr spürbar. Stichwort Brennerbasistunnel: Durch massiven Einsatz in Sachen BBT und dank der Koordination von Konrad Bergmeister, einer wahren Lichtgestalt unter den mediokren BBT-Promotoren vom Schlage eines Walter Huber, Ezio Facchin oder De Carlo, seligen Andenkens, gibt es zumindest ein verbessertes Erscheinungsbild und Teilerfolge wie die von der EU in Aussicht gestellte, aber unter dem Strich schwachbrüstige Finanzierung, der Anstich des Erkundungsstollens oder die Eintragung des Unterlands als prioritärer Abschnitt. Die Informationspolitik bleibt aber nach wie vor dürftig. Sinnbildlich dafür ist der Info-Point im Hause von Landesrat Mussner, der jetzt im Winter einer Weihnachtskrippe hat weichen müssen. Anstelle des kaum gebrauchten Terminals stehen nunmehr Ochs und Esel, die auch sinnbildlich für das stehen, was der BBT eigentlich ist, nämlich eine Adventsgeschichte, ein Weihnachtsmärchen, das von der Ankunft in einer fernen Zukunft kündigt. Und es nützt nichts, die Pfitscher als "verhetzt" zu beschimpfen, wie von Landeshauptmann Durnwalder in der heutigen Presse getan, wenn vier Jahre lang absolute Desinformation vorherrschte und eine neue Kommunikation erst durch massives Engagement der Opposition erzwungen wurde. Die gigantische Baumaßnahme BBT überzeugt weder konzeptionell noch verkehrspolitisch, da sie nicht flankiert wird von einer Verkehrspolitik, die den Wünschen und Bedürfnissen der Bürger gerecht wird. Mehr noch: Die Konzentration von Energien auf den BBT geht an elementaren Bedürfnissen und Rechten der Bürgerinnen vorbei und schiebt Lösungen für weitere 20 Jahre auf die Wartebank. Man muss nicht, wie Fritz Gurgiser, von "Generationenverrat" sprechen, sehr wohl aber von fahrlässiger Verschleppung. Anstatt im Zeichen der Heiligen Barbara seit einer Woche bei Aicha Löcher für den Erkundungsstollen zu sprengen, wäre es ungleich notwendiger, in Rom und in Brüssel mit politischem Sprengstoff aufzutreten, um höhere Mauten, Nachtfahrverbote und besseres Rollmaterial auf der Brennerstrecke durchzusetzen. Als Historiker darf ich fragen: Warum feiert die Landesregierung die Großkundgebung von Sigmundskron 1957 als politisches Signal, ohne die Lektion von Sigmundskron wirklich ernst zu nehmen? Warum versucht sie nicht selbst einmal, vielleicht nicht 35.000, aber doch zumindest 10.000 Bürgerinnen und Bürger auf die Straße zu bringen, um gegen die Verkehrsflut zu protestieren? Die Luftwerte im Wipp-, Eisack- und Etschtal, so besagen es ganz klar die Resultate der Mess-Stellen, sind ein Anschlag gegen die Gesundheit, vor allem gegen die Lungen von Kindern, denen im wahrsten Sinn

des Wortes die Luft zum Atmen genommen wird. Letztendlich geht es nicht um die Zahl der Lkw's oder Züge an der Brennerachse, sondern um die Gesundheit jener Tausenden, die hier leben und sich Tag für Tag mit Lärm und Emissionen herumschlagen müssen.

Stichwort Regierungshandeln anstelle von umsichtiger Gesetzgebung und nachhaltiger Maßnahmen. Hierzu weitere Beispiele. Der Einsatz in Sachen Mobilität und Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs ist begrüßenswert, wird aber von vielen Defiziten beeinträchtigt, die in den kommenden Jahren auf dem Weg zum Südtirol-Takt nachzubessern sind. Just heute wurden wir wieder Opfer der Umstellung der Fahrpläne, sodass gleich zwei von Norden kommende Züge sich um 35 bzw. 50 Minuten verspäteten. So gern wir Landesrat Widmann attestieren, dass wirklich einiges vorangeht, so ist trotzdem darauf zu bestehen, dass der Teufel in allen Dienstleistungen im Detail steckt. Wenn es darum geht, den Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bringen, dürfen wir auf den Güterbahnhof Bozen verweisen, der jetzt aufgelassen werden soll. Vorzüglich!

In Sachen Raumordnung liegt das Desaster auf der Hand: fortschreitende Zersiedlung ohne wirklich spürbare Entlastung des Wohnungsmarkts und ohne dass die notwendige Besserung architektonischer Qualität wirklich zu greifen beginnt. Dafür gibt es Freiraum für Spekulationen größten Ausmaßes, ob dies nun Handelsgebiete oder den Verkauf von Immobilien betrifft.

Im Bereich Bildung sehen wir mit Bedauern, trotz guter PISA-Erfolge, eine chronische Enttäuschung und Verunsicherung der Lehrerschaft. In der Hochschulbildung konstatieren wir enorme Mittelflüsse, ohne dass bis dato im Umfeld der Freien Universität Bozen oder EURAC neben der Akademikerausbildung ein entsprechender Output an Forschung bzw. an angewandten Forschungsergebnissen erkennbar wäre.

Im Bereich Gesundheit und Verwaltung eine gute Grundleistung, erzielt allerdings durch einen unverhältnismäßig hohen Einsatz an Ressourcen.

Die unüberhörbar selbstkritischen Töne des Landeshauptmanns verweisen exakt auf die drei Hauptpunkte, wo sich der Wurm im System Südtirol umtreibt. Chronischer Mangel bleibt die fehlende Innovationskraft und Erneuerungsbereitschaft des Landes, seiner Politik, Verwaltung und Gesellschaft in einem globalen Umfeld. Ein zweites, ebenso schwerwiegendes Kerndefizit ist die fortschreitende Aushöhlung gesicherter Existenz- und Einkommensverhältnisse. Angehörige der Mittel- und Unterschichten sind unter dem Strich in den letzten drei Jahren deutlich ärmer geworden, während der Landeshaushalt vor lauter Kraft kaum laufen kann. Kurz und knapp: Während der Landeshaushalt anschwillt, verarmen die Privathaushalte. Während das Landesbudget real um über 4% zulegt, büßen die privaten Einkommen rund 4% ihrer Kaufkraft ein. Ein drittes Kernübel des "Systems Südtirol" wird in der Haushaltsrede nicht angesprochen, nämlich die innere Korruption und Fäulnis, die Privilegierung und Selbstprivilegierung weniger und die anhaltende Benachteiligung vieler.

Zum Thema "fehlende Innovationskraft". Im Land ist ein hohes Bedürfnis an Sicherheit, der Wunsch nach Geborgenheit und geschützten Nischen vor allem für privilegierte oder besser gestellte Kategorien spürbar. Wir sehen in der Wirtschaft nur langsam die grundlegende Bereitschaft wachsen, sich mit einem globalen Markt zu messen, bleibt doch die Exportquote auf einem im Vergleich zu Nordtirol beeindruckend niedrigen Stand. Die Sehnsucht nach Windstille ist spürbar in Teilen der Landwirtschaft, des Handwerks und des Tourismus. Sie wird geschürt durch die anhaltend fließenden Subventionen und die protektionistische Rahmengesetzgebung. Gewiss beschreiten viele Bauern, Handwerker und Gastwirte neue Wege und lassen sich auf Umdenken und Risiken ein, aber insgesamt überwiegt der Drang zur Nachahmung, zum Weitermachen auf bereits gebahnten Wegen, gefördert durch eine Verbandspolitik, die vielen Mitgliedern das Denken förmlich abnimmt. Ob die neuen Kriterien zur Wirtschaftsförderung und die Erhebung von Innovation zur Regierungspriorität diesen Mangel beheben können, bleibt fraglich. Innovation braucht öffentliche Förderung, hinreichende Gewerbeflächen und niedrige Energiekosten, die südlich des Brenners um 20 bis 30 Prozent über dem Wert nördlich des Brenners liegen.

Der Mangel an Innovationsbereitschaft zeigt sich im Vergleich zu Nordtirol und dem Trentino in einem sehr mäßigen internationalen Auftritt: Wo sind Unternehmen à la Svarowski, Egger Holzwerkstoffe, Chemie Kundl, Plansee, Tirolit Schleifmittel mit jeweils weit über 1000 Beschäftigten? Stattdessen fahren Unternehmen wie Röchling in Leifers heimlich, still und leise ihre Beschäftigten in den letzten sechs Jahren von gut 1300 auf knapp 900 zurück. Die zweifellos problematische Steuergesetzgebung Italiens ist hierfür kein hinreichender Grund, sondern die auch von der Landespolitik allzu lange geförderte Kleinwüchsigkeit. Die Kleinwüchsigkeit hat manchen Vorzug, beispielsweise jenen der Flexibilität, der Familienbezogenheit, der schnellen Marktanpassung und der hohen Wertschöpfung. Sie hat aber auch den gravierenden Nachteil, dass ihre Innovationskraft bescheiden ist, wie der Landeshauptmann richtigerweise unterstrichen hat. Wo sollen bei durchschnittlich zwei Mitarbeitern pro Betrieb Kapazitäten für Forschung und Entwicklung freigesetzt werden? Hinzu kommt im Hinblick auf die Zwergwüchsigkeit, auf den sattsam bekannten "nanismo", ein weiteres Argument, das uns Grünen besonders am Herzen liegt. Viele Kleinbetriebe verbrauchen ungleich mehr an Flächen und Ressourcen als eine Serie von Mittel- und Großbetrieben. Ein gut aufgestellter Großbetrieb bedarf weit weniger an Flächen und Energie als viele kleine, die jeweils ihre eigene Zufahrtsstraße, ihre Stand- und Lagerflächen und ihr Energiemanagement haben bzw. aufbauen müssen. Würde man allein in Brixen die raumfressenden Sägewerke ins Wipptal - etwa nach Grasstein - aussiedeln und ihnen dort Gewerbeflächen und Erschließungskosten schenken, dafür aber auf den freigewordenen Flächen in der Stadt einen Zukunftsbetrieb ansiedeln, so wäre die Crux der Gewerbeflächen spürbar gemildert.

Innovation bedarf aber auch einer Industriepolitik, die gezielt Unternehmen ins Land holt und bestehende unterstützt, wie dies in Nordtirol etwa durch die Zu-

kunftsstiftung Tirol seit zehn Jahren besorgt wird. Wir zweifeln, dass Gesellschaften wie die Business-Location-Service hierzu imstande sein werden. Wir sind skeptisch, dass das im Bericht des Landeshauptmanns hochgelobte Dreigestirn TIS, EOS und BLS den Wandel Südtirols zur Innovations- und Expansionslandschaft schaffen wird. Wir haben eher den Eindruck, dass es sich hier nicht um ein Dreigestirn handelt, sondern um ein bewährtes "Tiroler Tris", um solide Hausmannskost, obwohl der Export nun endlich nach oben weist.

Um eine neue Gründerwelle und Optimismus loszutreten, bedarf es mehr. Es braucht neben veränderten Rahmenbedingungen, neben einer partiellen Autonomie von der staatlichen Steuerpolitik, vor allem neuen Mut und neuen Aufbruch, gezielte Ausstattung junger Unternehmer mit Bildung, Aus- und Fortbildung, mit Risikokapital und Begleitung bei ihren Auftritten im Ausland. Jetzt wäre der entscheidende Zeitpunkt, in diese Richtung weiterzugehen und eine neue Schicht von Unternehmern und Unternehmerinnen aufzubauen. Es braucht ein entschlossenes und verantwortungsbewusstes Netzwerk, das Courage und den unbedingten Willen mitbringt, zu Hause und im Land, vor allem aber auf den internationalen Märkten erfolgreich aufzutreten. Wir sehen mit Sorge gerade unter jüngeren Leuten eine Haltung der Sicherheit, die ihren Ursprung im geschützten Biotop Südtirol hat, wo Anpassung, Fleiß und Schlaueit oft mehr zählen als Risikofreude und authentische Innovation. Würde auf die Gewebean-siedlung ebenso viel Energie verwendet wie auf die vom Bürgermeister der Gemeinde Brenner maßgeblich betriebene Gründung des Outlet-Centers Brenner oder der Meraner Thermen, so müsste man sich um Südtirol keine Sorgen machen. Stattdessen verkommt Südtirol wieder und wieder zum Second-Hand-Shop für alte, oft verbrauchte Ideen, anstatt zur leistungsstarken Manufaktur des wirklich Neuen. Nichts anderes als ein solcher Zweithand-Shop ist das Outlet, ein Basar der Spekulation auf der Grundlage findiger Raumordnung, ein Desaster für Umwelt, für nachhaltigen Konsum und ein Beispiel dafür, wie die wirtschaftliche Entwicklung in Südtirol nicht laufen sollte. Und auch der Brennerbasistunnel – wenn wir schon vom Brenner sprechen - ist in letzter Konsequenz ein Projekt fehlender Innovation, der Versuch, eine bewährte Unternehmensform wie die Baubranche mit einem Großprojekt auf die Spitze zu treiben.

Man kann der römischen Regierung vieles in die Schuhe schieben und ihren Ausstoß an Bürokratie und Steuergesetzgebung anprangern, aber trotzdem bleibt es Fakt, dass viele Ursachen unseres gedämpften Wachstums leider hausgemacht sind. Ich darf einen Experten zitieren: *"Die Unternehmenssteuern in Italien sind zu hoch, keine Frage. Aber es ist nicht statthaft, Vergleiche anzustellen, die wissenschaftlich nicht haltbar sind, weil man nur an einer Voraussetzung wie zum Beispiel den Lohnkosten drehen muss, um ein wesentlich anderes Ergebnis zu erhalten. [...] Es stimmt auch nicht, dass die Steuerbelastung in Italien dreimal so hoch ist wie in Österreich. Kritik am nimmersatten italienischen Fiskus und der chaotischen Steuergesetzgebung ist angebracht – aber unzutreffende und populistische Ausgaben sollten unterlassen werden."* Dies das Urteil eines Fachmanns, der wirklich am Puls der Wirtschaft lebt,

nämlich Walter Großmann. Wenn wir auf die Steuern blicken, dann vergessen wir zu-
meist die Arbeitskosten, die dank Niedriglöhnen oft wieder das hereinholen, was auf
der Steuerseite genommen wird. Die Lohnstückkosten in Italien liegen pro Stunde bei
23 € fast 10 € unter den deutschen oder französischen Werten. Das Bedauerliche
daran ist, dass die Lohnnebenkosten weit höher liegen als in den meisten anderen Län-
dern, sodass die Nettolöhne so mickrig sind, dass sogar Confindustria-Chef Montezem-
elo die "salari troppo bassi" bedauert.

Ins Pflichtenheft eines erneuerten Südtirol müsste es auch gehören, den Be-
schäftigtenanteil der öffentlichen Verwaltung in einem zehnjährigen Prozess sanft,
aber konsequent zurückzufahren und vor allem qualifizierte Nachwuchskräfte ver-
mehrt zum Einstieg in zukunftsträchtige Wirtschaftsbranchen zu veranlassen. Eine
weitblickende Umlenkung von Kräften aus der öffentlichen Verwaltung in die Wirt-
schaft ist auch deshalb nötig, weil der Arbeitskräftemangel in den kommenden Jahren
ständig wachsen wird. Er wird wachsen aus demselben Grund, durch den der Pflege-
bedarf zunehmen wird, weil nämlich der demografische Übergang in eine Altersgesell-
schaft der vorwiegend über 50-jährigen ab 2010 voll greifen wird. Schon allein aus
dem Grund, weil viele Bürgerinnen in Pension gehen und weniger auf den Arbeits-
markt drängen, wird der öffentliche Sektor in einzelnen Bereichen ein gutes Stück
schrumpfen müssen. Obwohl ich selbst 15 Jahre lang als Beamter tätig war, bin ich
vollkommen davon überzeugt, dass es der Privatwirtschaft und der Verwaltung gut
täte, wenn der Anteil der öffentlich Beschäftigten von derzeit 28 Prozent auf circa
23 bis 25 Prozent gesenkt würde. Landeshauptmann Durnwalder hat im Übrigen an der
Statistik gedreht, wenn er behauptet, Südtirols Beschäftigtenanteil im Öffentlichen
Dienst läge mit 28% knapp unter den EU-Werten, sogar unter jenem von Bayern oder
der Schweiz. Das mag nominell stimmen, wenn man die 45.000 öffentlich Beschäftig-
ten aus den Erwerbstätigen von rund 150.000 herausrechnet. Er selbst oder sein Ghost-
writer haben dabei aber vergessen, dass in den mit Südtirol verglichenen Ländern die
rund dreimal so hohe Arbeitslosigkeit vor allem den privaten Sektor trifft, während der
Anteil der öffentlich Beschäftigten relativ konstant bleibt. Es ist also klar, dass in Bay-
ern oder der Schweiz der Anteil von Beamten und öffentlich Angestellten, die nicht
entlassen werden können, höher liegt als die Zahl der privaten, vor allem durch Entlas-
sung geschwächten Arbeitnehmer. Wäre bei uns die Arbeitslosigkeit auf europäischem
Niveau, so wäre der Anteil der öffentlich Bediensteten plötzlich um mindestens fünf
Prozentpunkte höher. Wir hätten vielleicht nur mehr 140.000 Beschäftigte, davon
42.000 statt 45.000 öffentlich Bedienstete. Der Schnitt läge dann also schon bei 30
Prozent

Der Mangel an Innovationsbereitschaft zeigt sich deutlich auch in der Schule
und im Bereich des Spracherwerbs, wo die Regierung ängstlich am Bewährten festhält
und in der deutschsprachigen Schule keineswegs dazu bereit ist, eine auch minimale
Öffnung zu wagen. Während die hauseigene Universität in Tagungen und Untersu-
chungen übereinstimmend feststellt, dass Kinder ohne Schwierigkeiten mehrsprachig

aufwachsen können, beharrt die Landesregierung, zumindest in der deutschen Schule, auf der strikten Trennung von Sprach- und Sachfächern. Die Haltung ist nicht nur Ausdruck einer alten, defensiven Volkstumspolitik und ethnischer Trennung, sondern vorab ein bedenkliches Symptom fehlender Innovationsbereitschaft. Der Verzicht auf eine mehrsprachige Schule bedeutet nicht die Fortsetzung alter Abwehrkämpfe und überalterter Leitwerte der Südtirol-Autonomie, sondern das Einfrieren einer zeitgerechten und folgerichtigen Weiterentwicklung. Es geht längst nicht mehr um Volkstumskampf, sondern um einen wichtigen Zugang zu einer globalisierten, vernetzten Welt. Was würde es ausmachen, an einem Schulzug von der Grund- bis in die Oberschule eine mehrsprachige Schule zu erproben, als einen gewichtigen Probelauf, um in aller Ruhe, im Zeitraum von 10 Jahren, entsprechende Schlüsse zu ziehen und einen Teil des Unterrichtsbetriebes konsequent zweisprachig zu fahren? Aber nein, die falsche, ewiggleiche Beschwörung des Identitätsverlusts führt dazu, dass sich die Schulpolitik vom europäischen Geleise abkoppelt und ihre Fähigkeit zur Exzellenz bewusst verkümmern lässt. Das künftige Südtirol müsste sich durch eine selbstverständlich gelebte Zweisprachigkeit auszeichnen, die allen Besuchern und Partnern des Landes als Grundqualität positiv auffällt, die das Land zu einem gefragten Reiseziel, Wirtschaftspartner und Bezugspunkt erhebt, zu einem Finnland oder Island im Kleinen.

Ich möchte meine Stellungnahme am Nachmittag fortsetzen, Herr Präsident.

PRESIDENTE: Va bene.

La seduta è sospesa fino alle ore 15.00.

ORE 12.41 UHR

ORE 15.05 UHR

(Appello nominale – Namensaufruf)

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

ROSA THALER ZELGER

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ich erteile dem Abgeordneten Heiss das Wort, um seine Stellungnahme im Rahmen der Generaldebatte fortzusetzen.

HEISS (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Danke, Frau Präsidentin!

Wir könnten uns vorstellen, dass Südtirol in viererlei Hinsicht zu einem hochkarätigen Zentrum von Exzellenz aufrücken könnte, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Es könnte zu einem Ort einer vorbildlichen Sprachenpolitik und gelassenen Interkulturalität werden, eine Referenz für eine hoch innovative, ökologische Wirtschaft mit starken sozialen Sicherungen, ein Exempel für eine gelungene Verknüpfung von Natur, Ökonomie und Kultur, eine Startbahn nachhaltiger humanitärer und entwicklungspolitischer Initiativen. Eine solche Option müsste jene Risiken minimieren, an denen Südtirol heute laboriert. Südtirol ist heute leider auch Tummelplatz einer entfesselten Mobilität, Rummelplatz von Privatinteressen und spekulativen Manövern und Schauplatz einer nach Sprachgruppen und Klassenlagen geteilten Gesellschaft.

Als große Herausforderung in allen vier genannten Exzellenz-Bereichen stellt sich die Zuwanderung. Immigration ist keine dramatische Herausforderung, keine Aufgabe für einen neuen Zivilschutz, sondern eine Entwicklung, die die Kräfte von Politik und Gesellschaft in vollem Umfang fordert und in ihrer Tragweite bisher noch nicht angemessen erkannt ist. Im Sektor Sprache und Interkulturalität, in der Wirtschaft, in der Gestaltung von Lebensräumen und im Bereich Entwicklungspolitik bleibt die Zuwanderung ein entscheidendes Scharnier, ein Schlüsselbereich. Der Landeshauptmann hat am Freitag zumindest den Mut gefunden, eine Tatsache festzustellen, nämlich dass Südtirol ein Zuwanderungsland ist. Damit hat er Recht und das wird auch so bleiben, ob wir dies wollen oder nicht. Immigration ist eine Begleiterscheinung der Globalisierung, Ausdruck dessen, dass wir in einer Welt leben, mit der wir – Autonomie hin oder her – fest vernetzt sind. So wie der Klimawandel kein Land unberührt lässt, so wird auch die Zuwanderung eine auf unabsehbare Zeit feste Begleiterin Südtirols bilden. Dies zu leugnen wäre sinnlos. Es gilt daher, mit ihr vorausschauend und gestaltend umzugehen. Das fällt schwer aus zwei besonderen Gründen: Das Phänomen Zuwanderung hat Südtirol exakt zu einem Zeitpunkt spürbar erreicht - etwa ab dem Jahr 2000 -, als das Land darum bemüht war, seine inneren Probleme im Hinblick auf die Sprachgruppen einzufrieren. Da das Zusammenleben und Miteinander nicht von der Stelle kamen, richteten sich die Sprachgruppen zunehmend getrennt voneinander ein, fast wie in einer alten Ehe, in der das Zusammenleben und der eheliche Vollzug nur mehr pflichtgemäß funktionieren. Denken Sie nur an die Friedens- und Siegesplatzdebatte im Oktober 2002, die den Höhepunkt der Entfremdung markierte. Mitten in diese Erhaltung, in diese gepflegte Gleichgültigkeit der Beziehungen platzte die wachsende Zuwanderung, die genau das aufs Tapet brachte und bringt, was sorgsam vermieden werden soll: Der Umgang mit anderen Sprachen, Kulturen und Bedürfnissen. Auch deshalb ist soviel Aggression spürbar, weil die Beziehung der haus- und autonomieeigenen Sprachgruppen nicht gelöst ist. Das Phänomen Migration macht genau darauf aufmerksam und zwingt uns dazu, den Finger in diese Wunde zu

legen. Ein zweiter Grund der wachsenden Aggression liegt darin, dass die Zuwanderung genau zu einem Zeitpunkt einsetzte, als die mittleren und unteren Einkommen in Südtirol zu stagnieren und zu schrumpfen begannen. Der Großteil der Individualeinkommen blieb ab 2003 bei circa 1.200 Euro blockiert und wird nun auch durch die zunehmende Inflation bedroht. In dieser Lage zunächst schleichender, nun aber galoppierender Einkommensschwächung kam der Auftritt einer weiteren, sozial bedürftigen Gruppe denkbar ungelegen. Die Menschen in Südtirol, deren Lohn- und Gehaltssituation ohnehin stockt, haben verständlicherweise keine Lust zu teilen.

Als überzeugter Grüner sehe ich die Zuwanderung keineswegs mit freudigem Auge, mit der rosigen Multi-Kulti-Brille, die uns die Kollegen der Rechten gerne unterstellen. Ich bin zu sehr Realist, sehe die Dinge zu sehr aus der Nähe, um Licht- und Schattenseiten nicht wahrzunehmen. Es gibt in Zusammenhang mit der Migration eine Fülle von Problemzonen, die nicht zu leugnen sind und die ich auch nie geleugnet habe. Von der Schule, über die Nachbarschaft mit unterschiedlichen Kulturen und Religionen, über die Gefahr sozialen Missbrauchs und der Devianz gibt es eine Reihe von sensiblen Zonen, die alle Beteiligten, die Migranten und die Angehörigen der Aufnahmegesellschaft, voll fordern und nicht selten überfordern. Es geht aber vor allem darum, Klarheit über die Dimension des Ganzen zu gewinnen und die einzelnen Punkte genau zu differenzieren.

Punkt 1: Das Ausmaß der Immigration ist noch überschaubar. Die Ausländer mit regulärer Aufenthaltsgenehmigung sind aktuell 33.000, davon ein Drittel EU-Bürger. Das ist exakt die Hälfte Nordtirols. Nur in einem Viertel der Südtiroler Gemeinden liegt ihr Anteil über fünf Prozent, in den übrigen Gemeinden zum Teil weit darunter. Auf dem Land – abgesehen von Ausnahmen im Unterland und im Wipptal - leben ungleich weniger Ausländer als in den Städten. Es ist nachdrücklich zu betonen, dass die Städte unseres Landes auch im Bereich Immigration und Integration wie so oft einen Großteil der Herausforderungen und Lasten Südtirols schultern müssen. Dafür gebührt ihnen nicht nur Anerkennung, sondern endlich auch ein erhöhtes Maß an finanzieller und gesetzlicher Unterstützung.

Punkt 2: Immigration braucht eine Obergrenze. Das Wachstum der Immigration wird weiter anhalten, die Frage ist, bis zu welchem Punkt. Von den für 2008 italienweit ausgegebenen 170.000 regulären Aufenthaltsgenehmigungen hat Südtirol nur 144 beansprucht, ein wahrer Nanopartikel. Das sind nicht einmal zehn Prozent von dem, was das Trentino beansprucht hat. Dies bedeutet keinen Stopp, sondern Verschiebung auf die Bereiche Familienzusammenführung und auf irreguläre Einwanderung. Ich plädiere dafür, an eine Grenze der Zuwanderung zu denken. Wollen wir ein gutes Maß der Integration erzielen, so müssten wir um die 10 Prozent eine Linie ziehen, etwa auf der Quote von Baden-Württemberg, das eine sehr gute Integrationspolitik betreibt.

Punkt 3: Es gibt nicht die Immigranten. Die Gruppe der Ausländer in Südtirol besteht aus 122 Nationalitäten, die untereinander denkbar verschieden sind. Wer

von den Ausländern spricht, wirft zu Unterschiedliches in einen Topf. Eva Klotz würde sich zu recht dagegen wehren, würde man Südtirol mit Sizilien, mit Sardinien, mit Schleswig-Holstein oder der Normandie gleichsetzen. Genau dies geschieht im Bereich der Immigration, und zwar ständig. Lernen wir also zu differenzieren anstatt zu vereinfachen. Nehmen wir nicht alle Ausländer in Geiselnhaft für die überschaubaren Problemgruppen!

Punkt 4: Der Umgang mit Immigration und Integration braucht weit mehr öffentlichen Schub, Kraft und Energie, als dies bisher der Fall war. Es geht nicht an, dass das Land Südtirol, das ansonsten nur zu gerne alles selbst in die Hand nimmt, um diesen sensiblen Bereich herumtanzt, wie Hintner um den heißen Herd. Fragen der Zuwanderung sind ausgelagert an die Caritas, an kirchliche Stellen, an die Polizei, an Hilfsorganisationen und Sozialgenossenschaften, letztlich auch an die autonome Schule. Das ist zuwenig, denn das ist ein ständiges Ausweichen. Immigration muss endlich eine Kern- und Querschnittsaufgabe werden. Wir brauchen nicht nur eine Beobachtungsstelle des Landes, sondern eine hochqualifizierte Stabsstelle "Immigration und Integration" als eigene Abteilung, vergleichbar mit dem Familienbüro der Landesregierung. Es braucht eine zentrale Stelle des Monitorings und der Steuerung mit Außenstellen, die bei den Bezirksgemeinschaften anzusiedeln sind. Es braucht qualifizierte, juristisch und sozial bestens ausgebildete Expertinnen. Wir brauchen aber endlich auch ein Landesgesetz, das nicht mehr in der Warteschleife herumkurvt, sondern die im Landesbereich angesiedelten Zuständigkeiten und Aufgaben klar und entschieden regelt. Ressourcen sind bereits jetzt da, aber es braucht endlich eine aktive Steuerung anstelle von passiver Duldung und verdeckter Aggression.

Punkt 5: Die finanzielle Last der Immigration, die oft inkriminierte Abzockerei ist endlich in Relation zu den enormen Vorzügen zu setzen. Wer auf die neun, bald zehn Millionen Euro Wohngeld zugunsten von ausländischen Begünstigten starrt, wer anklagend auf die nach fünf Jahren gewährte Sozialhilfe von zehn Millionen verweist, soll bitte auch die Gesamtrechnung machen. Die Immigration belastete Südtirol 2005 mit 31 Millionen Euro für Maßnahmen und Interventionen. Dem gegenüber stehen 71 Millionen INPS-Beiträge, die von jungen Migranten gezahlt werden und die umgehend unseren Rentnern und bald auch uns selbst zugute kommen, während viele Migranten kaum je etwas davon haben werden. Rund 52 Millionen Euro an Einkommenssteuer im Jahr 2005 fließen bekanntermaßen in den Landeshaushalt retour. Aus diesen Gründen ist der Vorwurf des Sozialschmarotzertums entschieden zu relativieren und in Beziehung zu setzen mit den ungleich höheren Erträgen.

Punkt 6: Mancher Missbrauch, aber unverzichtbare Vorteile für Südtirol. Unter Immigranten gibt es Beschäftigungslosigkeit und Faulenzerei, aber weitaus mehr noch Einsatz in Arbeitsbereichen, für die sich "unsere Leute" längst zu schade sind. Viele konkrete Leistungen der Pflege erbringen Frauen aus Moldawien und Peru, viele Putzteams sind gleichfalls mit Osteuropäern bzw. Osteuropäerinnen besetzt. Betrachten Sie nur den Landtag nach Büroschluss. Besuchen Sie die Abspüler von Hotels

und gehen Sie auf unsere über 1.500 Baustellen. Dann wird klar, wer den Strafraum auf dem Arbeitsmarkt in Ordnung und funktionsfähig hält. Wer profitiert von ihrer Arbeitsleistung? Zumeist einheimische Unternehmen. Wer profitiert vom Wohngeld? Zumeist einheimische Vermieter, die freudestrahlend hohe Mieten für "Löcher" kassieren, in die man "unsere Leute" niemals hineinbrächte.

Punkt 7: Problemzonen sind jetzt anzugehen, mit aller Entschiedenheit. Die Generation der jungen und jugendlichen Migranten braucht dringend Betreuung und Integrationsmaßnahmen. Mediatoren und Streetworker sind wichtig, noch wichtiger aber wäre es, unsere Vereinsszene in Marsch zu setzen und ihnen für die Aufnahme jugendlicher Migranten besondere Unterstützung zu gewähren. MigrantInnen verdienen besondere Hilfe, und hier wäre eine Gleichstellungsoffensive zentral. Zugewanderte Frauen müssen heraus aus den Ghettos ihrer Einsamkeit, ihrer Sprachlosigkeit, aus der Enge ihrer Familien. Das könnte über die Schulkontakte ihrer Kinder laufen, aber auch über Integrationshäuser, die nach österreichischem Vorbild in den größeren Zentren des Landes zu errichten wären.

Punkt 8: Wer eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft verlangt, muss sie selbst leben. Fundamentalistische Bestrebungen und Islamismus sind entschieden abzulehnen, aber nur auf der Grundlage eigener Glaubwürdigkeit. Eine liberale Gesellschaft und ein liberaler Staat gründen auf der Trennung von Staat und Kirche, aber wir müssen die Lektion selbst verkörpern, die wir von anderen einfordern. Wer auf universale Menschenrechte, auf eine demokratische Grundordnung und auf Gleichberechtigung von Mann und Frau besteht, muss auch selbst überzeugend dafür einstehen. Wer die eigenen christlichen Wurzeln zu stark betont, muss darauf achten, wo diese Wurzeln morsch und faulig sind. Neben dem hohen C der christlichen Wurzeln wird nur zu leicht auf die andern Werte des europäischen Alphabets vergessen: Auf das D wie Demokratie, auch das B wie Bürgerrechte, auf das A wie Aufklärung und Antike. Den vielbeschworenen christlichen Wurzeln könnte aktuell eine Wurzelbehandlung nicht schaden, auch hierzulande.

Fazit: Immigration ist steuerbar, Integration ist gestaltbar. Sie ist eine zentrale Zukunftsaufgabe Südtirols und unserer Autonomie. Sie ist nicht mit Alarmgeschrei und Anklagen zu lösen, sondern durch wirkungsvolle Gesetze, durch eine planvolle, entschiedene und unzweideutige Politik, durch eine entschiedene Haltung und durch Grenzen, die aber offen sein müssen. Integration ist auch eine Chance dafür, die Beziehungen zwischen den traditionellen Sprachgruppen neu zu thematisieren und sie zu lösen. Integration kann aber auch nur dann gelingen, und damit komme ich zum Schluss, wenn neben Freiheit und Ordnung auch soziale Gerechtigkeit in Südtirol neu gesichert wird. Es wird die Hauptaufgabe unseres Landes in den kommenden Jahren sein, diese Gerechtigkeit wieder neu aufzubauen. Der Verlust an Lebens- und Einkommensgrundlagen ist offenkundig. Wir registrieren stagnierende Löhne, Gehälter und Einkommen bei steigender Inflation. Eine Familie wird im Mittel 2008 um 800 bis 1.000 Euro mehr an Lebenshaltungskosten ausgeben müssen.

Während unser hochgelobter Landeshaushalt um circa 4 Prozent real wächst, schrumpfen die mittleren Einkommen um eben diese Größenordnung. Das ist nicht hinnehmbar, da sich dieser Trend seit Jahren abzeichnet und weiter anhält. Ein Gegensteuern ist dringend geboten, mit aller Kraft. Es braucht eine Neuausrichtung der Familienförderung, die bis 2015 deutsches oder französisches Ausmaß erreichen sollte. Es braucht eine Entlastung von Steuern und Gebühren, die vor allem in den größeren Ballungszentren unangemessen hoch sind. Dies lässt sich erzielen durch gnadenlos-präzise Ausgabenkontrolle und durch Umleitung aus den vielen kleinen Kanälen oder besser Kanülen der Verschwendung in eine nachhaltige Mittelbindung. Ansätze hierzu sind da, aber die großen Lecks bleiben ungestopft. Die Kosten unserer allgemeinen Verwaltung liegen um 200 Millionen Euro über jenen von Trient. Die Beraterhonorare liegen weiterhin um die 100 Millionen Euro, die Privatisierung von Brennercom und anderen Gesellschaften ist offen.

Die große Zukunftsaufgabe Südtirols liegt in einer grundlegenden Erneuerung, besser sogar in einer Selbsterfindung. Vor allem liegt sie auch im Kampf um mehr Verteilungsgerechtigkeit, in einer besseren Verteilung der Chancen zwischen Sprachgruppen, sozialen Schichten und Generationen. Diese Aufgabe wurde im Haushalt 2008 im Ansatz angedacht. Sie ist erste Priorität für die Gesetzgebungsperiode 2008-2013.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Dott. RICCARDO DELLO SBARBA

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Ha chiesto intervenire il consigliere Munter, ne ha facoltà.

MUNTER (SVP): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2008 sowie der Bericht des Landeshauptmannes geben die Möglichkeit, einige grundsätzliche Überlegungen zur Situation im Lande und zur weiteren Entwicklung anzustellen. Der Haushaltsentwurf gilt für das gesamte Jahr 2008, weil er auch den Nachtragshaushalt beinhaltet. Umso wichtiger ist es also, diesen Haushalt etwas genauer zu betrachten.

Der Haushalt ist das mächtigste und wichtigste Instrument, das wir in unserem Lande haben, um Politik zu betreiben. Er bestimmt über die Verwendung von über fünf Milliarden Euro und greift eigentlich in jeden einzelnen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereich hinein. Er setzt sich aus den Steuerleistungen, die unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger erbracht haben, zusammen. Wir müssen nun über die Verteilung dieser erbrachten Steuerleistungen befinden.

Erstes Ziel einer guten Verwaltung muss es sein, dass möglichst alle Mitglieder der Gesellschaft die Möglichkeit haben, sich in jenen Bereichen zu betätigen, in denen sie besondere Stärken haben, in denen sie besonders ausgebildet sind und somit

dementsprechende Leistungen erbringen können. Es geht also darum zu analysieren, welchen Beitrag der Haushalt 2008 für die Sicherung des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes Südtirol beitragen kann. Wir alle wissen – das wird in den Grundzügen der Volkswirtschaft als Basis verwendet -, dass, wenn möglichst viele Menschen in die Arbeits- und Wirtschaftswelt eingebunden sind, einerseits das Steueraufkommen hoch ausfällt, und es andererseits weniger Mittel braucht, um Abfederungsmaßnahmen oder andere Hilfsmaßnahmen zu setzen. Unter diesem Aspekt ist Südtirol sicher in einer positiven Situation, denn wir haben insgesamt knapp 230.000 Erwerbstätige, wobei die Zahl in den letzten Jahren deutlich angewachsen ist. Es geht nun darum, dafür Sorge zu tragen, dass alle Leute, die bereit sind, einer Arbeit nachzugehen, auch eine Arbeit finden.

Was sind die Vor- und Nachteile in Zusammenhang mit der Sicherung des Wirtschafts- bzw. Arbeitsstandortes Südtirol? Einerseits muss man die Bedingungen beachten, die man im Lande selber gestalten kann, andererseits muss man aber auch die Bedingungen berücksichtigen, die von außerhalb kommen. Von außerhalb kommen zur Zeit negative Impulse und Signale, die sich speziell auf die Wirtschaftswelt, aber auch die privaten Haushalte auswirken. Diese negativen Impulse kommen von der immer willkürlicher agierenden Steuergesetzgebung Italiens insgesamt. In einem solchen Umfeld ist es für jeden arbeitenden Menschen sehr schwer zu arbeiten. Es ist auch sehr schwierig, kreative Ideen zu entwickeln und Neues zu schaffen. Es ist auch sehr schwierig, den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Südtirol nach vorne zu bringen. Denken wir nur daran, welche repressiven Maßnahmen die italienische Steuergesetzgebung zur Zeit vorsieht. Betriebe müssen wegen ein paar Euros, die auf Steuerquittungen nicht aufscheinen, geschlossen werden. Damit geraten auch Arbeitsplätze in Gefahr. Diese Maßnahmen sind absolut unverhältnismäßig! Schauen wir aber auch auf die Sektorenstudien, die viele Berufe Südtirols nicht erfassen, weil es diese Tätigkeiten im restlichen Staatsgebiet nicht gibt. Da werden ganze Kategorien an den Rand der Legalität gedrängt, was zu großer Unsicherheit führt. Anhand von Beispielen, die auch in verschiedenen Tageszeitungen geschildert wurden, wurde klar, dass es eine nennenswerte Anzahl von Betrieben gibt, die mehr Steuern zahlen, als sie Gewinn erwirtschaftet haben. Dass es so nicht gehen kann, ist wohl jedem klar. Weiters kommt erschwerend hinzu, dass aufgrund dieser Situation die richtige und korrekte Anwendung von Sonderbestimmungen erst nach Jahren geklärt wird. Dann nützt es aber niemandem mehr, weil die Bestimmungen in der Zwischenzeit längst schon wieder durch neue ersetzt worden sind und sie höchstens noch der Geschichtsschreibung dienen. So kann keine mittelfristige Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes Südtirol gewährleistet werden. Denken wir aber daran, dass Betriebe mit beinahe überfallsartigen Methoden kontrolliert werden. In unserem Land gibt es im Vergleich zum restlichen Staatsgebiet viel mehr Kontrollbehörden, die dann auch noch mit großem Einsatz tätig sind, um sogenannte Gesetzesbrecher zu erwischen.

Wenn wir dann sehen, aufgrund welcher Kleinigkeiten sie oft zugreifen, so kann man nur sagen, dass es so nicht weitergehen kann.

Nachdem die Steuergesetzgebung nicht in die primäre Kompetenz des Landes Südtirol fällt, werden sich jetzt natürlich viele fragen, warum wir überhaupt darüber reden. Wir reden aus zwei Gründen darüber: Einerseits verteilt dieses Hohe Haus die Früchte dieser widersinnigen Bestimmungen, andererseits glaube ich, dass der Südtiroler Landtag über diese reine Verteilung der Mittel hinausgehen sollte. Die einzige Schlussfolgerung kann nur jene sein, dass wir Land Südtirol vom Staate Italien eine vollkommene Steuerautonomie verlangen müssen. Das muss das oberste Ziel für die nächsten Jahre sein. Wir sind erst dann zufrieden, wenn wir diese Steuerautonomie erhalten haben! Heute ist es vielfach so, dass die Steuerentrichtungskosten in Betrieben höher sind als die effektive Steuerleistung, die erbracht wird. Die Arbeit, die Steuern zu berechnen, kostet mehr als bis zum Schluss an Steuern geschuldet wird. Das kann wohl nicht vernünftig sein, denn das macht weder betriebswirtschaftlich noch volkswirtschaftlich einen Sinn. Das ist Vernichtung von hart erarbeitetem Vermögen! Wir müssen also unbedingt die Steuerautonomie fordern. Natürlich dürfen wir uns dann nicht mehr auf das ferne Rom verlassen, sondern müssen unsere Hausaufgaben selber erledigen.

In der Zwischenzeit gibt es im näheren Umfeld Südtirols einige kleinere Länder, die im Zuge der Entwicklung eigene neue Steuersysteme eingeführt haben. Es setzt sich immer mehr eine absolute Vereinfachung der Steuersysteme durch. Diese Wirtschafts- und Arbeitsstandorte sind besonders wettbewerbsfähig. Die Steuerregelungen dieser Länder sind für jedermann durchschaubar. Das zur Zeit am besten funktionierende Modell ist das Modell einer sogenannten Flat-Tax, das heißt das Modell eines einheitlichen Steuersatzes. Da braucht es keine komplizierten Berechnungen für Freibeträge, für Abzüge, für Zuschläge usw. mehr. In Italien wird ja ein ganzes Heer an Fachleuten beschäftigt, um diese Entwicklungen täglich zu kommentieren und zu hinterfragen. Das alles könnte man sich sparen und die ersparten Gelder in die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Arbeitsstandortes Südtirol investieren. Ich möchte jetzt nicht im Detail auf das normative Gerüst eingehen, das andere Länder geschaffen haben, die im Rahmen der Steuerautonomie selbstständig tätig geworden sind. Auf jeden Fall sieht man, dass diese Länder, die eine Flat-Tax eingeführt haben, einen sehr starken Wirtschaftsaufschwung haben. Es konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden bzw. Arbeitsplätze höher qualifiziert werden, und zwar mit höheren Einkommen für die Mitarbeiter und mehr Investitionsmöglichkeiten von Seiten der Betriebe in die zukünftige Wertsteigerung. Das Datum dieser Vision wird sicher über das Jahr 2010 hinausgehen. Nichtsdestotrotz soll ein ganz klares Signal ausgesendet werden, um der Bevölkerung klar zu machen, dass wir auch in diesem Bereich Verantwortung übernehmen wollen. Das würde auch bedeuten, dass die vielen öffentlichen Bediensteten in unserem Lande – in der Zwischenzeit sind es an die 45.000 – produktiv für die Sicherung des Arbeitsstandortes eingesetzt werden könnten und eine Umstrukturierung der

erstarrten Südtiroler Wirtschaftswelt erfolgen könnte. Ich bin nicht der Meinung, dass wir zu wenig öffentlich Bedienstete haben, sondern ich bin der Meinung, dass wir die Obergrenze bei weitem erreicht haben. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass die Leute im Sinne einer effizienten Verwaltung dort eingesetzt werden, wo sie wirklich gebraucht werden.

Ich möchte nun auch noch einige positiven Punkte anmerken. Es ist gelungen, den Investitionsanteil des Haushaltes zu steigern. Einerseits wird im Rahmen der Investitionen durch öffentliche Arbeiten die Möglichkeit geschaffen, jene Projekte, die notwendig sind, durchzuführen. In diesem Zusammenhang ist vor allem eines wichtig: Die Strategie, dass möglichst viele, um nicht zu sagen alle öffentlichen Arbeiten von heimischen Firmen durchgeführt werden, muss noch stärker verfolgt werden. In diesem Bereich gibt es gute Erfolge. Wir alle wissen, dass bei jedem öffentlichen Auftrag, der von einem einheimischen Betrieb ausgeführt wird, die Mehrwertsteuer, die Einkommenssteuer, die IRAP usw. wiederum in den Haushalt des Landes zurückfließen. Das macht, je nach Art des Auftrages und des Betriebes, zwischen 15 und 25 Prozent der Gesamtsumme aus. Allein die Mehrwertsteuer beträgt 20 Prozent, sie wird allerdings nicht voll rückerstattet. Das bedeutet, dass es für das Land Südtirol nach wie vor ein Geschäft ist, wenn ein einheimischer Betrieb Arbeiten durchgeführt, weil die Steuern dadurch direkt in den Landeshaushalt zurückfließen. Wenn diese Arbeiten von provinzfremden Betrieben durchgeführt werden, so fließen die Steuermittel in einen anderen Haushalt. Das ist sehr schade, weil uns dadurch wertvolle Finanzmittel entgehen. Wir sollten diesen eingeschlagenen Weg also noch stärker weitergehen und noch mehr darauf achten, dass die Aufträge in heimische Hände kommen. Abgesehen davon ist natürlich zu sagen, dass durch diese Strategie Arbeitsplätze gesichert werden und Mittel für Investitionen in die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe freigesetzt werden. Es ist unsere Aufgabe, auf die Leute zu schauen, die in unserem Lande leben.

In diesem Zusammenhang sind auch die verschiedenen Investitionsanreize zu erwähnen, die von Seiten des Landes Südtirol gegeben werden. Diese Investitionsanreize werden in diesem Saal zum Teil unterschiedlich bewertet. Ich möchte Ihnen eines sagen: Diese Investitionsanreize sind, wie der Namen schon sagt, Anreize zur Investition und helfen auch mit, um den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Südtirol zu stärken und auszubauen. Genauso wie jeder privat in zukunftsweisende Dinge investiert, muss das Land Südtirol in die Zukunft investieren, um die Entscheidungsträger zu animieren, verstärkt mit dem immer schneller werdenden Wettbewerb Schritt zu halten und am Puls der Zeit zu bleiben. Deshalb ein klares Ja zu den Investitionsanreizen, wie sie vom Land Südtirol in den verschiedensten Bereichen angewandt werden.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich sagen, dass es mir etwas weniger gefällt, dass jetzt versucht wird, Beiträge gegen Steuern aufzurechnen, indem gesagt wird: "Entweder Du verzichtest auf Beiträge oder Du musst höhere Steuern bezahlen." Diese

Einstellung sagt mir nicht zu, denn sie ist nicht Ausdruck eines Vertrauensverhältnisses der öffentlichen Hand zum Bürger bzw. zum Betrieb. Ich glaube, dass das zwei unterschiedliche Paar Schuhe sind. Einerseits gibt es die Investitionsanreize, andererseits gibt es den Bereich der Steuergesetzgebung, für welchen wir leider nur ganz beschränkte Zuständigkeiten haben. Ich möchte nicht, dass das Ergebnis dann jenes ist, dass Betriebe dann für eine bestimmte Zeit keine Investitionen mehr tätigen können. Natürlich kann jeder Betrieb investieren, auch ohne finanzielle Unterstützung seitens des Landes, aber die Frage ist, ob er Investitionen möglicherweise hinausschieben und damit einen Rückschritt erleiden wird, der nachher umso schwerer aufzuholen ist. Wir wissen, dass da auch sehr viel Psychologie mitspielt, und wir wollen sicher nicht, dass es aufgrund eines solchen Signals dazu kommt, dass die Investitionsbereitschaft nachlässt. Diese Maßnahme ist möglicherweise gut gemeint, aber nicht unbedingt gut getroffen. Es muss also gut überlegt werden, in welcher Form sie umgesetzt werden kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt in Zusammenhang mit diesem Haushalt ist das Thema der Dominanz der öffentlichen Hand in unserem Lande. Wir haben dieses Thema immer wieder angesprochen, und den meisten ist mittlerweile bekannt, dass sich das Land Südtirol immer öfter in privatwirtschaftliche Bereiche einmischt. Das Land Südtirol spielt immer öfter Unternehmer in allen möglichen Wirtschaftsbereichen und nimmt dadurch eine Aufgabe wahr, die eigentlich keine öffentliche Aufgabe wäre. Unternehmerische Tätigkeit ist in erster Linie eine Frage der freien Wirtschaft und sicher nicht eine Frage, wie die öffentliche Hand mit Steuergeldern Betriebe gründen kann. In diesem Zusammenhang darf ich auf die in diesem Haushalt mit etwas Zusatzgeld aufgepäppelte BLS verweisen. Das Statut der BLS beschreibt genau das, was eine betriebswirtschaftlich freie Tätigkeit ist, nämlich Ankauf, Erwerb, Bau, Errichtung, Organisation und Koordination von Bauten und Gewerbeimmobilien im Besonderen. Weiters steht im Statut, dass die BLS einen Rundum-Beratungsservice für Betriebe bei der Errichtung von Gewerbeimmobilien, bei der Vermittlung usw. anbietet. Diese Tätigkeiten sind bei der Handelskammer als rein privatwirtschaftliche Tätigkeiten eingetragen. Ich glaube, dass es in Bezug auf dieses Thema eine weitere Nachdenkpause braucht, damit sich das Land nicht auch noch mit einer eigenen Baufirma in das Bauwesen Südtirols einmischt. Das Land hat als Auftraggeber seine Aufgaben zu erfüllen, aber die Errichtung der Bauten und Infrastrukturen sollte der Privatwirtschaft überlassen werden. Es wäre viel wichtiger, wenn es uns gelingen würde, das Schlagwort Bürokratieabbau umzusetzen. Wir sollten einfachere und verständlichere Gesetze machen, wie es im Rahmen der entsprechenden Tagung im Südtiroler Landtag zum Ausdruck gekommen ist. Dann wäre mehr für die Bevölkerung und für die Wettbewerbsfähigkeit des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes Südtirol getan. Manchmal hat man den Eindruck, dass Bestimmungen erlassen werden, ohne die Realität im Auge zu haben. Das bedeutet, dass die Betroffenen Schwierigkeiten haben, diese Bestimmungen anzuwenden und auch einzuhalten. Damit wird unnütze Energie verbraucht, um zu

dem zu kommen, was eigentlich selbstverständlich und logisch wäre. Unnützen Bestimmungen gehört grundsätzlich eine Absage erteilt. Das Land soll sich nicht in die internen Angelegenheiten von Betrieben einmischen. Es ist nicht notwendig, dass sich der Gesetzgeber in die Privatwirtschaft einmischt, indem er privaten Firmen mit Gesetzesmaßnahmen vorschreibt, wie die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft bzw. der Organe, die Organisation usw. ausschauen soll. Das ist ein etwas kühner Vorstoß, der absolut zu überdenken ist, denn die Privatwirtschaft soll die Arbeitseinteilung schon selber machen können. Sollten diese Versuche der Einmischung seitens der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft in Zukunft weitergehen, so wird es dazu kommen, dass Betriebe den Hut nehmen und sagen: "Liebes Land, mach Du weiter!" Dann kann das Land neben den Unternehmen, die bereits in seiner Hand sind, noch einige zusätzliche errichten und die Wirtschaft somit noch mehr vereinnahmen. Das ist sicher nicht zielführend!

Ein weiteres Thema, das zur Zeit sehr aktuell ist, ist die Frage, wie wir in unserem Land mit den Einwanderern umgehen. Die Problematik wird ausführlich diskutiert, und ich glaube, dass sie mit drei einfachen Grundsätzen gelöst werden könnte. Wenn wir diese drei Grundsätze einhalten würden, dann hätten wir die Situation sehr schnell unter Kontrolle. Nun, was sind diese drei Grundsätze? Erstens: Es kommt darauf an, dass wir den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften selber festlegen können. Zweitens: Wir müssen uns aus dem vorhandenen Angebot jene Arbeitskräfte aussuchen können, die wir brauchen. Drittens: Wir müssen auch selber festlegen können, dass sich die ausländischen Mitbürger an unsere Gegebenheiten anpassen müssen. Es kann nicht sein, dass wir uns an fremde Regeln anpassen müssen, denn bis zum Gegenbeweis hat die Südtiroler Bevölkerung aus dem Land das gemacht, was es heute ist. Deshalb ist es auch richtig, dass wir die Spielregeln festlegen. Mit diesen drei einfachen Regeln – Festlegung des Bedarfs, Festlegung der Qualifikationen und Einhaltung der Spielregeln, die in unserem Lande herrschen – wäre die Problematik in den Griff zu bekommen. Andere Staaten machen uns bereits vor, wie es funktioniert. Wir dürfen nicht mit falsch verstandener Solidarität sagen, dass alles Platz haben muss, was hereinkommen will, denn die Leistungsfähigkeit des Landes Südtirol hat seine Grenzen und kann nicht auf Dauer überstrapaziert werden.

Ein weiteres wichtiges Zukunftsthema für unser Land ist das Thema Bildung. Ich bin froh, dass der Bereich Bildung in diesem Haushalt finanziell gut ausgestattet ist. Es muss möglich sein, den erreichten Standard zu halten und, wenn möglich, auch noch zu verbessern. Es stellt sich immer wieder heraus, dass wir uns in Bezug auf das Bildungsniveau – PISA-Studie, Berufsweltmeisterschaft der Handwerker usw. – im vorderen Feld befinden. Das ist der Beweis dafür, dass die Bildungsarbeit, die vom Land Südtirol geleistet wird, einen hohen Stellenwert hat. Nun gilt es, diesen Stellenwert zu festigen und auszubauen. Das soll aber nicht heißen, dass im Bereich der Bildung alles zugelassen und jedweder Entwicklungsstand mitgetragen werden soll. Auch im Bereich der Bildung braucht es klare Regeln und Richtlinien. Auch der Bereich

Bildung muss sich verstärkt am vorhandenen Bedarf orientieren. Das gilt ganz besonders für das jüngste Pflänzchen im Bereich der Bildung, nämlich für die Universität, die gerade einmal zehn Jahre auf dem Buckel hat. Im Rahmen der Universität soll verstärkt versucht werden, einen Beitrag für die Sicherung des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes Südtirol zu leisten. Wir haben im abgelaufenen Jahr eine höchst interessante Tagung zum Thema Universität im Südtiroler Landtag abgehalten. Dabei haben namhafte Referenten aus dem In- und Ausland festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen der Universität und der Wirtschaft noch zu wenig ausgeprägt sei. Deshalb geht ein ganz klarer Aufruf in Richtung mehr Zusammenarbeit zwischen Lehre und Forschung, denn nur so haben wir die Chance, dass sich der Universitätsstandort Bozen zu einem attraktiven Standort entwickelt. Das Land Südtirol und seine Universität sollten auch in Bezug auf die Forschung einmal in den Spitzenrankings der Universitäten Europas aufscheinen. Derzeit belegen wir diesbezüglich keine vorderen Plätze. Wir haben hier also sicher noch Potential zur Verbesserung und Optimierung. Ein persönliches Fernziel meinerseits wäre es, wenn es auch einmal einen Forscher der Universität Bozen geben würde, der zumindest eine Nominierung für den Nobelpreis erhält. Wenn das gelungen ist, dann ist das Beweis dafür, dass wir den Durchbruch geschafft haben und gute Leute in Bozen lehren und forschen. Aufgrund der Attraktion der Universität könnten weitere kluge Köpfe nach Südtirol geholt werden und das Weiterentwickeln unseres Landes mit ihrem Know-How mitgestalten.

Insgesamt gesehen bildet der Haushalt 2008 eine gute Basis, um das nächste Jahr vernünftig und zielgerecht zu gestalten. Hinsichtlich der Schwerpunktsetzung braucht es allerdings noch Verbesserungs- und Optimierungsmaßnahmen. Das gilt einerseits in Bezug auf die Sicherung des Arbeits- und Wirtschaftsstandortes, andererseits aber auch für den Bereich der Bildung und der Integration von ausländischen Mitbürgern. Streben wir die Ziele gemeinsam mit großer Nachhaltigkeit an und verlieren dabei den Hauptgrund für das derzeitige Unbehagen in der gesamten Bevölkerung nicht aus den Augen, nämlich die staatlichen Einflüsse, die sich nicht nur im Bereich der Steuergesetzgebung ausdrücken! Diese Einflüsse drücken sich auch im Bereich der Straßenverkehrsordnung, der Alkohol-Kontrollmaßnahmen usw. aus. Das alles deutet darauf hin, dass wir schnurstracks auf dem Weg hin zu einem Polizeistaat sind. Diesem Weg muss eine Absage erteilt werden, und das kann am Besten gemacht werden, wenn wir die volle Steuerautonomie mit Nachdruck fordern. In diesem Sinne herzlichen Dank!

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist mein Schicksal, dass ich jetzt immer öfter das Wort im Anschluss an den Kollegen Munter zu ergreifen habe. Ich muss mich dann immer ganz fest in der Hand haben, um nicht meine gesamte Zeit als Gegenrede zur Rede des Herrn Munter zu verplempern. In einem Punkt kann ich mich mit dem Kollegen Munter aber einverstanden erklären, nämlich in dem von ihm geforderten Ein-

satz der Landesregierung für die Steuerautonomie. Parallel dazu wünsche ich der SVP viel Glück, in dem Augenblick, in dem die Steuerautonomie Südtirol erreicht hat, friedlich weiter zu leben! Denken wir an den Verteilungskampf, der bereits jetzt in Südtirol wütet! Auf jeden Fall braucht die SVP all unsere Unterstützung, um weiter als Sammelpartei bestehen zu können, sollte die Steuerautonomie auf das Land übergehen. Der Herr Perkmann hat sich sehr über die sozial-demokratische Regierungserklärung des Landeshauptmannes gefreut.

ABGEORDNETER: (*unterbricht*)

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Ja, der hat sich auch gefreut! Der eine hat sich über die sozial-demokratische Rede des Landeshauptmannes gefreut, der andere über die Fakten, die trotz sozial-demokratischer Rede hinsichtlich der Geldverteilung geschaffen wurden. Und so sind die zwei "Perkmänner" glücklich! Der eine tut so, als ob er sich durchgesetzt hätte, der andere hat sich aber tatsächlich durchgesetzt! So ist das in Südtirol! Die einen freuen sich über den Schein, die anderen über das Sein und Haben! Ich möchte einige Kollegen der Arbeitnehmer in der SVP auf bestimmte Dinge in Bezug auf die Geldverteilung hinweisen, aber ich tue mich momentan ein bisschen schwer, denn auch Landeshauptmannstellvertreter Saurer hat den Saal inzwischen verlassen. Nachdem er angesichts der sozial-demokratischen Erklärung des Landeshauptmannes bewusst eine rote Krawatte angezogen hat, wäre es ganz nett gewesen, den Kolleginnen und Kollegen der Arbeitnehmerschaft gewisse Widersprüche deutlich zu machen. Warum ich sage, dass es zwischen dem, was gesagt wird, und dann effektiv gemacht wird, Widersprüche gibt, kann man anhand einiger Kapitel erkennen. Da wären beispielsweise die Maßnahmen für den Bereich der Wirtschaft – zusätzliche Maßnahmen für die Wirtschaft -, die den Kollegen Munter sicher zufriedenstellen. Das entsprechende Kapitel wird von 20 Millionen Euro auf 42 Millionen Euro aufgestockt. Schauen wir uns aber auch andere Kapitel der Wirtschaft an, beispielsweise die Forst- und Bergwirtschaft, die vor allem hinsichtlich der Beitragsvergabe recht großzügig ist und auch ihren Ansatz nahezu verdoppelt hat. Hier hat eine Kategorie schon kräftig zugeschlagen, aber man spricht nicht darüber. Sprechen tut man nämlich über etwas anderes. Es heißt ja "Der Gentleman genießt und schweigt", aber bei uns schweigt er ja nicht einmal. Wenn ich mir das Kapitel betreffend das Sozialwesen anschau, so sehe ich, dass es mit 17 Millionen Euro aufgestockt wurde. Allerdings frage ich mich, wo die versprochenen 25 Millionen Euro sind, die damals, als man eine 0,5-prozentige Senkung der IRAP beschlossen hat, dem Sozialwesen zugesprochen wurden. Ich bin sehr besorgt darüber, dass diese zusätzlichen 17 Millionen Euro nicht genügen werden, um die Pflegesicherung längerfristig zu garantieren. Ich stelle fest, dass die großen Steigerungen im Sozialwesen auf das Jahr 2009 verschoben werden, wohlwissend, dass inzwi-

schen Landtagswahlen waren und die neue Landesregierung mit der neuen Situation umzugehen hat.

Jetzt kommt der Landeshauptmannstellvertreter mit der roten Krawatte in den Saal, und ich freue mich darüber, denn ich hatte Schwierigkeiten, einen Kollegen der Arbeitnehmerschaft in diesem Saal dahingehend zu informieren, dass die Wirtschaft sehr wohl und ausgiebig zum Zug gekommen ist. Die Mittel auf dem Kapitel für die Wirtschaftsförderung wurden mehr als verdoppelt. Wir haben also unsere Bedenken bezüglich des sozial-demokratischen Ansatzes, den Kollege Perkmann ausgemacht hat. Dieser Haushalt ist eher vom Wahljahr beseelt und man wird im Bereich der Wirtschaft – auch in der Forst- und Bergwirtschaft - mit vollen Händen austeilen. Der Kollege Munter hat vorher gesagt, dass Beiträge an keine Bedingungen zu koppeln seien. Ich bin der Meinung, dass ein Beitrag von Seiten der öffentlichen Hand selbstverständlich eine Lenkungsfunction hat. Wenn man will, dass sich die Gesellschaft in eine Richtung entwickelt, dann ist es nur legitim, dass die Beitragsvergabe an soziale, arbeitsrechtliche und an andere Bedingungen geknüpft wird.

Nachdem mein Kollege Heiss im Rahmen seiner Stellungnahme zum Haushalt eine ausgiebige Bewertung desselben vorgenommen hat, möchte ich mich auf zwei, drei Kapitel konzentrieren, die eine bestimmte Wichtigkeit haben. Ich beginne mit dem Kapitel Energie. Ich bin dem Landeshauptmann wirklich dankbar dafür – das ist jetzt keine Ironie -, dass er uns im Gegensatz zum schweigenden Landesrat doch einige Dinge verraten hat, auf die wir sonst nicht gekommen wären. Ich beziehe mich auf die Übernahme der großen Wasserkraftwerke, das bestgehütete Geheimnis im Südtiroler Landtag und vielleicht auch in der Südtiroler Landesregierung. Nun, Landeshauptmann Durnwalder lässt es sich nicht nehmen, doch etwas auszulappern. Sie kennen ihn ja! Ich freue mich, dass er in seinem Bericht Dinge ausplappert, die man bis jetzt noch nicht wusste. Die Fragen, die ich jetzt stellen werde, sind besonders wichtig und deshalb ersuche ich Landesrat Saurer, sie an die richtigen Personen weiterzuleiten. Die Abgeordneten des Südtiroler Landtages haben ein Recht zu wissen, was mit den 150 Millionen Euro passiert ist, die wir vor zwei Jahren als Darlehen aufgenommen haben, um die SEL in die Delmi bzw. EDISON zu bringen. Noch viel wichtiger aber ist die Frage, was das Land mit den 432 Millionen Euro zu tun gedenkt, die es jetzt auf die hohe Kante legt und deren zukünftige Passivzinsen sich bereits jetzt bemerkbar machen. Die Situation im Energiebereich ist folgende: Im Jahr 2010 verfallen 15 Konzessionen der ENEL, 2 Konzessionen der Etschwerke und 1 Konzession der EDISON. Es gibt ein Landesgesetz aus dem Jahr 2005, das wir inzwischen zwar durch ein neues ersetzt haben, wobei die Prozeduren für die Konzessionsvergabe aber nach dem alten abgeschafften Gesetz laufen. Jetzt wäre es eigentlich interessant gewesen zu erfahren, welches der Stand bezüglich der ENEL-Konzessionen ist. Man verhandelt mit der ENEL und informell weiß man, dass man über Prozente streitet und daran denkt, eine gemeinsame Gesellschaft zu gründen. Auf Seite 16 des Berichtes des Landeshauptmannes ...

ABGEORDNETER: (*unterbricht*)

KURY (Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda): Nein, in Bezug auf die ENEL sagt der Landeshauptmann nur, dass es im visionsreichen Jahr 2010 gemeinsam mit der ENEL eine Stromverteilung geben werde. Meine Frage: Wie denkt die Landesregierung mit der Tatsache umzugehen, dass die Verhandlungen mit der ENEL bezüglich der Stromproduktion sozusagen in alto mare sind, sich also kein Ende der Verhandlungen abzeichnet? Offensichtlich will man noch in diesem Jahr und solange Ressortchef Huber noch unter uns weilt, die Konzessionen vergeben. Es fehlt ja nur noch der Bericht des Umweltbeirates unter dem Vorsitz von Walter Huber. Dabei vergisst man aber, dass die Verhandlungen mit der ENEL noch nicht abgeschlossen sind. Das bedeutet, dass man auf Rekurse wartet. Auf jeden Fall kann man nicht ausschließen, dass hier allerhand den Bach hinuntergehen wird, und zwar im wahrsten Sinne des Wortes! Wie geht das Land mit den im Jahre 2010 verfallenden Konzessionen um? Der Landeshauptmann spricht in seinem Bericht über eine gemeinsame Gesellschaft SEL-EDISON. Offensichtlich will sich das Land jetzt also in die EDISON einkaufen. Was kostet diese Operation und dienen dazu die 432 Millionen Euro oder wie viel davon? Denkt man eventuell auch daran, endlich auch Geld für den Stromverteilungsplan locker zu machen? Nehmen wir einmal an, dass sich das Land in die EDISON einkauft. Wenn man die Konzessionen ausschreibt und sich das Land in die EDISON einkauft, dann kann kein Mensch garantieren, dass eben die SEL-EDISON in den Genuss der Konzessionen kommt. Das Risiko, dass wir uns jetzt in eine Gesellschaft einkaufen, für deren Kraftwerke wir anschließend keine Konzession bekommen, ist groß. Dann wird es eben heißen: "Wir werden das schon so drehen, dass wir in den Genuss der Konzessionen kommen." Das Ding wurde ja schon einmal gedreht, nämlich in Kastellbell-Grurns. Dort hat man die Konzession nicht verfallen lassen, sondern man hat eine laufende Konzession erneuert. Deshalb könne man das auch mit der SEL-EDISON tun. Denkste, sage ich, denn so geht das nicht! In Kastellbell-Grurns lagen keine anderen Gesuche vor, aber bei den 7 EDISON-Kraftwerken werden selbstverständlich mehrere Gesuche vorliegen. Eine Verlängerung der Konzessionen ohne Ausschreibung ist undenkbar, und da kommt jetzt eine andere Geschichte mit ins Spiel, die offensichtlich niemand so richtig wahrnimmt. Mit dem Verfall der Konzessionen im Jahr 2010 geht das Eigentum – die Gebäude, die Wasserfassstellen, die Kanäle usw. – zum Großteil gratis an das Land über. Wenn wir also wieder den Trick 17 anwenden, das heißt die Konzession verlängern, dann verzichten wir im Grunde genommen darauf, dass das Eigentum an das Land übergeht. Da machen wir den gleichen Fehler wie damals in Kastellbell-Grurns. Damals haben wir aufgrund der Verlängerung der Konzession darauf verzichtet, dass das Eigentum an das Land übergeht. Wir haben der EDISON also Geld bezahlt für etwas, was eigentlich uns gehört hat. Als Privatmensch tut man so etwas nicht! Wenn sich das Land also in die EDISON einkauft und im Jahr

2010 die verfallenden Konzessionen verlängert, dann verzichten wir darauf, dass 7 Kraftwerke in das Eigentum des Landes übergehen. Das wäre eine Bankrotterklärung, und eigentlich müsste Landesrat Frick sagen: "So können wir mit Südtiroler Steuergeldern nicht umgehen!" Landesrat Saurer, ich möchte Sie ersuchen, folgende Fragen an die richtigen Stellen weiterzuleiten: 1. Wie ist die Situation mit der ENEL? 2. Was bezweckt man mit der gemeinsamen Gesellschaft SEL-EDISON? 3. Will man die Konzessionen der EDISON neu vergeben oder will man sie verlängern? Landesrat Laimer hat immer staatstragend erklärt, dass das Land alle Stromproduzenten in Südtirol an einen gemeinsamen Tisch holen und mit allen über die prozentuelle Beteiligung an der Energie-Holding in Südtirol verhandeln wolle. Ich bezweifle, ob es diesen Tisch jemals gegeben hat. Ich möchte eine Lanze für jene Energiegesellschaften brechen, die sich über 100 Jahre – Etschwerke – mit dieser Sache auseinandergesetzt haben und jetzt plötzlich ausgetrickst und von der Bühne weggefegt werden, und das alles nur deshalb, weil es die SEL gibt, in die dauernd Geld hineingepumpt wird. Nachdem es sich hier um 432 Millionen Euro handelt, sollte der Landtag schon darüber informiert werden, was mit diesen großen Summen, für die wir danach auch noch die Zinsen zu zahlen haben, bezweckt wird. Es ist schon gut, dass sich der Landeshauptmann wahnsinnig darüber freut, dass wir in Südtirol demnächst 50 Prozent an erneuerbarer Energie haben werden. Logischerweise kann die Po-Ebene da nicht mithalten! Ich verhehle ja nicht, dass im Bereich der Energie einiges getan wurde. Wenn man von erneuerbarer Energie spricht, dann darf man den Verkehr nicht aussparen, denn das widerspricht dem europäischen Standard. Damit lügt man sich in die eigene Tasche!

Ein paar Worte noch zu einer Entwicklung, die ich mit großer Sorge betrachte. Erneuerbare Energie hat eine riesige Gewinnspanne. Spätestens innerhalb von acht Jahren ist aufgrund des hohen Strompreises jegliche Investition abgezahlt, und deshalb boomt die Geschichte mit den Wasserkraftwerken. Wir wissen ja, wie viele Gesuche aufliegen. Es ist besorgniserregend, dass wir jedes Gebirgsbächchen bis zum letzten Tropfen ausbeuten, aber das kennen wir ja. Eine Geschichte, die wir noch nicht kennen, ist, dass clevere Leute in dem Augenblick, in dem es kein Wasser mehr zum Ausbeuten gibt, sagen: "Grünzertifikate bekomme ich auch für Kraftwerke, die Strom produzieren. Anstelle von Erdöl gebrauche ich einfach Palmöl." Die Grünen haben im nationalen Haushaltsgesetz einen kleinen Riegel verschieben können, aber ich befürchte, dass der Boom für die Errichtung von Wasserkraftwerken nahtlos ersetzt werden könnte, nämlich durch den Boom für die Errichtung von Palmöl-Kraftwerken. Der Mechanismus ist nämlich derselbe. Aufgrund der Grün-Zertifikate kann man innerhalb kurzer Zeit große Gelder machen. Es ist zynisch - ich habe mit Landesrat Laimer diesbezüglich ja schon mehrere Diskussionen geführt -, dass man thermoelektrische Werke mit Grün-Zertifikaten fördert, während parallel dazu Regenwälder gerodet werden, Palmöl kilometerweit transportiert wird, in Rotterdam landet und dann mit Lkw's nach Südtirol gebracht wird. Und das mit Genehmigung unseres Umweltlandrates Laimer? Das ist ökologisch und sozial unverträglich! Ich ersuche wirklich darum, eine

solche ökologische Zerstörung, die viel Geld bringt, zumindest politisch zu unterbinden. Ich möchte auch noch an das Versprechen von Landesrat Laimer erinnern, dass die SEL für die Konzessionen der Etschwerke kein Ansuchen machen werde. Siehe da, selbstverständlich hat die SEL auch für die Konzessionen der Etschwerke angesucht. Es ist nicht sehr fair, traditionsreiche Stadtbetriebe einfach deshalb auszuschalten, um die Milliarden des Landeshaushaltes zu sichern.

Ich komme jetzt zu einem weiteren Thema. Ich habe vorher darauf hingewiesen, dass sich das Kapitel für Wirtschaftsförderung auf 63 Millionen Euro angestiegen ist. Ich habe meinen Augen nicht getraut, als ich den Artikel gelesen habe, mit welchem man zwei neue Zuggarnituren ankaufen will, wofür man 18 Millionen Euro ausgeben müsste und die Verschuldung dafür auslagert. Leider Gottes hat man also nicht das Geld, um den öffentlichen Personennahverkehr mit entsprechendem Geld aufzustoßen. Das Land übernimmt eine Bürgschaft für 18 Millionen Euro für die STA, damit dieselbe im nächsten Jahr die Zuggarnituren ankaufen kann. Wir, die wir für alles und jedes Geld haben, müssen den öffentlichen Nahverkehr auf Pump finanzieren, damit im Wahljahr eben irgendein "Trappile" fährt. Man sollte korrekterweise hineinschreiben, was dann fahren wird. Das, was da abgezogen wird, ist beschämend! Wenn ich mir das Kapitel betreffend den öffentlichen Personennahverkehr genauer anschau, dann stelle ich fest, dass die großen Neuerungen, die Landesrat Widmann täglich verkauft, im Grunde genommen erst nach den Landtagswahlen eintreten werden. Wenn man den Menschen neue Zuggarnituren verspricht, dann muss dieses Versprechen auch einhalten! Dass man genau in diesem Bereich nicht das nötige Geld hat und Schulden machen muss, beschreibt den Stellenwert, den dieser Bereich hat. Das Funktionsziel 12 – Transport und Kommunikation – nimmt um 11 Millionen Euro zu, also alles andere als 50 Millionen Euro, von denen Landesrat Widmann dauernd spricht. Eine Million Euro geht an die Seilbahnen und zehn Millionen Euro gehen an das Fahr sicherheitszentrum und Anlagen der "beni gratuitamente devolubili". Das sind jene Anlagen, die gratis an den Staat übergehen. Es liegt also die Vermutung nahe, dass der Flughafen dahinter ist. Man erzählt der Bevölkerung sehr viel, aber in Wirklichkeit fließt das Geld woanders hin. Bei den Toblacher Gesprächen im Jahre 1994 habe ich mit Landesrat Laimer über den Südtirol-Takt diskutiert. Es ist wunderbar, wenn man jetzt endlich verstanden hat, was zu tun ist, aber es müssen auch die notwendigen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Noch etwas, und jetzt trifft es Sie, Landesrat Mussner, so leid es mir auch tut. Wenn man will, dass die Menschen vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, dann muss man in das Konkurrenzprodukt investieren, es massiv lancieren und am alten Produkt, also an der Straße, nichts verändern. Wie tun wir denn mit der Straße, die man den Pendlern ja abspenstig machen sollte? Wenn wir uns die Kapitel anschauen, so werden in den nächsten drei Jahren mehr Gelder in die Straße als in die Schiene investiert. Ich zitiere eine unbefangene Zeugin, nämlich die "Wirtschaftszeitung", die vor kurzem über die Umfahrungen berichtet hat: *"193 Milliarden Euro wurden in Südtirol bereits investiert, für 146 Millionen Euro*

wird derzeit gebaut, knapp 449 Millionen Euro sollen in den kommenden Jahren ausgegeben werden. Das macht insgesamt 788 Millionen Euro aus." Wenn man eine Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene will, dann muss man sich entscheiden, was man den Bürgern schmackhaft machen will. Wir machen beides schmackhaft, und zumal das Auto den Menschen immer noch näher ist als der Zug, werden sie nicht vom Auto auf den Zug überwechseln.

Nachdem Landesrat Saurer offensichtlich interessiert zuhört, möchte ich mich noch kurz mit einem Aspekt beschäftigen, der uns Ende Jänner beschäftigen wird. Es geht um das Thema "Schule". Ich bin mir sicher, dass Sie mit mir übereinstimmen, wenn ich sage, dass das, was der Landeshauptmann in seinem Bericht über die Schule schreibt, schon ein bisschen mager ist. Die Botschaft lautet: Vision 2010: Es wird keine Immersion geben! Das ist die Botschaft des Landeshauptmannes bezüglich Bildung. Dieses Agieren mit Reizbegriffen ist für einen Menschen, der sich sonst überall so gut auskennt, ein Armutszeugnis. Meiner Meinung nach sollte man sich immer mit Vorsicht wappnen, wenn der Landeshauptmann irgendwann einmal in der Nacht eine geniale Idee gebiert. Denken wir nur an die Sprachzentren. Der Landeshauptmann versteht diesbezüglich nichts und möge das endlich auch einmal zugeben. Das Verständnis, dass Bildung und Lernbereitschaft vom Umfeld abhängen, fehlt ihm und das wird er auch nicht mehr lernen. Der Landeshauptmann entschuldigt sich auf Seite 4 in seinem Bericht bei den Lehrern, dass die Politik jetzt einen Rahmen vorgibt und dass das kein Misstrauen sei. Das wäre ja noch schöner! Ich bin eine eifrige Verfechterin der Rolle der Politik hinsichtlich der Bildung. Wo kämen wir denn hin, wenn die Politik nicht den Rahmen vorgeben würde? Das ist ihre ureigenste Aufgabe, denn sie hat dafür zu sorgen, dass alle Menschen dieselben Bildungschancen haben. Deshalb hat sie die Bildungsziele vorzugeben und dafür zu sorgen, dass sie auf vielfältigster Ebene erreicht werden. Ich bin auch Ihrer Meinung, dass nicht jeder das Gleiche wissen muss. Ich komme von der Frauenoberschule und war immer eine Verfechterin der Verknüpfung von Praxis und Wissen. Die Autonomie der Schulen spielt eine große Rolle, denn die Schulen müssen die Bildungsziele nach bestem Wissen und Gewissen verfolgen. In der Frage der Methode darf ihnen aber niemand dreinreden. Wenn die Schulen die Bildungsziele erreichen, dann sollten wir ihnen dazu gratulieren. Es ist so lächerlich und kleinkrämerisch, die Bildung an der Frage aufzuhängen, ob man ein Fach in einer zweiten Sprache unterrichten darf oder nicht. Die Frage, wie wir mit den drei Schulsystemen umgehen, wird eine große Rolle spielen. Ich wiederhole noch einmal das, was ich bereits im Rahmen der zu diesem Thema abgehaltenen Anhörung gesagt habe. Hier meine ich Landesrätin Gnecci wie Landesrat Mussner und Landesrat Saurer. Wir befinden uns im europäischen Kontext und müssen uns europäischen Bildungszielen anschließen. Aufgrund unserer ausgezeichneten Ausgangslage, drei Sprachgruppen im Lande zu haben, werden wir viel exportieren können. Wir orientieren uns an europäischen Bildungszielen, schaffen es aber nicht, drei Schulsysteme auf ein gemeinsames Bildungsziel festzusetzen. Das kann es doch nicht sein! Im Bildungs-

gesetz wird nichts oder wenig festgelegt: es gibt nach Sprachgruppen getrennte Rahmenrichtlinien, die vorsehen, dass die Sprachgruppen die Möglichkeit haben, in ihrer monoethnischen Schule konstruktive und kreative Sprachexperimente zu betreiben. Ich wollte damit nur die Absurdität der Situation darlegen. Wir sollten doch darauf schauen, die Schultypen näher aneinanderzubringen. Die einen sollten von den anderen lernen können. Ein Letztes noch. Legen wir doch wenigstens die Evaluationsbeiräte zusammen! Es ist doch absurd zu sagen: "Nein, wir Deutschen kümmern uns nur um die deutschen Schulen!" Das ist einfach anachronistisch! Es geht hier nicht um die Frage der Immersion! Es geht darum, Bildung für alle zuzulassen und möglichst alle Potentiale, die nur wir in Südtirol haben, zu nützen. Wenn diese ideologischen Scheuklappen abgelegt würden, dann könnte man viel tun. Jeder von uns würde seine Kinder nach England schicken, damit sie die englische Sprache lernen. Jeder Mensch weiß, dass man Sprachen im Kontakt lernt. Das ist eine europäische Eigenschaft, die wir uns aneignen müssen, ob Frau Klotz und Landeshauptmann Durnwalder wollen oder nicht. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch ein paar Worte in Bezug auf die Schulkinder mit Migrationshintergrund verlieren. Ich war gestern bei einem ausgezeichneten Vortrag einer Frau aus Nordrhein-Westfalen, die dort diese Arbeitsgruppen betreut. Dort regiert die CDU, damit die SVP ja nicht beunruhigt ist. Diese Frau hat einen Satz gesagt, der einfach zu gut war, um ihn Euch vorzuenthalten: *"Man lernt Sprache nicht auf Vorrat."* Das Konzept, das hinter den Sprachzentren steckt, ist einfach pervers und didaktisch durch nichts haltbar: "Liebes Kind aus Albanien, geh Du mal schön in das Sprachzentrum, dann lernst Du die deutsche Sprache. Wenn Du sie gut beherrschst, darfst Du mit den anderen Kindern spielen." So lernt man Sprache nicht! Das ist die Voraussetzung für Bildung, und ich ersuche die drei Schullandesräte noch einmal darüber nachzudenken, was man tun kann, um die Trennung bei den Evaluationsbeiräten, bei den Aus- und Fortbildungen usw. aufzuheben. Es ist absurd, die Muttersprachler von den Zweitsprachlern zu trennen. Man könnte mit so wenig Geld einen Mordsprung in die Zukunft machen, wenn man nur wollte.

Zwei Worte noch zum Thema "Frauen". Auch diesbezüglich ist der Landeshauptmann ein profunder Kenner der Materie. Er sagt, dass Familienpolitik auch Frauenpolitik sei und man die Frauenproblematik jetzt lösen werde, indem man diesen historischen Klotz am Bein – entschuldige, Eva – entfernt. Das ist die Vision des Landeshauptmannes für das Jahr 2010! Von diesem historischen Klotz haben wir uns schon selbst gelöst. Sämtliche jüngere Jahrgänge haben bessere Bildungsnoten, lesen mehr, sind motivierter, leben gesünder usw. Nun gilt es, die gesellschaftlichen Strukturen und Zwänge zu verändern. Da wäre ein bisschen mehr Dialogbereitschaft sei es von Seiten der Landesregierung als auch von Seiten der SVP-Frauen angebracht. Natürlich ist es nicht leicht, gesellschaftliche Zwänge zu durchbrechen. Ich weiß auch nicht, ob Gesetze genügen oder nicht. Mir kommt es darauf an zu verhindern, dass neue gesellschaftliche Zwänge entstehen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal auf das strukturelle Problem der Pflegesicherung hinweisen. Da kann der Landeshauptmann

noch so oft sagen, dass die Onkels und Neffen liebevoll zu Hause pflegen. Ich kenne weder einen Onkel, noch einen Neffen, die zu Hause pflegen. Ich kenne allerdings eine ganze Reihe von Frauen in meinem Alter, die bis zur psychischen und physischen Erschöpfung pflegen. Wenn wir nicht vorsehen, dass die Pflege in die Verantwortung von Mann und Frau fällt, dann werden die Frauen gezwungenermaßen und nicht freiwillig zu Hause bleiben. Vor dieser Dynamik habe ich Angst! Wer eine alte Mutter oder Tante zu pflegen hat und niemanden hat, der die alte Tante, auch gegen Bezahlung, verlässlich pflegt, kann keinem Beruf nachgehen. Wenn diese Personen also zu Hause bleiben, um ihre Angehörigen zu pflegen, dann muss es selbstverständlich sein, dass diese Pflegezeiten voll abgesichert sind. Da wäre tatsächlich Großzügigkeit angebracht. Beim Kauf von Immobilien wird Geld hinausgebuttert. Freunde bekommen Vorinformationen, kaufen günstig Immobilien und verkaufen sie über Zwischengesellschaften teuer an die öffentlichen Einrichtungen weiter. Bei der Absicherung von Pflegenden knausert man aber!

Ich komme zum Schluss. Der Landeshauptmann hat sich in einer Vision bis zum Jahr 2010 versucht. Wenn wir uns dann aber die Zukunftsplanung anschauen, so stellt man Folgendes fest: kein LEROP, so gut wie nicht existierende Fachpläne, da man sie dauern abändern kann, "Omnibusse" über "Omnibusse". Man lebt einfach in den Tag hinein und betreibt Klientel-Betreuung und Klüngel-Wirtschaft.

PASQUALI (Forza Italia): Chiedo scusa se in alcune parti del mio intervento mi rivolgerò direttamente al presidente Durnwalder che ritengo di avere come interlocutore diretto, che peraltro è assente giustificato per un importante incontro.

Ho letto la relazione del presidente sul bilancio di previsione 2008 che nel contenuto è di stampo esclusivamente politico. Condivido il suo ottimismo nel prospettare la situazione nella nostra provincia nel 2010, ma sicuramente non su tutti gli argomenti da lui trattati posso essere d'accordo. Mi auguro anzitutto che non ci siano più conflitti etnici, perché l'Europa dovrebbe far giustizia delle distinzioni etnico-linguistiche in presenza di una società sempre più multilingue e multiculturale. Sono d'accordo sul tunnel del Brennero, che è palesemente connesso con il traffico della nostra provincia, i cui lavori di costruzione comporteranno qualche anno di sacrificio per la popolazione altoatesina, ma ho timore che nel 2010, data da Lei indicata – mi rivolgo al presidente Durnwalder – a titolo esemplificativo, saremo sempre più penalizzati dal traffico, soprattutto dai mezzi pesanti che non hanno altro sbocco, altre strade da percorrere. In questo settore noto delle contraddizioni nell'atteggiamento della Giunta provinciale. Se si teme l'aumento indiscriminato del traffico, perché non si affronta coraggiosamente l'argomento per trovare una soluzione? Perché non realizzare la terza corsia dell'autostrada A22? Perché non realizzare una superstrada in val Venosta e una in val Pusteria in quel terribile tratto fra Bressanone e Brunico sempre oberato di traffico intensissimo? Che motivo c'è di impedire l'ultimazione dell'Alemagna nel breve tratto altoatesino sapendo che verrebbe scaricato gran parte del traffico nel

tratto Bolzano-Dobbiaco-Lienz? Il tutto si può realizzare con la massima attenzione, il massimo rispetto per l'ambiente e per la natura, basta agire con grano salis.

Quando Lei parla di traffico, pone l'accento soprattutto sulla mobilità ferroviaria, parlando dei treni della val Venosta e della val Pusteria, ma dribblando il delicato tema dell'aeroporto. Non ha senso un aeroporto di serie C come quello costruito a Bolzano, se lo scopo è quello di rendere possibile l'accesso alla nostra provincia al grande flusso turistico in antitesi al traffico stradale o ferroviario. È necessario allungare la pista di atterraggio, fare dell'aeroporto un aeroporto moderno e funzionale che contribuisca allo sviluppo turistico della nostra provincia. Non ha molto significato un mezzo aeroporto come quello che esiste oggi. So che Lei è favorevole, signor presidente, al salto di qualità, bisogna coraggiosamente portare a termine l'iniziativa. Saremmo anche in grado di dimostrare che il traffico aereo porta minor inquinamento atmosferico di quello creato dal traffico stradale.

Mondo del lavoro. Non tutto è così roseo come dipinto nella relazione del presidente. È vero che si offrono grandi possibilità per i lavori di basso livello sociale ed economico, ma vi è invece grande difficoltà per trovare un lavoro adeguato ai numerosi laureati e numerosissimi diplomati. Non per niente si assiste alla deprecata fuga di cervelli dall'Alto Adige. Che cosa si fa per trattenere in provincia quelli che grazie al titolo di studio raggiunto con grandi sacrifici potrebbero essere i dirigenti di domani? Non tutti possono essere assunti da "mamma Provincia" che è la più grande azienda della provincia.

Sanità. La salute è il più grande dono per l'uomo, quindi è giusto investire gran parte delle risorse in questo settore. Sono d'accordo con Lei sul concetto sì alla libera professione, no alla medicina a due classi. L'unico neo è l'applicazione della proporzionale nel settore della sanità con le conseguenze che molto spesso abbiamo un primario di un gruppo linguistico indegno di occupare un posto dal punto di vista meritocratico che spetterebbe ad un più valente medico dell'altro gruppo. Per questo avevo proposto un'eccezione all'applicazione della proporzionale limitata al settore della sanità. Sappiamo poi, se ci rechiamo in ospedale, che gran parte del personale è costituito da extracomunitari, quindi da persone che sicuramente fanno parte della proporzionale molto discutibile per quello che riguarda l'appartenenza etnico-linguistica.

Scuola. Ho sempre sostenuto e difeso il bilinguismo in Alto Adige, conscio che la conoscenza dell'altra lingua sia uno strumento di comunicazione e di convivenza. Credo anche che se fosse realizzato un effettivo bilinguismo in Alto Adige, non ci sarebbe più bisogno di proporzionale e di censimento etnico, ma siamo ancora molto lontani dal raggiungere l'obiettivo. Allora o si aumentano le ore della seconda lingua sia nelle scuole italiane che in quelle tedesche, in modo che un alunno esca dalla scuola bilingue, oppure utilizziamo altri mezzi. Qui non sono d'accordo al divieto dell'immersione linguistica. Lasciamo stare l'articolo 19 dello statuto di autonomia, che può essere interpretato in vari modi, ma non vedo come l'immersione linguistica possa compromettere l'identità etnica, se all'istituto Marcelline il bambino italiano in alcune

ore di lezione in lingua tedesca impara il tedesco senza mai perdere la propria identità. Nelle scuole ladine dove il bambino ladino fa alcune ore in lingua italiana e altre in lingua tedesca perde la propria identità? No, la conclusione è invece che conosce tre lingue rimanendo con l'identità ladina! Ricordo che molti anni fa il presidente Silvius Magnago sosteneva che il bambino non può imparare la seconda lingua fino a sei anni, perché fa una confusione terribile fra le due lingue. Ho due figli che a quattro anni parlavano indifferentemente italiano e tedesco, ho due nipoti che alla tessa età, quattro anni, parlavano indifferentemente italiano, tedesco e inglese. Nell'apprendimento precoce dunque c'è un grande arricchimento linguistico e culturale, per raggiungere il quale bisogna anche fare qualche forzatura, se qualcuno ritiene, ma non sono d'accordo, che ci possa essere una violazione dell'art. 19 dello Statuto di autonomia.

Sicuramente la costituzione dell'università a Bolzano è stata una grande conquista e non può che portare vantaggi alla nostra comunità per quanto riguarda il futuro, visto e considerato che anche sotto il profilo delle lingue adottate si potrà arrivare ad una sorta di trilinguismo: italiano, tedesco e inglese. Anche in questo settore universitario occorre maggior coraggio ed istituire facoltà nuove o corsi di specializzazione nuovi improntati alle iniziative economiche più in auge nella nostra provincia.

Su un altro argomento sono d'accordo con Lei, presidente, il vittimismo della comunità linguistica italiana, che pare purtroppo estranea all'autonomia di questa provincia. Ci sono peraltro delle ragioni storiche, culturali, ambientali. La comunità linguistica italiana è il coacervo di popolazioni provenienti da numerose regioni d'Italia che non sono riuscite in 90 anni di appartenenza dell'Alto Adige all'Italia ad amalgamarsi, ad integrarsi, a sentirsi parte di questa terra, anche per le differenze socio-economiche e per le divisioni politiche. Ho sempre combattuto questa tendenza, perché essendo nato e cresciuto a Bolzano, avendo qui studiato, avendo una moglie di lingua tedesca di Bolzano, mi sono sentito profondamente radicato in questa terra che è la mia terra, e ho sempre pensato che tutti gli altoatesini di madrelingua italiana che qui vivono devono sentire la stessa convinzione se vogliono partecipare allo sviluppo e al progresso della loro provincia e aspirare a governarla assieme alla componente di lingua tedesca. Faremo di tutto dunque per diffondere questa tendenza, l'identità territoriale della comunità linguistica italiana.

Pienamente d'accordo sull'assistenza ai familiari e sugli assegni ai non autosufficienti. Per quanto riguarda la RAI e i programmi di Sender Bozen ci piacerebbe che venisse dedicata alla comunità linguistica italiana dell'Alto Adige lo stesso spazio che viene lasciato ai programmi di lingua tedesca, per questioni di parità e di pari dignità. Il gruppo linguistico italiano è minoranza etnico-linguistica in questa provincia, meriterebbe di potersi confrontare il programmi del tipo "Pro und Kontra" per far sentire alla popolazione la propria voce. Lei, presidente della provincia e dell'intera popolazione altoatesina senza distinzione di lingua o di etnie, faccia in modo di ottenere dalla RAI l'autonomia televisiva per il gruppo linguistico italiano!

Ricerca e innovazione. Ben vengano i progressi in questo campo. È stata varata una legge importantissima, mancano però ancora i risultati. Auguriamoci che dalle risorse umane altoatesine scaturiscano delle risorse umane che consentano anche l'impegno di manodopera qualificata e di occupazione di posti di lavoro.

Economia dinamica. Forza Italia, molto spesso in contrapposizione con il partito di maggioranza su questioni di carattere etnico, peraltro sempre su posizioni di convinto europeismo, è d'accordo sulle iniziative di carattere economico laddove possano portare ad uno sviluppo della nostra società anche a lungo termine. Così è stato per la Mebo, per l'università, per l'aeroporto, oggi per il tunnel del Brennero. Ma non basta. Occorre incentivare la produzione nei settori propri delle economie altoatesine, soprattutto il turismo e l'artigianato, eliminando, ove possibile, tutte le pastoie burocratiche. C'è da chiedersi con giustificato timore che cosa sarebbe dell'Alto Adige se non le venissero riconosciuti i 9 mila miliardi di vecchie lire da parte dello Stato italiano ogni anno, timore che appare giustificato dallo stato prefallimentare del governo Prodi che la SVP continua ad appoggiare con vocazione suicida. C'è da chiedersi se l'Alto Adige sarebbe in grado di prosperare ugualmente senza questa indennità annuale.

Cultura. È un argomento che mi sta particolarmente a cuore, perché ritengo la cultura un grandissimo strumento di progresso e di sviluppo della popolazione anche se difficilmente misurabile. La cultura è chiaramente vincolata alla scuola, perché è quest'ultima che deve dare l'input agli alunni di amore o di una vocazione alla cultura. Dipende molto dalla bravura, dalla competenza, dalla passione degli insegnanti gettare il seme della cultura. In questo delicato settore, a parte la musica che unisce i cittadini di ambedue le lingue, italiana e tedesca, purtroppo la lingua divide, anche se ci possono essere manifestazioni bilingui che possono soddisfare l'esigenza dei due gruppi principali. Vi è dunque una cultura italiana legata a Dante, Leopardi e Carducci, una cultura tedesca legata a Goethe, Schiller, Heine. Ebbene a mio parere si investe troppo poco in cultura, quella vera, fermandosi a delle manifestazioni che sono a metà strada fra cultura e fraintendimento dell'arte e della cultura. Più denaro, più sovvenzioni alla cultura, specie a quella di lingua italiana, perché si educi la popolazione ad un più ampio campo di conoscenza e di sviluppo intellettuale.

Solidarietà sociale. Credo che la ricca provincia di Bolzano possa dedicare più contributi annuali all'aiuto dei paesi poveri con un aiuto diretto, mirato a determinate associazioni o comunità di fiducia e non ai governi. Abbiamo purtroppo il triste esempio di denaro dedicato all'assistenza finito nelle tasche di governanti senza scrupoli che hanno privilegiato il proprio interesse a quello della povera popolazione amministrata. Ci sono delle organizzazioni di volontariato qui in Alto Adige di alto profilo morale, che operano direttamente per alcune comunità site in Africa o in India, che possiamo aiutare con la consapevolezza che il denaro viene investito nella giusta direzione e che il denaro va direttamente alle popolazioni. Se si parte da questo concetto,

possiamo anche aiutare maggiormente le popolazioni povere e disagiate e fare della solidarietà sociale un fiore all'occhiello della nostra provincia.

Immigrati. È vero che quello degli immigrati è un argomento che più di ogni altro fa affiorare le emozioni. Non c'è dubbio che gli immigrati sono necessari come forza lavoro per svolgere una parte di quei lavori che gli altoatesini non effettuano più da tempo e tanto di cappello per coloro che lasciano la loro patria per ragioni di sopravvivenza e contribuiscono con il loro lavoro al progresso della società. Ma se si è grati di questa collaborazione da parte di chi lavora onestamente, dobbiamo difenderci dall'immigrazione clandestina e selvaggia. Anche se sul piano personale possiamo essere presi dalla compassione o da un innato senso di solidarietà, quali politici dobbiamo avere la responsabilità di renderci conto del pregiudizio subito dalla popolazione locale in presenza dell'abusivismo e dell'illegittimità dell'immigrazione selvaggia. Due misure dunque per chi in situazione regolare cerca di integrarsi nella nostra società e ha un lavoro legittimamente retribuito e chi invece entra abusivamente nella nostra provincia, con il grave rischio che per sopravvivere commetta reati o entri nel mondo della delinquenza.

Un altro argomento trattato dal presidente della Giunta provinciale riguarda la costituzione della BLS, ovvero la "Business Location Südtirol". Essa può essere valutata positivamente o negativamente. Sicuramente attraverso la BLS la Provincia si trasforma in imprenditrice, dando uno schiaffo al libero mercato, creando una forma di socialismo reale. Poiché l'attività della BLS deve ancora iniziare, attendiamo gli esiti delle iniziative concrete e pratiche prima di poterci pronunciare definitivamente.

Posso concordare su alcune critiche che ha fatto la consigliera Kury circa l'eccessivo indebitamento della Provincia, che va evitato, perché credo che bisogna agire sempre con i piedi di piombo e tener conto delle effettive entrate nel bilancio per evitare ogni forma di indebitamento. Ci sono tanti argomenti trattati dal presidente, e sui dettagli delle spese mi riservo di prendere posizione in sede di discussione sui capitoli di spesa.

Credo che volutamente si siano evitati alcuni argomenti fondamentali. Nel roseo panorama dell'Alto Adige tratteggiato dal presidente non si parla di autodeterminazione, di toponomastica, di autonomia dei comuni, argomenti sui quali forse sarebbe stato necessario prendere posizione scontentando qualcuno. Anche se non trattati, i problemi esistono e vanno risolti, perché è chiaro che questi possono essere fonti di conflitto per il futuro. Io sono convinto che se riusciremo ad affrontare e a risolvere questi problemi che generano conflitti. Credo che potremo dire di avere un'autonomia condivisa e potremo veramente aspirare a diventare la provincia simbolo dell'Europa, la provincia ideale, simbolo di convivenza.

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Sull'ordine dei lavori. Considerato l'interesse estremo che quest'aula dimostra per la discussione in corso e la grande presenza dei consiglieri attenti a ciò che accade, volevo chiedere al Presidente di sospendere i lavori fino a domani mattina. Nel caso che la Sua risposta fosse negativa, chiedo che sia l'aula ad esprimersi.

PRESIDENTE: Io ho un elenco di consiglieri iscritti a parlare, e il mio dovere è scorrerlo.

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Io non ho chiesto che Lei scorra i nomi, ho chiesto di chiudere la seduta. Dal punto di vista regolamentare lo posso chiedere e lo faccio preso atto dell'alta presenza di consiglieri qui presenti. Di conseguenza il grosso interesse dimostrato per questa discussione mi pone nelle condizioni di chiedere una sospensione dei lavori. Se il presidente non me la concede, chiedo che la mia richiesta venga posta ai voti dell'aula, sempre che ci sia il numero legale.

PRESIDENTE: C'è una proposta di sospensione della seduta. Chiedo ai colleghi se ci sono pareri contrari. La Giunta provinciale per bocca della vicepresidente Gnechchi è per proseguire i lavori.

Ha chiesto la parola il consigliere Pöder sull'ordine dei lavori.

PÖDER (UFS): Ich bin auch dagegen, dass die Sitzung jetzt unterbrochen wird, wenn nicht vorher über diesen Vorschlag abgestimmt wird.

PRESIDENTE: Visto che ci sono pareri discordi sulla proposta, metto ai voti la richiesta di interrompere i lavori fino a domani. Prego un segretario questore di contare, perché il consigliere Seppi ha chiesto la verifica del numero legale. Siamo in 16, manca il numero legale. Interrompo la seduta per 20 minuti.

ORE 17.41 UHR

ORE 18.01 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Metto nuovamente in votazione la richiesta per chiudere la seduta: respinta a maggioranza con 1 voto favorevole, 5 astensioni e i restanti voti contrari.

Continuiamo quindi in discussione generale. Scorrendo le prenotazioni vedo che molti consiglieri non ci sono. La prima consigliera iscritta a parlare che è anche presente è la consigliera Stirner Brantsch, prego.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Danke, Herr Präsident! Zunächst möchte ich sagen, dass mir vorkommt, als ob wir hier in einem Theater wären. Ich finde es einfach nicht richtig, dass sich Leute vormerken und dann einfach verschwinden und nicht mehr auffindbar sind. Diesen Unmut möchte ich zum Ausdruck bringen, bevor ich zum Haushalt Stellung nehme!

PRESIDENTE: I consiglieri chiamati che non sono presenti vanno naturalmente cancellati dalla lista.

STIRNER BRANTSCH (SVP): Der Landeshauptmann widmet einen großen Teil seines Berichtes der Bildungspolitik, der Familienpolitik und der Mobilität, Bereiche, die auch für mich sehr wichtig sind. Ich beginne mit dem Thema "Schule", genauer gesagt mit der PISA-Studie, um die zur Zeit viel Rummel gemacht wird. Meiner Meinung nach ist dieser Rummel angebracht, und ich finde, dass die Ergebnisse nicht unbedingt die Qualität der Schule in Südtirol wiedergeben. Ich weiß, dass Landesrat Saurer sich bestimmter Mängel in Bezug auf die Schule in Südtirol bewusst ist und sich für die Behebung dieser Mängel einsetzt. Er stößt aber innerhalb der Landesregierung immer wieder auf Schwierigkeiten.

Es ist zu begrüßen, dass für den Bereich der Schule eine Aufstockung des Personals vorgesehen ist. Man begründet die Aufstockung im Bereich des Schulpersonals damit, dass die Anzahl der Schüler gestiegen sei. Man müsste da aber auch noch andere Argumente heranziehen, und ich frage mich, wo die höchst überfällige Aufstockung des Personals im Bereich Integration bleibt. Der im Omnibus-Gesetz vorgesehene Schlüssel – auf 108 Schüler ein Integrationslehrer – entspricht leider nicht dem wirklichen Bedarf. Man verwendet immer wieder Schlagworte wie Personalisierung und Individualisierung und betont auch immer wieder, dass man auf die einzelnen Bedürfnisse der Schüler eingehen müsse. Hier ergeht auch ein Appell an die Lehrerschaft, mit mehr pädagogischem Einsatz zu Werke zu gehen. Hierfür muss man den Lehrern natürlich jegliche Hilfestellung gewähren. Meiner Meinung nach gibt es zu wenige Integrationslehrer, weil der Bedarf zugenommen hat. Auch die Ausbildung der Integrationslehrer ist zum Teil mangelhaft. Sehr oft werden Lehrer, die sonst nirgends mehr eine Stelle erhalten, oder Lehrer, die selbst psychische Probleme haben und nicht mehr imstande sind, für einen normalen Unterricht zu sorgen, im Bereich der Integration eingesetzt. Da läuft also schon einiges schief. Schüler und Schülerinnen mit Lernschwierigkeiten haben ein Anrecht auf eine besondere Betreuung. Ich habe eine Liste, die genau belegt, welche Störungen vorliegen müssen, um eine Funktionsdiagnose zu erhalten. Nur jene Kinder, die eine Funktionsdiagnose haben, bekommen gezielten Stützunterricht, während alle anderen, die nur eine Funktionsbeschreibung haben, diese gezielte Betreuung nicht bekommen. Es hat Änderungen der Bestimmungen gegeben, und ich muss sagen, dass sehr viele Kinder, die eigentlich eine gezielte Betreuung bräuchten, nicht mehr in diese Kategorie hineinfallen. Das ist verantwortungslos!

Ich appelliere ganz fest an Sie, Herr Landesrat, denn ich weiß, dass Sie mir Recht geben. Ich appelliere aber auch an Ihre Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung, sich vermehrt mit dieser Thematik auseinanderzusetzen und nicht am falschen Ort zu sparen. Bei zahlreichen Gesprächen, die ich mit Mitarbeitern in der Behindertenbetreuung geführt habe, ist ein weiteres Problem zu Tage getreten, nämlich, dass größtenteils nur Teilzeitstellen angeboten werden. Wenn die BehindertenbetreuerInnen also im gleichen Bereich weiterarbeiten wollen, dann sind sie gezwungen, eine Teilzeitstelle anzunehmen. Man versucht, Lösungen für die Probleme im Bereich der Schule zu finden. In diesem Zusammenhang gibt es eine wunderbare Einrichtung, nämlich die Beratungslehrer. Ich bin der Meinung, dass Beratungslehrer eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen haben. Sie müssen auch eine ganz spezifische Ausbildung absolvieren, aber wenn sie dann in der Schule sind, dann kommen sie nicht dazu, diese wertvolle Hilfe auch wirklich an ihre Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben, weil sie selbst schon einen vollen Lehrstuhl haben. Auch das müsste man sich meiner Meinung nach einmal näher anschauen.

Es gibt auch pädagogische Beratungszentren, an die sich Eltern, Lehrer oder Schüler wenden können. In Südtirol gibt es fünf pädagogische Beratungszentren, die völlig unterbesetzt sind. Das pädagogische Beratungszentrum im Burggrafenamt ist mit drei Personen - eine Integrationsberaterin, eine Schulberaterin und eine Gesundheitspädagogin - besetzt. Diese drei Personen sind für eine Anzahl von 10.000 bis 15.000 Schülern zuständig, und ich frage mich schon, wie das zu bewältigen ist. Frau Paggi hat in einem Bericht der Dienststelle für Gesundheitserziehung, Integration und Schulberatung Folgendes geschrieben: *"Festzustellen ist eine Zunahme der Beratungstätigkeit in den Bereichen Lern- und Wahrnehmungsstörungen sowie der Verhaltensauffälligkeiten. Hoch sind die Anfragen zur Thematik der Schulbereitschaft von Kindergartenkindern und zum Umgang mit Unterschiedlichkeiten in der Klasse."* Ich frage mich schon, wer für die Betreuung der Kinder mit Funktionsdiagnose bzw. Funktionsbeschreibung und für die Beratung der Lehrer und Eltern zuständig sein soll. Eine weitere sehr sinnvolle Figur ist jene des Sozialpädagogen. In Südtirol gibt es insgesamt drei Sozialpädagogen, die an Schulen tätig sind, die schwierige Situationen zu bewältigen haben. Was tun wir mit nur drei Sozialpädagogen? Wie gesagt, es zeigt sich, dass ein großer Bedarf besteht, bestimmte Berufsbilder und Beratungsstellen im Bereich der Schule zu potenzieren. Ich warne vor einem Ausufern der Situation. Ich habe manchmal das Gefühl, dass einige Mitglieder der Landesregierung überhaupt nicht wissen, was in den Schulen los ist. Natürlich muss in Zusammenhang mit einer Personalaufstockung auch von den Kosten gesprochen werden, aber wenn diese Situation nicht in den Griff zu bekommen ist, dann müssen wir uns mit ganz anderen Kosten auseinandersetzen. Es gibt viele Möglichkeiten, den Schulen zu helfen. Die Direktoren würden sich einen Pool an Beratern bzw. Psychologen wünschen. Das wäre eine sehr gute Maßnahme, denn jede Schule hat ihre eigene Problematik und könnte sich dann die Hilfe suchen, die sie braucht. Ich möchte noch einmal betonen, dass etwas

getan werden muss, denn die Situation ist wirklich dramatisch. Frau Dr. Ferdigg, die als Inspektorin im Bereich der Integration arbeitet, hat Folgendes gesagt: *"Die Schulen finden zum Teil monatelang keine Ansprechpartner in den psychologischen Diensten, weil von den Sanitätsbetrieben kein Personal aufgenommen wird, auch keine Mütterchaftsvertretungen."* Der Stellenplan in den psychologischen Diensten ist seit 1993 nicht mehr erhöht worden, obwohl es eine enorme Zunahme an Behandlungen und Therapien gibt. Bei Gesprächen mit Vertretern der psychologischen Dienste ist herausgekommen, dass sie einen Großteil ihrer Zeit der Betreuung von erwachsenen Patienten widmen müssen, sodass keine Zeit mehr für Kinder bzw. Patienten im Entwicklungsalter vorhanden ist. Ich habe mit Landesrat Theiner darüber gesprochen, und es ist zu sagen, dass der Personalschlüssel erhöht werden muss. Es kann nicht sein, dass man sechs Monate warten muss, um eine erste Hilfe zu erhalten. Wenn dann eine Diagnose gestellt wird, dann muss man noch einmal sechs Monate warten. Es ist erwiesen, dass Störungen frühzeitig behandelt werden müssen. Ich zitiere noch einmal Frau Dr. Ferdigg: *"Die Wartezeiten für die therapeutischen Angebote sind zum Teil unzumutbar lang. Dadurch verzögern sich die positiven Auswirkungen der Therapie und in der Zwischenzeit muss die Schule die Situationen auffangen."* Da entsteht wirklich ein Teufelskreis, weil die "richtigen" Leute fehlen, die sich darum kümmern können. Im Vinschgau wurden im Jahr 2006 2.200 Patienten behandelt, wobei 63 Prozent derselben im Entwicklungsalter sind. Es ist also nicht so, dass übertherapiert wird. Die Zahlen belegen, dass es zu wenig Personal gibt. Im psychiatrischen Dienst Bruneck werden im Schnitt 100 Minderjährige pro Jahr behandelt. Ich habe auch Zahlen des Kinderdorfes und möchte noch einmal daran appellieren, diese Situation ernst zu nehmen.

Ein paar Worte auch zum Thema Lehrerausbildung. Die Lehrerausbildung, die an der Universität Brixen stattfindet, sieht hinsichtlich des Umgangs mit Lernschwierigkeiten nur eine sehr oberflächliche Vorbereitung vor. Insgesamt wird sehr viel an Theorie vermittelt, aber in Bezug auf die Praxis wird kaum etwas vermittelt. Wenn diese jungen Lehrer dann in eine Schulklasse kommen, dann haben sie keine Ahnung, wie sie mit solchen Situationen umgehen sollen. Ich war gestern Nachmittag bei einer Arbeitssitzung, in der Lehrer und Eltern, die sich stark mit dieser Problematik auseinandersetzen, gesagt haben, dass die Situation entgleitet. Es muss nicht unbedingt eine Schwerpunktschule geben wie beispielsweise die Schule in Brixen, an der Frau Direktor Dr. Dander unterrichtet. Absolut unglücklich bin ich auch über den Englischunterricht in der Volksschule. Ich glaube einfach nicht, dass bei dieser Art von Ausbildung gewährleistet ist, dass die Fremdsprache gut unterrichtet wird. Das ist eine Notlösung, mit der ich persönlich nicht glücklich bin.

Zum Thema Sportunterricht. Ich glaube einfach, dass es, wenn es um die Streichung von Sportstunden geht, eine größere Einflussnahme von Seiten des Schulamtes bräuchte. Bei dieser Gelegenheit betone ich nochmals die Forderung nach Fachlehrern in der Volksschule.

Ein weiteres Anliegen ist natürlich die vermehrte Zusammenarbeit von Schulen und Vereinen. Es wurde ja eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit dieser Thematik auseinandersetzt. Da kann sehr gut zusammengearbeitet werden.

Erfreut bin ich über den Artikel 28, der festlegt, dass es bei der Benützung außerschulischer Gebäude zu keinen Problemen mehr kommt. Ich bin froh, dass das endlich vom Tisch kommt. Es ist nämlich nicht richtig, dass Gemeinden oder Schulen den Sportvereinen Schwierigkeiten machen können, wenn es beispielsweise um die Benutzung von Sporthallen geht.

Ein paar Worte auch zum Thema Immersion. Im Bericht des Landeshauptmannes wird ja ganz klar gesagt, dass es keine Immersion geben wird. Ich teile nicht die Meinung der Kollegen Heiss und Kury, die für einen Immersions-Unterricht eintreten. Glauben Sie mir, für mich ist das eine sehr schwierige Frage, da ich mir als Sprachenlehrerin bewusst bin, wie wichtig ein früher Spracherwerb ist. Ich weiß, dass man sich als Kind sehr viel leichter tut, Sprachen zu erlernen, aber man kann nicht sagen, wie die Kollegin Kury gesagt hat: "Wir schicken unsere Kinder ja auch nach England, damit sie die Sprache dort lernen." Wir müssen stets im Auge haben, dass wir eine Minderheit sind.

Nicht einverstanden bin ich damit, dass sich die Wirtschaft übermäßig in schulische Belange einmischt und der Schule vorschreibt, was sie zu tun hat. Eine Zusammenarbeit dieser zwei Bereiche ist natürlich möglich, aber ich bin dagegen, dass die Wirtschaft der Schule immer wieder vorschreibt, was sie zu tun hat.

Die Aussagen des Landeshauptmannes auf den letzten Seiten seines Berichtes zur Palliativmedizin begrüße ich. In Meran gibt es ein ausgezeichnetes Zentrum für Palliativmedizin, nämlich in Martinsbrunn. Ich hoffe, dass noch weitere Zentren im Bereich Palliativmedizin errichtet werden.

Zum Thema Pflegesicherung. Ich hoffe, dass die Senioren wirklich so betreut werden, wie sie betreut werden sollten. Ich möchte auch meine Bedenken in Bezug auf die Einstufungs-Teams ausdrücken. Diese Teams werden ja jetzt im Schnellverfahren ausgebildet, damit sie ab dem 1. Jänner 2008 mit der Neueinstufung beginnen können. Ich hoffe, dass das auch wirklich transparent und gerecht abläuft. Eine weitere Befürchtung, die ich habe, betrifft die Qualität der Angebote vor allem im privaten Sektor. Es ist sehr wichtig, dass die Kriterien in Bezug auf die Akkreditierung von Genossenschaften, die zur Pflege zugelassen werden, möglichst streng gehandhabt werden.

Die Arbeit im Altersheim ist sehr anstrengend und nervlich sehr belastend. Erst vor kurzem haben sich die Pflegekräfte in den Altersheimen besorgt darüber geäußert, dass ihnen der psycho-physische Wartestand nicht zugestanden wird. Ich habe mittlerweile gehört, dass man dabei ist, einen Kompromiss auszuarbeiten, und ich hoffe, dass es dazu kommen wird. Wenn die Leute, die jetzt in diesem sehr schwierigen und anspruchsvollen Bereich wegfallen, dann weiß ich nicht, wer noch übrig bleiben soll. Ich begrüße natürlich die Absicht der Landesregierung, die Kurzzeit- und Ta-

gespflege zu intensivieren. Das ist eine ganz wichtige Einrichtung, wenn es um die Entlastung der pflegenden Angehörigen geht. Ich möchte noch kurz auf das eingehen, was die Kollegin Kury in diesem Zusammenhang gesagt hat, nämlich, dass es großteils Frauen sind, die pflegende Berufe ausüben. Oft müssen Frauen ihren Beruf aufgeben und unbezahlten Wartestand nehmen, um ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu pflegen. Da gibt es lückenhafte Pensionsregelungen, was eigentlich nicht der Fall sein dürfte.

Gestern haben wir den Medien entnehmen könnten, dass Bozen die teuerste Stadt Italiens sei und die Lebenshaltungskosten in Südtirol insgesamt sehr hoch seien. Man sollte ein wachsames Auge auf das Phänomen der Armut im Lande werfen. Es ist Aufgabe der Politik, die Entwicklung der Preispolitik zu überwachen. Die Politik darf nicht tatenlos zuschauen, und einige Vorredner haben schon auf die Gefahr der Verarmung hingewiesen. Familien mit einem oder $1\frac{1}{2}$ Einkommen kommen oft nicht bis zum Monatsende und geraten dadurch in eine Schuldenfalle, aus der sie nicht mehr herauskommen.

Wie eingangs schon gesagt, widmet der Landeshauptmann einen großen Teil seines Berichtes der Familienpolitik. Es hat sich einiges getan. Wenn man hört, dass es 40 Prozent mehr Familienförderung gibt, so ist das natürlich sehr positiv. Meiner Meinung nach sollten sich aber auch an einem neuen Vaterbild arbeiten. Es kommt Bewegung in die Familienpolitik, aber mir ist die Familienpolitik des Landes immer noch zu männergeprägt. Man sieht, dass die Mehrheit der Mitglieder in der Landesregierung aus Männern besteht, die zu Hause eine Frau haben, die ihnen den Rücken freihält. Wir haben in den letzten Tagen auch immer wieder Artikel über die zunehmende Anzahl von Scheidungen gelesen. Diese Situation ist sowohl für den Mann als auch für die Frau prekär. Ich bin der Meinung, dass alles getan werden muss, um Familien zu unterstützen. Mit Sicherheit gäbe es weniger Scheidungen, wenn sich die Männer mehr ihrer Verantwortung für die Familie bewusst wären.

Ein paar Worte auch zum Thema Wohnbau. Es ist richtig, dass sich die Landesregierung dazu entschlossen hat, den Mittelstand gezielt zu fördern. Das war wirklich längst überfällig. Ich bin aber nicht glücklich damit, dass Singles bis zu 40 Jahren kein Wohngeld mehr erhalten. Denken Sie nur einmal an das Einkommen junger Leute! Die können sich ja gar keine Wohnung leisten. Dann bleiben die jungen Leute eben ewig bei ihren Eltern.

Stichwort "Mobilität". Hier fehlt es noch an mutigen Entscheidungen. Ich bin der Meinung, dass man auch zu unpopulären Maßnahmen greifen muss, wenn es um den Verkehr und die Umwelt geht. Man sollte wirklich versuchsweise probieren, die Pässe für jeglichen Verkehr zu schließen.

Abschließend noch ein paar Worte zum Thema Einwanderung. Der Landeshauptmann hat klar gesagt, dass das Thema der Einwanderung nicht zum Wahlkampfthema werden soll. Diese Meinung teile ich, aber die diesbezügliche Stimmung bei den Leuten ist sehr angeheizt. Zu mir kommen viele Leute, die nichts anderes tun,

als zu wettern und mit Vorwürfen zu kommen, die stimmen mögen oder auch nicht. Auf jeden Fall glaube ich, dass wir dieses Thema nicht jenen überlassen dürfen, die Kapital für den Wahlkampf daraus schlagen wollen. Ich gebe dem Kollegen Heiss Recht, wenn er sagt, dass es ein klares Konzept braucht. Wir brauchen eine zentrale Stelle, die sich nur mit diesem Thema auseinandersetzt und genau definiert, wo die Obergrenze ist. Auf jeden Fall ist das eine Thematik, die meiner Meinung nach zur Chefsache werden muss.

Ich komme zum Schluss. Es wird immer wieder betont, wie wichtig es sei, Behinderte in die Arbeitswelt einzugliedern. Das sind sehr schöne Worte, die aber leider nicht der Realität entsprechen. Es kann nicht sein, dass Behinderte, die in den Behindertenwerkstätten arbeiten, dafür bezahlen müssen. Das ist wirklich absurd!

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Presidente, forse vale la pena iniziare domani mattina il mio intervento, dato che manca un quarto d'ora alla fine della seduta.

PRESIDENTE: Se Lei vuole iniziare domani può chiederlo, oppure può rinunciare adesso a parlare, diamo la parola al consigliere Pahl che è iscritto dopo di Lei, e Lei inizia domani mattina.

SEPPI (Unitalia - Movimento Iniziativa Sociale): Presidente, io non Le ho chiesto un compromesso, Le ho chiesto un sì o un no.

Penso che ci vada subito una presa di posizione che mi stimola la collega Unterberger che prima si è intromessa al posto del presidente, anche perché sulla relazione del presidente Durnwalder vorrei parlarne con più tranquillità domani, preso atto, senza nessuna ironia, che non c'è, ma è giustificato. Anzi, voglio anche che resti agli atti la sua gentilezza che, per lo meno nei miei confronti, non mi sarei mai aspettato, di avermi telefonato personalmente, come a tutti gli altri colleghi, scusandosi del fatto che oggi non ci sarebbe stato per un grosso problema per cui è dovuto andare a Roma ad incontrare il ministro Di Pietro, e pregava di scusarlo. È stato un atto della massima gentilezza e collaborazione, certamente non cercava il mio voto, perché sa benissimo che non lo voto, e come me anche gli altri!

Lo stimolo è importante perché obiettivamente se mi metto a parlare di scuola faccio fatica, perché è uno di quegli argomenti che conosco poco. Se mi rivolgo all'assessore Saurer non riesco ad arrabbiarmi neanche se voglio, gli altri sono tutti assenti, compreso l'assessore fantasma il quale se c'è o non c'è non cambia nulla, di conseguenza non so a chi rivolgermi. Devo però dire, e lo dico seriamente perché stamattina – conosco la sensibilità del presidente Dello Sbarba– se non l'avesse chiesto lui l'avrei fatto io, ha chiesto un minuto di silenzio per ricordare le morti bianche che sono purtroppo quasi mille. Lo dico veramente con i brividi, a volte mi dispiace anche che istituzionalmente andiamo a rappresentare in maniera corretta e pesante quando i nostri

militari muoiono all'estero in azioni di pace o di controllo, vi annuncio se già non lo sapete, che è appena morto un carabiniere di 32 anni ricoverato in un ospedale a Roma, militare di stanza a Laives, per una malattia causata dall'uranio impoverito. Noi ci soffermiamo spesso su queste morti, e a volte vorrei che ci soffermassimo con la stessa solennità, lo stesso peso, anche sulle morti bianche che coinvolgono in maniera pesante, in primaria battuta, gli addetti all'edilizia e all'agricoltura, che sapete bene son i settori più sfortunati. Quello che è successo alla Thyssen Krupp è un problema grosso che mi auguro non succeda mai da noi, ma, collega Gnecchi, sulla base di tutti gli ispettori del lavoro che Lei sta mandando in giro potrebbe succedere in qualsiasi azienda non dico industriale ma artigiana, perché da questo punto di vista la Provincia ha un buco nero totale. E non lo dico io che potrei essere di parte e potrei essere colui che provoca, a parte che le mie provocazioni vorrebbero dare degli stimoli, lo dice Schönsberg, lo dicono le massime autorità sindacali, lo dice perfino il Suo amico Antonio Serafini che peraltro io stimo. Questo lo stiamo dicendo da cinque anni, e non sta succedendo nulla. In una realtà come quella della nostra provincia, in cui i lavori in edilizia sono, al di là dell'impiego che forse è meno che da altre parti, a rischio particolare perché la nostra gente che conosco da quando sono nato, che viene dal mondo dell'agricoltura, ha una certa potenzialità mentale di dose di rischio che è effettivamente esasperata. So che questa dose di rischio è trasferita dall'agricoltura agli altri settori lavorativi in particolar modo l'edilizia, ed ho la certezza che è da decenni che in questi due settori si stia osando troppo, anche perché ho fatto 35 anni in cantiere. Ho visto morire purtroppo una persona nel parcheggio davanti a questo palazzo, ricordo che si chiama Antonio, veniva da Belluno, aveva 52 anni, è cascato da un'impalcatura dove non era legato, mentre si facevano i garages dove voi avete parcheggiato la macchina! È successo a cinque metri da me! Nei cantieri succedono delle cose allucinanti e il problema è l'assoluta mancanza di sorveglianza, l'insufficiente lavoro, il numero insufficiente di operatori in questo settore che se lo moltiplicassero per 50 sarebbe ancora discutibile se valido o meno come capacità di verifica e controllo. Non so perché una persona che sicuramente è sensibile come la collega Gnecchi non abbia assolto ancora a questa funzione, e non mi si venga a dire che negli ultimi anni sono state assunte due o tre persone, perché bisogna assumerne 40 o 50 e forse anche 100! Non ci sono controlli. Quando vado per questioni mie a visitare qualche cantiere, vi do la mia parola d'onore che quando sono arrivato al quinto piano vi sono già 7 o 8 infrazioni. Addirittura non si usano nemmeno le prese di sicurezza, non dico dappertutto, ma vi sono delle cose che non stanno né in cielo né in terra. Si apre l'uso dei giro scala senza che vengano fatte le ringhiere e non ci sono i parapetti! Questo succede a Bolzano, non a Sarentino! Ho una foto di una ristrutturazione del tetto di un campanile in val Pusteria, e non voglio citare il nome di quel comune. Ve la farò vedere. C'è un campanile alto e stretto, sulla base di dove parte il tetto quattro cassette di legno, due tavole per dar modo ai muratori di essere su, e con questo sistema si ristrutturava un tetto a 50 metri da terra! Questi sono operatori con una capacità di rischi mostruosa, che di-

scende dalle loro origini contadine. Da quando è stato inventato il trattore, vedete i contadini che fanno delle cose pazzesche. Il pericolo è stato trasferito dall'agricoltura all'edilizia! È una situazione che va monitorata. È inutile che noi facciamo corsi e corsi su artigianato edile ecc. quando non andiamo a spiegare fino in fondo a questi ragazzi che la vita è la cosa fondamentale, che noi lavoriamo per vivere, non viviamo per lavorare. E per lavorare non si deve morire, altrimenti possiamo mandare tutti i controlli che vogliamo, e su questo ha ragione anche la collega Gnechi, ma se non c'è insito nella mentalità dell'operatore che il rischio non va affrontato in questo modo, siamo ancora lontani anni luce dalla soluzione del problema. Ma è un problema serio, fondamentale! Posso dirvi che esiste ancora nei cantieri il senso di volontà di dimostrazione della virilità maschile nel non adempiere a determinate funzioni di sicurezza perché io sono forte, sono come "Batman", non ne ho bisogno. La mia osservazione fondamentale sul bilancio di quest'anno riguarda la sicurezza sul posto di lavoro. E questa non mi viene in mente per le morti bianche di Torino della Thyssen Krupp, né per il carabinieri che in questo contesto non c'entra nulla, non mi viene in mente per le 1000 morti sul lavoro in un anno, di cui qualcuno dice che siamo nella media europea - non ce ne può fregar di meno, perché se ci fosse anche solo un morto sul lavoro, anziché 1000, il problema esisterebbe nello stesso identico modo - Non si può morire lavorando, e in questa provincia siamo forse più insicuri che nel resto d'Italia. Questo è un problema fondamentale, che va monitorato in un modo che la Provincia non sta assolutamente facendo. Non penso che non si possa non dare importanza a queste ragioni. I nostri giovani, i nostri operatori, i nostri artigiani da questo punto di vista sono informati male, non hanno quella cultura che dovremmo dar loro perché ne hanno bisogno.

Questo problema che ho segnalato è il più importante, lo è più delle quote rosa, della possibilità adesso per chi ha 50 mila euro di reddito netto di entrare in una nuova fascia di reddito per la casa, di una scuola attenta sempre di più o sempre di meno agli interessi degli studenti, ma soprattutto è anche più importante della protesta che nasce per esempio dai pendolari che si stanno facendo sentire nella val d'Isarco, come nella Bassa Atesina, perché le Ferrovie stanno modificando orari creando loro un sacco di problemi e situazioni incresciose verso le quali non so cosa l'amministrazione stia facendo. So che ci sono le proteste di queste persone che giustamente vogliono andare a lavorare con il treno, perché fanno una scelta forse ecologica e forse economica, fanno comunque una scelta giusta di raggiungere il posto di lavoro con un mezzo pubblico. Ebbene, questo mezzo pubblico che dovrebbe essere la salvezza e il futuro diventa un problema perché si cambiano gli orari, si cambiano i servizi, si creano per i pendolari situazioni inaccettabili. Vorrei sapere cosa si sta facendo non per prendere atto del problema, per risolverlo, perché mi sembra che la modifica degli orari ferroviari doveva entrare in vigore con il 9 dicembre. Non so cosa sia successo quel giorno, non ho avuto modo di constatarlo, perché una provincia come questa non può sorvolare su ragioni di questo tipo. Non lo può fare nemmeno la provincia di Napoli, però noi a maggior ragione. È una cosa che ci deve vedere impegnati.

Mancano quattro minuti alle ore 19, vorrei rispondere alla collega Stirner Brantsch di cui ho apprezzato l'intervento anche se non capisco perché un membro della maggioranza possa fare delle osservazioni come se fosse un membro dell'opposizione! Quando un membro della maggioranza alza la mano e vota favorevolmente quando la maggioranza decide una cosa e poi si mette a fare le critiche su ciò che non va bene come se fosse all'opposizione, benchè condivida il suo ragionamento non posso dividerne la coerenza. Una cosa mi ha colpito, quando la collega dice che ci sono diverse responsabilità, ci sono padri che dimostrano una particolare irresponsabilità nei confronti dei figli e se i padri avessero nei confronti dei figli un maggior senso di responsabilità forse ci sarebbero meno divorzi. Ritengo che questa sia un'affermazione molto pesante, che andrebbe in qualche modo verificata. Anche io ho figli, come Lei ho avuto una famiglia, però non sono mai entrato nelle altre famiglie per valutare le responsabilità dei padri. Non mi sento un irresponsabile e penso che come padre, come maschio, non possa lasciar perdere un ragionamento di questo tipo che mi colpisce dal punto di vista umano. Potrei accettare una presa di posizione di questo tipo se un giudice divorzista che si occupa di separazioni legali mi desse prova di quanto Lei afferma. Ma questo non risulta. Ci sono dei padri irresponsabili, e non c'è dubbio, e ci sono delle madri altrettanto irresponsabili, e anche qui non c'è dubbio. Per cui cercare di far passare dei messaggi di questo tipo quando dall'altra si chiedono le pari opportunità, ritengo sia un concetto di fondo sbagliato. Non penso che i padri siano più irresponsabili delle madri, fino a prova contraria, né penso che le madri siano più irresponsabili dei padri, anche se ne conosco molte di irresponsabili. Sono anche ragionamenti sui quali farei un attimo di attenzione, io per primo che generalmente non ne faccio molta, ma quando si colpiscono certe sensibilità bisogna stare molto attenti, perché o si dimostra quello che si dice o è meglio non dirlo. Il resto del Suo ragionamento lo condivido, collega Stirner, e La invito la prossima volta a venire a parlare dal mio banco, perché se lo dice dalla mia parte è molto più credibile che dalla Sua!

Presidente, possiamo anche interrompere qui. Continuo il mio intervento domani.

PRESIDENTE: Va bene.

La seduta è tolta.

ORE 18.59 UHR

SEDUTA 154. SITZUNG

11.12.2007

Sono intervenuti i seguenti consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

HEISS (27, 35)
KLOTZ (21)
KURY (45)
MUNTER (39)
PARDELLER (17)
PASQUALI (53)
PÖDER (4, 58)
SEPPI (58, 64)
STIRNER BRANTSCH (59)